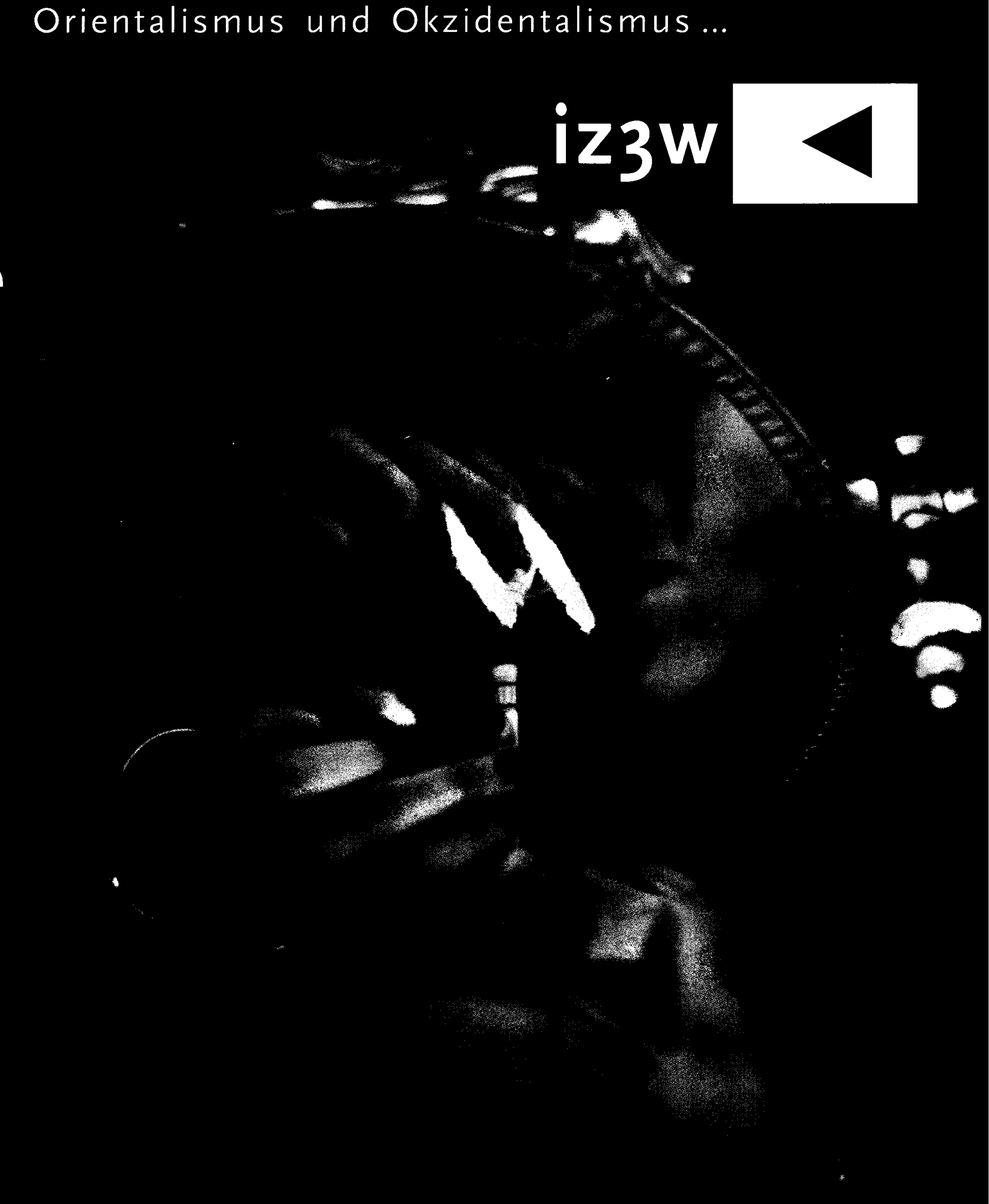
**Im Rausch der Verbote – Drogen, Weltmarkt und Volksgesundheit ▶**

Außerdem: ▶ London und die Schulden ▶ VENRO und das BMZ ▶ Flucht und Grenzen ▶ Kemalismus und der Islam ▶ Orientalismus und Okzidentalismus ...

# iz3w ◀



▶ blätter des informationszentrums 3. welt



Titelbild: R. Lessmann

# In dieser Ausgabe



## Politik und Ökonomie



## Schwerpunkt:

## Im Rausch der Verbote – Drogen, Weltmarkt und Volksgesundheit



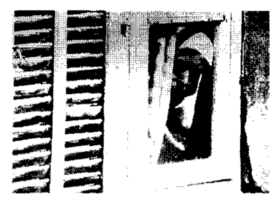






## Kultur







Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

# Wie es uns gefällt

Geburtstagsgrüße sind in der Regel freundlich. Hier ein Schulterklopfen, dort ein Lobesbrief, manchmal gar ein Geschenk (-Abo)[1]. In der Jubiläumsausgabe der **iz3w** (Nr. 231) kamen diese Nettigkeiten neben den kritischen Stimmen zu Wort. Die Kommentare in anderen Publikationen zum Jubiläum sind dagegen eher kritisch, reflektierend und zuweilen voller Ratschläge. Die Glückwünsche zum 30-Jährigen sind hier vor allem Anlaß zur kritischen Auseinandersetzung mit der **iz3w**, deren Entwicklung und in den Kontext der »Dritte-Welt-Berichterstattung« eingeordnet wird.

Die **iz3w** hat sich verändert. – Das ist in etwa der gemeinsame Nenner der Stimmen zum 30jährigen Bestehen der Aktion Dritte Welt, des Vereins, der unserer Zeitschrift zur Seite steht. Doch wohin die Veränderungen gingen, und wie sie einzuschätzen sind, da gehen die Meinungen sehr weit auseinander. So lobt uns Al Imfeld in der *epd* kurioserweise für »gut lesbare Länder- und Sachberichte«, während Anton Landgraf in der *Jungle World* feststellt: »Die Länderberichterstattung wurde reduziert, dafür gibt es ausführliche Schwerpunkte zu 'Globalisierung' oder 'Ethnisierung von Konflikten'«. Die Frage nach der Gewichtung und Auswahl der Artikel schien uns dabei eigentlich schon geklärt. Zwar erreichen uns nach wie vor Briefe, die ein Zuviel oder Zuwenig an Länderberichten reklamieren, aber die Tendenz ist klar: Schon seit Jahren werden die früher typischen Länderberichte zugunsten von analytischen und hintergründigen Beiträgen, Reihen und Schwerpunkten reduziert.

Umstrittener noch als die thematische Gewichtung scheint der Stil der **iz3w**. Mal seien die Beiträge »zu akademisch und unverständlich«, mal wird die »saloppe, postmoderne Schreibe« kritisiert. »Die 90er Jahre künden auch in Freiburg von der Flucht ins intellektuelle Glasperlenspiel«, klagt Klaus Wardenbach in der *E+Z*. »Meines Erachtens«, schreibt dagegen Gert Eisenbürger in der *ila*, »sind die blätter politischer, spannender und – was früher in unserer Szene keine Rolle spielte – auch journalistischer geworden.«

Na was denn nun? – Wir wollen sicherlich keine **iz3w** mit Infotainment à la *Focus*. Denn in Nachrichtenmagazinen dieser Art werden Analysen auf Kurzbeiträge mit Schaubildchen reduziert. Auf der anderen Seite sieht uns Al Imfeld schon in enger »Verwandtschaft« zur Neuen Züricher Zeitung (NZZ). Er begründet seine Einschätzung einer solchen Nähe mit unserer »Glaubwürdigkeit, (die) kaum je ein Problem« sei, und Seriosität. Doch die größte Schweizer Tageszeitung steht auf der anderen Seite auch für Anti-Lay-Out und trockene Sachlichkeit. Journalistischer, auch mal »flotter« Stil, so denken wir und geben damit Gert Eisenbürger Recht, sollte Qualität nicht ausschließen.

In diesem Sinn werden wir die Kritik und die Anregungen aufnehmen. Ohne »wachsenden Zukunftspessimismus« (Klaus Wardenbach) werden wir »gottlob nicht das, was bis vor kurzem aus Universitäten heraus mit viel Fachjargon geschrieben wurde« (Al Imfeld), sondern »spannende Lektüre« (Frauensolidarität) bieten. Diese möge dem »hohen Informationsgehalt« (ak) nicht im Wege stehen, sondern soll »mit großem Interesse und Vergnügen« (Gert Eisenbürger) zu lesen sein, indem wir den Anspruch aufrechterhalten, »ohne den derzeit vermutlich keine vernünftige und kluge Zeitung zu machen ist: 'Das einzige Konzept, um eine vernünftige Zeitung zu machen, ist eines, das uns selber am besten gefällt.'« (Anton Landgraf)[2]

*die redaktion*

*Anmerkungen:*

1 *(Geschenk-)Abos zu den Festen einfach beim **iz3w** bestellen!*

2 *Damit dies auch langfristig möglich bleibt, hier unsere Spendenkontonummer: Konto 1249606, Volksbank Freiburg, BLZ 68090000, Kontoinhaber: Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V.. Am einfachsten die beiliegenden Überweisungsträger benutzen!*



*Wir stellen uns vor (Fortsetzung): Martina Mundinger, Daniel Clauß (ZDL), Jörg Später, Winfried Rust, Georg Lutz, Stephan Günther, Heiko Wegmann, Michael Neubauer (ZDL)*

## Vernunft und Rassismus

von **Jörg Später** und **Jochen Müller**

► Sie gilt in der deutschen Medienlandschaft als die schärfste Kritikerin Deutschlands. Hier heißt die Bundesrepublik »Viertes Reich«, die deutsche Armee »Bundeswehrmacht«, und hier tönt es aus allen Ecken und Enden: »Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht.« Umso erstaunlicher ist es, daß sich die Zeitschrift *konkret* nun von MigrantInnen-Gruppen vorhalten lassen muß, ihre Autoren unterschieden sich nicht vom Kudammer Mob. Namentlich den Autoren Sokolowsky, Pohrt und Wertmüller werfen sie in dem Rundschreiben »konkret – made in Germany« rassistische Ausfälle gegen »Afghanen«, »Albaner« und »Islamistinnen« vor.

Die antideutschen MigrantInnen-Gruppen wollen nicht nur eine Kampagne gegen *konkret* lostreten. Ihnen geht es um eine Auseinandersetzung der deutschen Linken mit kulturalistischen Denkformen im allgemeinen und mit anti-islamischen Reflexen im besonderen. Allerdings verlieren die im Kern zutreffenden Beobachtungen ihren Wert durch abenteuerliche Konstruktionen und verleumderische Polemik. Das ist im Grunde bedauerlich, da in Teilen der Linken schon seit längerem durch die Hintertür eine Rehabilitierung von Huntingtons These vom Kampf der Kulturen stattfindet. Die Grenzen zwischen der aufklärerischen Kritik an Religionen und einem Feindbild vom Islam, der eine ganz besondere Bedrohung für die Aufklärung darstelle, sind oft nicht mehr zu erkennen. Wenn es um die Konflikte in Algerien oder der Türkei geht, malt beispielsweise Justus Wertmüller – der im übrigen wohl frei von jedem Verdacht ist, sich in diesen Regionen und Gesellschaften auszukennen – regelmäßig ein Bild, das jenseits von legitimer Religionskritik alle Muslime und Islamisten als quasi natürliche Feinde von Vernunft und Menschlichkeit vermuten läßt – als könnten oder wollten die Generäle irgendetwas zu gesellschaftlicher Emanzipation beitragen.

Auch unterliegen viele linke Publizisten gerne der Versuchung, mit flotten Formulierungen am linken metropolitanen Stammtisch ein paar Lacher auf Kosten diskriminierter Gruppen und ihrer vermeintlichen Eigenheiten zu erzeugen. Ob man ihnen deshalb ein »paar Selbstverständlichkeiten reinprügeln« muß, wie es die MigrantInnen fordern? Es ist in jedem Fall interessant, anhand eines Beispiels aufzuzeigen, wie sich auf der einen Seite das antiislamische Ressentiment äußert und wie auf der anderen dessen Anklage auf eine Weise erfolgt, daß man die Kritik nicht mehr ernst nehmen kann.

Der Medienkritiker Kay Sokolowsky konstatiert in *konkret* 8/98 auf die Frage, ob er Sympathie mit dem Fernsehverbot der Taliban empfinde: »Wenn diese analphatischen Irren das Fernsehen verbieten, hat das nichts mit Kritik an dem Medium zu tun... Kulturkritik kann man nur da üben, wo wenigstens Reste einer Kultur vorhanden sind.« Die scheint es für ihn »da unten, am äußersten Rand der Welt« nicht zu geben: Was ist schützenswert an der afghanischen Kultur, fragt er

## Planlose Ökosteuer

von **Mohssen Massarrat**

► Vom Magdeburger Parteitagsbeschluß der Grünen, den Benzinpreis langfristig auf fünf Mark zu erhöhen, spricht inzwischen niemand mehr. Die rot-grüne Regierung hat sich auf eine weiche Variante geeinigt. Die Protagonisten der Ökosteuerreform stecken in einer Sackgasse. Eine weiche Variante erzielt keinen relevanten Energiespareffekt und die radikale wird vor allem von den unteren Einkommensschichten nicht akzeptiert.

Der Umweltpolitik stehen zur Erreichung der Umweltziele zwei unterschiedliche Instrumente zur Verfügung: Steuerung über den Preis oder über die Mengen. Entscheidet man sich für das Preisinstrument, so riskiert man, daß das mengenmäßig definierte Umweltziel nur teilweise oder überhaupt nicht erreicht wird. Ein fünf Prozent höherer Energiepreis bedeutet keineswegs fünf Prozent, sondern nur zwei, ein oder gar null Prozent weniger Energieverbrauch. Der entscheidende Vorteil des Mengeninstruments ist daher die Zielsicherheit. Anstelle von Preissteigerungen rückt das Umweltziel selbst in den Vordergrund. Das muß allerdings politisch organisiert und umgesetzt werden, und genau hier scheint das eigentliche Handikap dieses Instruments zu liegen: die Planwirtschaft. Grüne und Umweltinstitute machen daher um dieses Instrument einen riesigen Bogen. Dabei hat sich das Mengenkonzept in allen nachhaltig wirtschaftenden gesellschaftlichen Feldern bewährt. Denn Umweltschutzpolitik ist Mengenregulierungspolitik.

Unabhängig von diesen Überlegungen in den Industrieländern muß jedoch auch bedacht werden, daß drastische Energieverbrauchssenkungen für diejenigen Länder des Südens, die von Ölexporten stark abhängig sind, gravierende Einnahmeverluste zur Folge haben dürften. Bei einer klimapolitisch erforderlichen Reduktion der Ölproduktion der OPEC-Staaten dürften nur die bevölkerungsarmen, aber ölreichen Staaten wie Saudi-Arabien einen ruinösen Wettbewerb um Marktanteile durchstehen. Die meisten anderen Anbieterstaaten, wie Nigeria, Algerien, Iran, Indonesien, Irak und Mexiko würden auf Grund höherer Produktionskosten ihre Marktanteile und damit ihre Exporteinnahmen aus dem Ölgeschäft ganz oder teilweise verlieren. Soziale und politische Folgen wie konfliktreiche Instabilitäten, Bürgerkriege, zwischenstaatliche Kriege und neue Flüchtlingswellen wären dann sehr wahrscheinlich. Dieses durchaus realistische Szenario zeigt, daß eine Klimaschutzpolitik eine zwischen Energieverbraucher- und Energieanbieterstaaten abgestimmte Strategie sein muß, wenn sie Verteilungskonflikte und soziale Krisen nicht riskieren will. In der gegenwärtigen Debatte über die ökologische Steuerreform werden die grenzüberschreitenden Folgen von nationalen oder EU-orientierten Maßnahmen jedoch systematisch vernachlässigt.

Die OECD-Staaten haben es entgegen der neoliberalen Deregulierungsrhetorik durch vielfältige Regulierungsmechanismen erreicht, daß konventionelle Energieträger weltweit im Überfluß und zu Dumpingpreisen angeboten werden. Gegen diese erfolgreiche Strategie bleiben Preisinstrumente wie die Ökosteuer hinsichtlich der ökologischen Wirkung hoffnungslos überfordert. Verläßt man sich angesichts von regulierten Energiedumpingpreisen auf Ökosteuern, so macht man sich zum Gefangenen der neoliberalen Marktideologie und verzichtet darauf, die politisch wirksamen Gegenstrategien zum Klimaschutz wie Mengenbeschränkung überhaupt in Erwägung zu ziehen. Der Ökosteuer droht die Gefahr, zu einem Instrument der Lohnkostensenkung und der Wettbewerbsverbesserung des »Wirtschaftsstandorts Deutschland« zu verkommen. Dadurch wird der Nord-Süd-Konflikt zweifach verschärft: Zum einen, weil die Senkung der Arbeitskosten hauptsächlich durch die Ölrente aus dem Süden finanziert wird, und zum anderen, weil die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des »Wirtschaftsstandorts Deutschland« in erster Linie gegen den Süden (Lohnkostenvorteil) gerichtet ist. Es wäre verhängnisvoll, erst nach Jahren feststellen zu müssen, im Namen der Umwelt für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Globalisierung der Wirtschaft gewirkt zu haben.

rhetorisch, zählt anschließend eine Reihe von Mordtaten der Taliban an Frauen und Kindern auf und vermischt damit notwendige Kritik am gemeingefährlichen Fanatismus der Taliban mit kulturalistischen Deutungsmustern: Taliban=Mörder=Afghane lautet die suggerierte Gleichung. Den antideutschen KritikerInnen Sokolowskys genügt es nun aber nicht, ihn eines Ressentiments – oder wie sie sagen: des Rassismus – zu überführen. In ihm soll vielmehr der versteckte Nazi enttarnt werden. Den »Beweis« liefert das Wort »Gesichtspelz«, mit dem Sokolowsky die Bärte der afghanischen Männer bezeichnet. Das erinnere sie, schreiben die MigrantInnen, an die Wehrmachtssoldaten, die jüdische Männer erniedrigten, indem sie ihnen feixend ihre Bärte abschnitten. In der Tat gehört das Wort Pelz in die Tierwelt . Allerdings polemisiert Sokolowsky – wenn auch in rassistischer Weise – vor allem gegen den Bart*zwang*, den die Taliban den übrigen Männern unter Androhung der Todesstrafe verordnet haben. Ihn nun mit den Juden verhöhnenden Soldaten im Vernichtungskrieg zu vergleichen, ist häßlicher als seine herabwürdigenden Äußerungen, die, gerichtet gegen die Taliban-Milizen, die gesamte afghanische Gesellschaft treffen sollen.

In ähnlicher Weise funktionieren die Vorwürfe an Pohrt und Wertmüller. Sätze werden aus dem Zusammenhang gerissen, die Kritisierten einem deutschen Kollektiv zugeordnet, das früher Juden vergast hat und heute auf der Straße sogenannte Ausländer jagt und aus Straßenbahnen schmeißt. Nun gut, Sokolowsky, Pohrt und Wertmüller sind keine Kinder von Traurigkeit. Mit ihren Attacken reihen sich die MigrantInnen-Gruppen jedoch nahtlos in die politische Kultur der deutschen Linken ein, der sie doch zu entkommen trachten. In jedem Fall rasen sie mit ihrer Polemik an den eigentlichen Fragen vorbei: Ist das Denken der Aufklärung mit einem Bewußtsein verschränkt, das Edward Said Orientalismus nannte? Dürfen wir uns über Religionen in einst kolonisierten Regionen ebenso lustig machen wie über hiesige Aberglaubensgemeinschaften, die tagtäglich die Vernunft verhöhnen? Lehnen wir dies ab, reduzieren wir dann nicht diese Menschen auf unmündige Opfer der politischen und sozialen Verhältnisse? Und: Welche Rolle spielen diese 'sozialen Verhältnisse' und welche die 'Kultur' etwa bei der Analyse und Beschreibung repressiver Regime oder gewalttätiger Konflikte ?

Eindeutige Antworten auf diese Fragen gibt es nicht. Die oft borniert auf ihrem Vernunftvertetungsanspruch beharrende linke (Religions)Kritik aber muß dem Aufklärungspostulat insbesondere im Verhältnis zwischen Nord und Süd die Selbstreflexion folgen lassen. Dazu gehört nicht zuletzt das Bewußtsein für die Folgen der Tatsache, daß Aufklärung immer mit Herrschaft verstrickt war und daß die Vernunft meist als Instrument der Unterdrückung über die Welt gekommen ist.

# Die rote Heidi und des Bären Fell

von **Peter Wahl**

► Mit der politischen Schwäche der Solidaritätsbewegung ist die Finanzierung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit schwieriger geworden. Die Finanzlage der Kirchen, immer noch der Hauptfinanzier dieser Art von politischer Arbeit, wird immer prekärer. Diese bedrohliche Aussicht war Anlaß für eine politische Initiative, die Finanzierung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit nach der Bundestagswahl zu verbessern.

Ausgangspunkt war die Studie »Die Tyrannei der Ökonomie – Perspektiven entwicklungspolitischer Inlandsarbeit«, die der ABP (Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik der EKD) in Auftrag gegeben hatte. Daraus entstand ein Prozeß, an dem Geber (Staatskanzlei NRW, Heinrich Böll-Stiftung, Stiftung Nord-Süd-Brücken und informell das BMZ) und Nehmer teilnahmen, darunter der BUKO, die Landesnetzwerke, die Dritte Welt-Läden sowie NGOs wie WEED, VENRO und Germanwatch.

Kernidee des Projekts ist es, eine Stiftung zu etablieren, die unter Beteiligung der Szene offen, transparent und möglichst staatsfern, aber ordentlich mit Staatsknete dotiert, eine dauerhafte Finanzierung der entwicklungspolitschen Inlandsarbeit sichern soll.

Solange Spranger das Sagen im BMZ hatte, bestanden für ein solches Projekt keine Chancen. Der einschlägige Topf im BMZ stagnierte bis zum Schluß bei ca. 4,5 Mio. DM. Für den CSU-Mann hatte bekanntermaßen die Förderung von Soap Operas à la »Klinik unter Palmen« Vorrang. Mit der neuen Chefin des BMZ, Heidemarie Wieczorek-Zeul, sollen jetzt aber so rasch wie möglich Verhandlungen aufgenommen werden. Die Chancen stehen nicht schlecht. Sowohl die SPD-Fraktion als auch die Grünen hatten sich in der Opposition immer wieder dafür stark gemacht, die Mittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu erhöhen, und auch in der Koalitionsvereinbarung taucht eine entsprechende – wenn auch vage – Formulierung auf: »Um das Bewußtsein für internationale Zusammenhänge zu stärken, legt die neue Bundesregierung ein besonderes Gewicht auf die entwicklungspolitische Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und wird deren Arbeit verstärkt fördern.« Letztlich liegt es auch im Interesse von Rot Grün, wenn sich Alternativen in der Gesellschaft wieder etwas deutlicher artikulieren können.

Wichtig ist freilich, daß sich die künftigen Nutznießer nicht über die Aufteilung des Bärenfells zerstreiten, bevor der Bär erlegt ist. Manche tun sich schwer damit, daß solche Prozesse nur kooperativ Erfolg haben können. Hegemonieansprüche schaden nur. Vor allem VENRO fühlte sich schon vor der Bundestagswahl dazu berufen, eine führende Rolle in dem Prozeß zu übernehmen, obwohl der Verband vor allem eine Lobby der großen Hilfswerke gegenüber dem BMZ ist und als Dachverband in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit kaum präsent ist. Da VENRO dies durchaus bewußt ist, sollten die Landesnetzwerke bezirzt werden, als VENRO-Basis herzuhalten. In der Frankfurter Rundschau stellte sich VENRO daher kühn als Interessenvertretung von 1.800 Basisinitiativen vor! 1.799 davon dürften davon zum ersten Mal erfahren haben. Der VENRO-Vorsitzende Molt verfaßte ein Papier, in dem er als Träger der Stiftung das BMZ, die Kirchen und natürlich VENRO vorschlägt. Den Landesnetzwerken wird eine privilegierte Bedienung bei der Mittelzuweisung versprochen, wenn sie das Spiel mitmachen. Allerdings haben diese Molts Liebeswerben vorerst die kalte Schulter gezeigt.

Es ist zu hoffen, daß sich niemand zu solch einem Handel hinreißen läßt. Und es ist höchste Zeit, daß alle auf der Nehmer-Seite an einem Strang ziehen. Wenn's um Geld geht, beginnen zwar nicht unbedingt wunderbare Freundschaften, aber die Vernunft muß auch nicht unbedingt schlafen gehen.

# Von London lernen?

## Die Doppelzüngigkeit aufdecken

von **Ulrike Chini, Jan Christensen und Christiane Oeverkamp**

*Unser offener Brief »Von Abs lernen?« (vgl. **iz3w** 232) hat einigen Staub aufgewirbelt und zu Reaktionen des Trägerkreises der Entschuldungskampagne »Erlaßjahr 2000« geführt. Am 15.09.98 erreichte uns ein Antwortbrief des SprecherInnenkreises (vgl. »Die Doppelzüngigkeit aufdecken«), einen Tag später ein weiterer von Klaus Milke (GERMANWATCH), dem Erfinder des Slogans »Von Abs lernen« (vgl. »Mißverständnisse vermeiden«). Wir haben uns die Freiheit genommen, bereits in diesem Heft unsere Position zum Londoner Schuldenabkommen zu verdeutlichen, die im Trubel um die Person des Nazi-Bankiers und Kriegsverbrechers Abs zu kurz kam (vgl. »Noch einmal überdenken«).*

▶ Der Kern der Kritik Ihres offenen Briefes besteht in einem Mißverstehen der Positionen der Kampagne Erlaßjahr 2000. Zunächst einmal muß festgehalten werden, daß im Blick auf die Einschätzung der Person und der Rolle von H.J. Abs während der faschistischen Herrschaft und danach kein Dissens zwischen dem *iz3w* und der Kampagne besteht. Die in dem Brief enthaltene Darstellung der historischen Person Abs halten wir für weitgehend korrekt.

Für die Frage des Umgangs der Kampagne mit der ebenfalls historischen Tatsache der Londoner Schuldenabkommen ist sie allerdings nicht relevant. Die Kampagne hat sich zu keiner Zeit auf Abs, sein Denken, seine politischen Grundpositionen als Vorbild bezogen, sondern auf die in London ausgehandelten Abkommen.

Der Vergleichspunkt zwischen London 1953 und der Erlaßjahrforderung 2000 liegt nicht in einer Gleichsetzung der Schulden, deren Entstehung und Verantwortung, auch nicht in einer Gleichsetzung der Eigeninteressen der damaligen Alliierten mit der Motivation der Erlaßkampagne. Vielmehr geht es uns um die Tatsache, daß das politische Interesse der Gläubiger an einer Stabilisierung der Wirtschaft des Schuldnerstaates zu einer Erlaßregelung führte, die den Schuldendienst an der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Erholung des westlichen Teilstaates maß. Dieses politische Interesse der anderen Seite ausgenutzt zu haben, war von Seiten des deutschen Verhandlungsführers Abs in der Tat ein kluger Schachzug.

### Gleichbehandlung, nicht Gleichsetzung

Die politische Spitze im Blick auf die heutige Situation besteht darin, daß ein gleichartiges Interesse an einer wirtschaftlichen Erholung der ärmsten und verschuldeten Länder zumindest in der Rhetorik praktisch aller Gläubigerregierungen, auch der Bundesrepublik, einen beträchtlichen Stellenwert einnimmt. In der Praxis der Ungleichbehandlung des damaligen Deutschland mit den heutigen Schuldnerländern offenbart sich, wie sehr in der Politik mit zweierlei Maß gemessen wird. In dem Sinne, daß sie diese Doppelzüngigkeit aufdeckt, bezieht sich die Kampagne immer wieder auf London 1953. Wer einmal miterlebt hat, mit welcher Hilflosigkeit Beamte des Bundesfinanzministeriums versuchen nachzuweisen, daß der Vergleich zwischen London und den vierfach höheren »Tragfähigkeitsgrenzen« der HIPC-Initiative von Weltbank und IWF nicht statthaft sei, weiß, welchen Nerv die Kampagne damit getroffen hat.

Unsere Erfahrungen aus den vielen Basisinformationsveranstaltungen sind, daß den Zuhörer/innen und der weiteren Öffentlichkeit sehr schnell deutlich ist, daß wenigstens eine Gleichbehandlung der heutigen Schuldnerländer mit dem damaligen Nachkriegsdeutschland als Nachfolgestaat des Nazireiches ein aus sich selbst heraus zwingender politischer Schritt ist. Diese Forderung impliziert ausdrücklich keine Gleichsetzung der Schuldnerländer oder der Entstehung deren Schulden mit Nachkriegsdeutschland.

Dieser Argumentationsstrang ist den Mitträger-Organisationen der Kampagne von Anfang an durch die gemeinsam verabschiedete Kampagnen-Plattform bekannt. Die entsprechenden Kapitel unserer Veröffentlichungen (Dokumentation des Auftaktseminars, Kampagnenhandbuch, Hintergrundartikel für die lokale Öffentlichkeitsarbeit) lassen keinen Zweifel daran, worauf genau die Kampagne sich bezieht.

Selbst der Slogan »Von Abs lernen« ist keinesfalls neu. Germanwatch benutzte ihn seit 1992, als man unter diesem Titel erstmals eine Würdigung der Londoner Schuldenabkommen veröffentlichte. Seither hat der Initiativkreis »Entwicklung braucht Entschuldung« ihn im Rahmen einer größeren Anzeigenkampagne sowie als Hintergrundmaterial für die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Der Slogan wird nicht von der Erlaßkampagne genutzt, es steht aber jeder Mitträgerorganisation frei, ihn einzusetzen, z.B. bei Veranstaltungen, die sich explizit an Aktionäre der deutschen Bank richten.

Die Weigerung des *iz3w*, die Londoner Abkommen losgelöst von der Person des deutschen Verhandlungsführers zu würdigen, ist für uns inakzeptabel. Sich bei der historischen Analyse auf die Kategorien »gut« und »böse« zu beschränken und zwangsläufig zu folgern, daß nicht »gut« sein kann, was mit dem Namen einer »bö-

# Schuld und Schulden im Jahre 2000

sen« Person verknüpft ist, hieße, unsere geschichtlichen Zusammenhänge im ideologischen Interesse zu interpretieren.

Die unabweisbare historische Tatsache der Londoner Schuldenabkommen und ihre hochinteressanten Entstehungszusammenhänge zu verschweigen, bedeutet, den Interessen des Bundesfinanzministeriums in die Hände zu arbeiten und eröffnet in keiner Weise eine neue Perspektive für die Befreiung der Schuldnerländer von der erdrückenden Schuldenlast.

Wir verwahren uns eindeutig gegen jeden Zweifel an der politischen Integrität des Koordinators der Kampagne, Jürgen Kaiser, und des Kampagnenratmitglieds Klaus Milke und unterstreichen, daß wir beide als außerordentlich fachkompetent kennen.

Wir stellen noch zwei sachliche Fehler im Brief des *iz3w* richtig:

1. In London wurden nicht, wie vom *iz3w* suggeriert, Kriegskredite der Nazis verhandelt. Die zur Debatte stehenden 27 Mrd. DM verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf Schulden aus der Weimarer Republik – im wesentlichen umgeschuldete Reparationsforderungen – und auf Wiederaufbaukredite in den ersten Nachkriegsjahren. Die Nazis finanzierten ihren Krieg im wesentlichen durch Inlandsverschuldung und durch die Ausplünderung der eigenen bzw. der frühzeitig unterworfenen Bevölkerung der Nachbarländer.

2. Die Kampagne beschränkt sich durchaus nicht auf die Forderung nach einem »fairen Insolvenz- und Konkursrecht«. Sie verfolgt zwei gleichrangige Ziele, nämlich (a) eine weitreichende Entschuldung der armen Länder zum Beginn des neuen Millenniums, und (b) die Ersetzung der bisherigen unfairen Verfahren des internationalen Managements durch Verhandlungsformen, die den Kriterien »fair« und »transparent« gerecht werden. Wir schlagen vor, dieses Ziel durch die Internationalisierung des Kap. 9 im US-amerikanischen Insolvenzrecht zu erreichen.

▶ **Ulrike Chini, Jan Christensen und Christiane Oeverkamp** sind SprecherInnen der Kampagne Erlaßjahr 2000.

## Mißverständnisse vermeiden

von **Klaus Milke**

▶ Die Erlaßjahr-2000-Kampagne und ihre Mitträger-Organisationen stehen vor folgender Situation: Gerade die Bundesregierung (gemeint ist die Regierung Kohl, die Red.) könnte und sollte sich bei den internationalen Schuldenverhandlungen für mehr Schuldenstreichungen einsetzen. Mit dem Verweis, daß sie doch schon so viel (insbesondere im Osten) leiste, verwehrt sie sich diesen Forderungen. Um das politische Umfeld für unsere Forderungen positiv zu beeinflussen, muß daher die deutsche Öffentlichkeit, müssen aber auch die politischen Entscheidungsträger für das Schuldenthema sensibilisiert werden.

Was eignet sich da mehr als ein Rückblick in die deutsche Vergangenheit? Daß diese bei aller methodischen Absicht auch inhaltlich stimmen muß, gebietet sich von selbst. Und daß Mißverständnisse vermieden werden sollten, ebenfalls! Der Verweis auf das Londoner Schuldenabkommen – insbesondere mit dem Slogan »Von Abs lernen« verknüpft – birgt offensichtlich die Gefahr von Mißverständnissen, wie der Offene Brief der »*Blätter des iz3w*« vom 28.8.1998 belegt. Mißverständnisse wollen wir gerne aktuell ausräumen und in Zukunft vermeiden, insbesondere wenn es auch uns darum geht, überall rechten Tendenzen kompromißlos entgegenzutreten. Doch müssen wir hier auch sehr unterschiedliche Positionen bezüglich der deutschen Geschichte und hinsichtlich der gefährlichen Rolle von Schulden ansprechen.

Zunächst zur Ausräumung möglicher Mißverständnisse: Es geht dem SprecherInnen-Kreis der Erlaßjahr 2000-Kampagne und Germanwatch mit dem Slogan »Von Abs lernen« wirklich nicht darum, den Deutsch-Banker Hermann-Josef Abs, dessen Rolle in der Nazi- und in der direkten Nachkriegszeit in der Tat sehr schillernd war, in irgendeiner Weise reinzuwaschen oder gar zu glorifizieren. Wir wollen vielmehr die für Deutschland so wichtige Ent- und Umschuldung von 1952 ein Stück personifizieren, um noch mehr Aufmerksamkeit auf die eigene Vergangenheit zu lenken. Und dies ist uns, wie viele Reaktionen gezeigt haben, auch gelungen. Aufgrund der neuen Erkenntnisse und laufenden Recherchen von Historikern ist es aber sicherlich besser, den Slogan »Von Abs lernen« (den Germanwatch übrigens bereits seit 1992 gebraucht, damals also noch zu Lebzeiten von Hermann-Josef Abs und insbesondere gegenüber der Deutschen Bank) sehr behutsam zu benutzen. Das werden wir in Zukunft sicherlich auch noch sorgfältiger tun. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Inhaltlich gemeint ist »Von London« bzw. »Vom Londoner Schulden-Abkommen lernen«.

**Entschuldung war richtige Entscheidung**

Doch an diesem Punkt kommt dann die sehr unterschiedliche Einschätzung über die Bedeutung des Abkommens von 1952 zum Ausdruck. Hier gibt es einen sehr deutlichen Dissens zu den Autoren des offenen Briefes. Wir sind sehr wohl der Meinung, daß die Ent-

# Von London lernen?

schuldung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg eine richtige Entscheidung war. Daß sie sehr großzügig ausfiel (nicht zuletzt auch durch Chefverhandler Abs) kann man durch die damalige politische Großwetterlage begründen und ggf. auch kritisieren.

Die wichtigen Botschaften in diesem Zusammenhang aber sind, daß a) Deutschland durch seine Verschuldung und die Reparationszahlungen nach dem 1. Weltkrieg (also während der Weimarer Republik) maßgeblich mit in die politische Isolierung und wirtschaftliche Krise geraten ist, auf der der braune Unrat und der Terror dann wachsen konnten; b) nach dem 2. Weltkrieg, also im Londoner Schuldenabkommen alle Vor- und Nachkriegsschulden (um Kriegsschulden selbst ging es ausdrücklich nicht!) so umgeschuldet worden sind, daß sie sich an der Wirtschaftsleistung Deutschlands zu der Zeit orientiert haben. Eine ähnlich großzügige Entschuldung scheint uns für die heutigen Schuldnerländer, die unter sehr viel strengeren Regimes entschuldet werden, ebenfalls angebracht zu sein.

Daß die Entschuldungsforderungen nicht losgelöst von der gesamten Entwicklung der »unfairen« Weltwirtschaft gesehen werden dürfen, ist uns allen bekannt, seitdem wir zur Schuldenthematik arbeiten. Das internationale Insolvenz- und Konkursrecht, das es heute so nicht gibt, ist ein Schritt in diese Richtung.

Wie wir dies durchsetzten können? Wir denken, daß wir an Gesprächen, Verhandlungsprozessen und laufenden Beratungen mit Politikern, Banken und Finanzfachleuten nicht vorbei kommen.

Doch gleichzeitig müssen wir uns stark international vernetzen mit anderen Gruppierungen der Jubilee-2000-Kampagne und öffentlichen Druck von unten machen.

Und wie erreichen wir die Öffentlichkeit? Zum Beispiel durch einen Blick auf unsere eigene Vergangenheit. Indem deutlich wird, welch wichtige Rolle die Entschuldung für die ökonomische und demokratische Entwicklung in Deutschland hatte und in vielen Ländern des Südens haben könnte.

Und da sind wir wieder am Anfang.

▶ **Klaus Milke** ist Vorstandsmitglied von GERMANWATCH.

## Noch einmal überdenken

von **der Redaktion des iz3w**

▶ Wir begrüßen es, daß in den vorliegenden Antworten der Slogan »Von Abs lernen« indirekt zurückgenommen worden ist. Dennoch bleibt uns weiterhin rätselhaft, wie seit 1992 ein Täter des Nationalsozialismus als Vorbild für eine Kampagne von Süd-Nord-Gruppen herhalten konnte. Wir werden den Eindruck nicht los, als verfolge die Entschuldungskampagne – gewollt oder ungewollt – mit ihren sorglosen Zugriffen auf die deutsche Vergangenheit das Geschäft einer nationalen Entschuldigungskampagne. So müssen wir darüber staunen, in Klaus Milkes Antwort auf unseren offenen Brief zu lesen, daß Verschuldung und Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg »maßgeblich« für die politische Isolierung und die wirtschaftliche Krise verantwortlich wären, »auf der der braune Terror dann wachsen konnte«. Einmal abgesehen davon, daß Verschuldung nicht das zentrale Problem für die im übrigen weltweite Wirtschaftskrise darstellte – den Nationalsozialismus gab es dagegen nur in Deutschland – scheint sich durch Milkes Verbindungslinie von Reparationszahlungen und Verschuldung zum Nationalsozialismus ein weiteres »Mißverständnis« anzubahnen. Die Parole »schuld sind die anderen« begleitete den deutschen Griff nach der Weltmacht immer. Und sie war Ausdruck einer politischen Kultur, in der sich Herrschsucht und die Selbstinszenierung als Opfer paarten, und die im Nationalsozialismus eine radikale Zuspitzung fand. Daß Milke über diese politische Kultur schweigt, wenn er über Ursachen des Nationalsozialismus spekuliert, ist noch verständlich. Ihn interessieren eben vor allem Argumente für seine Kampagne. Daß er jedoch – sagen wir es ruhig wie die Nationalkonservativen und Rechtsradikalen der Weimarer Zeit – den »Versailler Schandfrieden« in den Mittelpunkt seiner Ursachensuche stellt, zeigt, daß er die Problematik dieser fatalen politischen Kultur nicht zur Kenntnis nimmt.

Doch wie beim Flirt mit Abs handelt es sich auch bei diesem »Mißverständnis« um ein(e) Neben(ent)gleis(ung) der Argumentation. Kommen wir deshalb zum Londoner Abkommen zurück, das einer der zentralen Bausteine in der Entschuldungskampagne ist und das wir – auch losgelöst von der Person Abs – nicht als historischen Bezugspunkt gelten lassen wollen. Zum ersten ist ein Vergleich zwischen der Schuldenerlaßregelung von 1953 für Deutschland und einer für die Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im Jahre 2000 schon deshalb nicht möglich, weil er den jeweiligen historischen und polit-ökonomischen Kontext außer acht läßt. Zum zweiten kritisieren wir die Vorstellungen von Entwicklung, die den Jubelarien über den Mythos 'Wirtschaftswunder' und dem positiven Bezug auf London zugrunde liegen. Und drittens möchten wir uns in der ansonsten sinnvollen Forderung nach Entschuldung nicht auf London beziehen, weil das Schuldenabkommen unter anderem Teil einer Politik des Schlußstriches war.

### London, ein historischer Bezugspunkt?

1. Die Entschuldung 1953 war ohne Zweifel ein Faktor für das erfolgreiche fordistische Akkumulationsregime im Nachkriegsdeutschland der 50er und 60 Jahre. Milke zieht daraus folgende Schlußfolgerung: »Eine ähnlich großzügige Entschuldung scheint uns für die heutigen Schuldnerländer (...) ebenfalls angebracht zu sein.« Derartige historische Vergleiche halten einer Überprüfung nicht stand, und zudem werden andere Faktoren, die zum ersten Nachkriegsaufschwung führten, ausgeblendet. So begann die westdeutsche success-story bereits 1948 mit der Währungsreform. Sie wurde in den USA geplant und mit Hilfe ihrer Logistik durchgeführt. Zentraler Punkt war eine Abwertung aller auf Reichsmark lautenden Geldvermögen um über 90 Prozent. Die Realvermögen, die übrigens noch im Krieg und in der Nachkriegszeit trotz Zerstörung und Demontage gestiegen waren, wurden nicht angetastet. An diesem zentralen Punkt stimmt die Trennung von Vor- und Nachkriegszeit nicht, auf die die Antwortschreiben verweisen. Die alten Besitztümer und gesellschaftlichen Machtverhältnisse wurden bis auf symbolische Ausnahmen nicht angetastet. Mit dem neuen Geld konnten die Wirtschaftskapitäne prächtig akkumulieren. Intern half ihnen dabei ein Lohnstopp, der bis Ende des Jahres 1948 aufrechterhalten wurde, während im Gegensatz dazu die Preise freigegeben wurden. Extern kam, um es zynisch zu sagen, der Beginn des Korea-Krieges 1950 gerade recht. Die steigende Nachfrage nach Investitions- und Produktionsgütern verhalf

# Schuld und Schulden im Jahre 2000

der westdeutschen Industrie zu einem ungeahnten Boom. Im Vergleich zu anderen Anschüben, wie zum Beispiel dem Marshallplan, war dieser Krieg um ein vielfaches wichtiger. Ein Umstand, der in den Analysen der Entschuldungskampagne nicht auftaucht.

Die westdeutsche Wirtschaft war für den Weltmarkt also optimal eingestellt. Die vom Faschismus übernommene Produktionsstruktur und der auch in dieser Zeit modernisierte Produktionsapparat erwiesen sich im ersten Nachkriegsaufschwung als Wettbewerbsvorteil. Heute spräche man von hervorragenden Standortfaktoren. Die Lösung der Schuldenfrage Anfang der fünfziger Jahre war in diesem Zusammenhang ein wichtiges Zahnrad, um das Wirtschaftswunder zu ermöglichen. Nicht mehr und nicht weniger. Die Entschuldungskampagnen nehmen diese Zahnrädchen aus den fünfziger Jahren und wollen sie Ende der Neunziger weltweit wieder als Problemlöser einsetzen. Das führt aber zu einem argumentativen Kolbenfresser.

Anfang der 50er Jahre befand sich die Weltwirtschaft am Anfang einer langen Aufschwungphase und nicht in einer gewaltigen Strukturkrise wie heute. Der Weltmarkt war offen für deutsche Exportgüter – man denke nur an die deutsche Autoindustrie. Heute dagegen herrschen für Produkte aus sogenannten Entwicklungsländern ganz andere Bedingungen. Die weiteren Gründe für den Erfolg des fordistischen Akkumulationsregimes in den USA und großen Teilen Westeuropas können an dieser Stelle nicht ausgeführt werden. Sie sind nicht auf die heutige Situation zu übertragen. Quantitativ ging es 1953 um die Entschuldung eines Landes. Heute sind davon große Teile der 'Dritten Welt' und viele osteuropäische Staaten betroffen. Qualitativ kam Deutschland damals eine strategisch bedeutende Funktion im Kontext des Kalten Krieges wie in der Etablierung einer funktionierenden internationalen politischen Ökonomie zu, während die Staaten der sogenannten Dritten Welt als Marginalie der Weltwirtschaft gehandelt werden. Der Öffentlichkeit wird schlicht Sand in die Augen gestreut, wenn derartige Vergleiche gezogen werden.

2. Von Germanwatch wie auch von der Erlaßjahrkampagne wird positiv Bezug genommen auf die wirtschaftliche – durch die Entschuldung ermöglichte – Entwicklung Deutschlands. Sieht die Kampagne neuerdings im kapitalistischen Wirtschaftsmodell à la Deutschland ein Vorbild für andere Länder? Feiert die Modernisierungstheorie in ihrer ältesten und plattesten Form eine Wiederauferstehung, ausgerechnet in der Solidaritätsbewegung? Dieses Entwicklungsmodell mit seiner Fixierung auf die segensreichen Funktionen von Markt und Staat, mit seinem blinden Produktivitäts- und Fortschrittsglauben, mit seinem Hang zu Großtechnologie und Großmannssucht ist nicht nur für weltweite Umweltzerstörung und Ausbeutung wesentlich verantwortlich, sondern hat jene Verschuldung überhaupt erst in die Wege geleitet, die die Erlaßjahrkampagne jetzt lindern will. Selbst im entwicklungspolitischen Memorandum '98, das von Germanwatch mitgetragen wird, heißt es noch: »Es gibt nicht entwickelte und unterentwickelte, sondern nur unterschiedlich fehlentwickelte Länder«. Deswegen fällt der Verweis auf Deutschlands Vorbildfunktion weit hinter die – wenn auch meist sehr vorsichtig vorgetragene – Kritik zurück, die Germanwatch in anderen Kontexten am deutschen Modell äußert.

**Deutschland, ein Vorbild?**

3. Das Londoner Schuldenabkommen war eine von vielen Bemühungen, Deutschland wieder in die internationale Wirtschaft und Politik zurückzuführen. Es ist deshalb nicht belasteter durch die Nazi-Vergangenheit als etwa der Marshall-Plan oder die Währungsreform. Daran ändert auch die federführende Mitwirkung des Kriegsverbrechers und Nazi-Bankiers Abs wenig. Soweit geben wir der Kampagne recht. Von London darf die Welt aber mehr lernen, als daß Entwicklung Entschuldung braucht. Hier wie in zahlreichen anderen Normalisierungsmaßnahmen wurde demonstriert, wie billig die Tarife für Krieg und Vernichtungspolitik sind. Auch wir wissen, daß die Geschichte gelaufen ist und daß die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik nicht unwesentlich auf dem Verzicht gründete, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Aber sich deshalb Bausteine dieser Schlußstrichpolitik, die die Ermordeten noch einmal demütigt, als Vorbild zu wählen, halten wir für politisch geschmacklos, gerade wenn man sich an die deutsche Öffentlichkeit wendet.

Es wäre gut, Sie überdenken die(se) Geschichte noch einmal.

# Die Heimsuchung des Landes

## Kulturkampf zwischen Kemalisten und Islamisten



Foto: R. Maro/version

von **Jan Keetman**

**Fast alle BewohnerInnen der Türkei gelten als Muslime, und doch wurde in den letzten zwei Jahren der islamistische Ministerpräsident vom Militär zum Rücktritt gezwungen, seine Partei verboten, er selbst mit einem fünfjährigen Politikverbot belegt. Frauen mit Kopftuch wird die Immatrikulation an der Universität verweigert und sie werden nicht mehr zu Prüfungen zugelassen. Zwischen IslamistInnen und einer sich selbst als laizistisch verstehenden Führungsschicht ist ein Kampf um die kulturelle Vorherrschaft im Gange.**

► Mit der Gründung der Türkischen Republik durch Mustafa Kemal, genannt Atatürk, 1923 hatte der erst wenige Jahrzehnte zuvor herausgebildete türkische Nationalismus den Sieg über den als rückständig angesehenen Islam als staatstragende Ideologie davongetragen. Allerdings war die Vorstellung, daß die richtigen Bürger dieses Staates Muslime seien, nicht beseitigt, ja vielleicht sogar eher gestärkt worden, denn die nichtmuslimischen Minderheiten wurden durch den Völkermord an den Armeniern und einen »Bevölkerungstausch« mit Griechenland gegenüber den Verhältnissen im Osmanischen Reich stark verringert. Außerdem war der Unabhängigkeitskrieg ein Kampf gegen christliche Invasoren, insbesondere Griechen und Italiener, gewesen. Allerdings wurde der Islam so gut wie völlig aus dem politischen Raum verdrängt. Der Nationalismus und der Kult um die Vaterfigur Atatürk übernahmen diesen Platz. Laizistische Offiziere und Beamte lenkten das Land, sie verordneten eine neue Einheitlichkeit der Kultur. Diese sollte verhindern, daß sich wie im Osmanischen Reich Minderheiten herausbilden und eigene Staaten anstreben. Zugleich sollte dem Einfluß religiöser Gruppen ein Riegel vorgeschoben und einem künftigen Klassenkampf vorgebeugt werden. Diese drei Aspekte beinhaltet der Straftatbestand des »Separatismus« im türkischen Strafgesetzbuch bis heute.[1] Proletariat und Unternehmertum waren schwach und konnten auch wegen der autoritären Strukturen des Staates wenig Macht entfalten. Ebenfalls ohne politische Bedeutung war die Landbevölkerung.

Mit den ersten freien Wahlen 1950 wurde formal dieser Masse der Landbevölkerung, die immer noch 82% der Gesamtbevölkerung ausmachte, die Entscheidung über die Zukunft des Landes zu Füßen gelegt. Die politischen und kulturellen Entwicklungen, die noch in den letzten Jahren des Osmanischen Reiches einsetzten und das Land von seiner Tradition abschnitten, waren an diesen ländlichen Massen weitgehend vorbeigegangen. Ein großer Teil bestand überdies aus Analphabeten. In den kurdischen Provinzen liegt die Analphabetenquote auch heute noch um die 50%.

Die bisher führende »Republikanische Volkspartei« (CHP), die Partei des 1938 verstorbenen Republikgründers Atatürk, wurde

abgewählt, und an ihre Stelle trat die »Demokratische Partei« (DP) unter Adnan Menderes. Mit zwei Mitteln wurden von nun an die ländlichen Schichten an die sie vertretenden Parteien, beziehungsweise an deren Führungspersönlichkeiten gebunden: Vertreter der ländlichen Eliten erhielten Parlamentsmandate. Dazu gehörten Stammesführer und Großgrundbesitzer. Unter den letzteren sind insbesondere Angehörige der Familien der Scheichs, das heißt der Meister der von Atatürk verbotenen religiösen Orden zu nennen. Ansehen und Macht dieser ländlichen Eliten ließen sich in Wählerstimmen, diese in Parlamentsmandate und letztere wieder in Ansehen und oft in noch mehr Reichtum umgießen. Das zweite Mittel, mit dem die Landbevölkerung gewonnen werden konnte, war die Aufwertung der Religion als weiteres Identifikationsmerkmal neben dem allseits verbindlichen Nationalismus. So war eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung, den unter Atatürk ins Türkische übersetzten Gebetsruf wieder auf Arabisch singen zu lassen. Das war das erste Mal, daß eine von Atatürks Reformen rückgängig gemacht wurde. An der allgemeinen politischen Ausrichtung des Landes änderte sich aber fast nichts. Sie bestand vor allem in der Westintegration, für welche die Teilnahme am Koreakrieg, der Eintritt in die Nato und der Antrag auf Mitgliedschaft in der »Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft«, eine der Vorgängerinnen der EU, wesentliche Schritte waren.

## Militärputsch im Geiste Atatürks

▶ 1960 putschte das Militär die Regierung Menderes weg. Menderes selbst wurde hingerichtet. Mit diesem Putsch stellten sich die kemalistischen Offiziere gegen die Politik der ländlichen Eliten und des mit ihnen verbündeten Unternehmertums. Will man diesem Putsch irgendwie ein begriffliches Etikett aufdrücken, so wäre wohl »linksnationalistisch« das geeignetste. Dies veranschaulicht die Tatsache, daß am Morgen des Putsches niemand anderes die Erklärung der Offiziere im Rundfunk verlas als Oberst Alparslan Türkes, der spätere Begründer und jahrzehntelang unbestrittene Führer der ultranationalistischen beziehungsweise faschistischen Strömung in der Türkei. Die soziale Basis dieser Bewegung waren vor allem das städtische Kleinbürgertum und zum Türkentum sich bekennende Flüchtlinge vom Balkan und aus dem Kaukasus. Die von Türkes geführte MHP und ihre Jugend- und Kampfverbände, die sogenannten »Grauen Wölfe«, wurden später die Todfeinde der türkischen Linken. Trotzdem hatten die Linke und die MHP etwas gemeinsam, sie schöpften beide aus der als »Antiimperialismus« verklärten Ideologie des Nationalismus. In den Sechziger und vor allem Siebziger Jahren wuchs die türkische Linke rasch an. Sie war weiterhin ebenso wie das Militär kemalistisch, wurde zugleich aber auch zunehmend marxistisch und antiamerikanisch. Deshalb fand sie keinen Rückhalt mehr beim Militär, in dem das Bündnis mit den USA bereits feste Wurzeln geschlagen hatte. Der dritte Putsch 1980 richtete sich daher mit seiner ganzen Wucht gegen die türkische Linke. Nun war es plötzlich das Militär, welches den Islam als politisches Werkzeug entdeckte und Religion als Pflichtfach an den Schulen einführte, während es selbst bedacht war, sich weiter von allen islamistischen Einflüssen abzuschotten.

Die einst ländliche Bevölkerung wird in den Neunziger Jahren vor allem von drei großen Parteien vertreten. Die »Partei des richtigen Weges« (DYP), die von Süleyman Demirel gegründet worden war und heute von Tansu Çiller geführt wird, die von Turgut Özal gegründete und nun von Mesut Yilmaz geführte »Mutterlandspartei« (ANAP) und schließlich die »Wohlstandspartei« (RP) des Necmettin Erbakan. Bei den Wahlen 1995 errangen diese drei Parteien alle etwa 20%, wobei die RP die Nase etwas vorne hatte. Allerdings hat sich die Sozialstruktur der Landbevölkerung mittlerweile stark verändert. Ein großer Teil ist in die Städte abgewandert, und wegen der weit höheren Geburtenrate in den von Kurden bewohnten Landesteilen ist der Anteil der Kurden unter ihnen stark angestiegen.

Die Kurden haben an der ökonomischen und politischen Entwicklung der Türkei noch weniger teilgenommen als die türkische Landbevölkerung und die Armen in den Städten. Der Staat, der türkischen Nationalismus sät, läuft ständig Gefahr, kurdischen Nationalismus zu ernten. Der Einfluß der ländlichen Eliten auf die kurdischen Massen schwindet und wird mit der in den letzten Jahren zu einem großen Teil militärisch erzwungenen Abwanderung in die Städte noch weiter abnehmen. Den Platz der mit dem Staat zusammenarbeitenden ländlichen Eliten hat weitgehend die PKK einnehmen können, deren Führer Abdullah Öcalan heimlich eine ähnliche emotionale Unterordnung zuteil wird wie einst den Stammeschefs und Scheichs. Vor Experimenten mit einer gemäßigten kurdischen Partei schreckt jedoch der türkische Staat zurück. Legal und gemäßigt auftretenden kurdischen Parteien wie der »Demokratiepartei des Volkes« (HADEP) wird zutiefst mißtraut, und sie werden mit allen Mitteln der Repression politisch kleingehalten. Unter anderem deshalb sind sehr viele kurdische Stimmen sowohl auf dem Lande als auch unter den in den letzten Jahren in die Armenviertel der Großstädte abgewanderten Landflüchtigen an die gemäßigte islamistische »Wohlstandspartei« gegangen und werden sich bald bei deren Nachfolgerin, der »Tugendpartei« (FP), wiederfinden.

Der Gegensatz zwischen den städtischen Eliten von 1950 und den ländlichen Massen hat sich zwar stark verändert, besteht aber noch immer fort. Die Konkurrenzsituation ist durch die Landflucht nicht aufgehoben, sondern verstärkt worden. Der Übergang vom Land in die Stadt bedeutet nämlich nur zum Teil die Auflösung und Assimilation der ländlichen Gruppen. Meist siedeln die in die Stadt Migrierten nach Regionen oder gar Dörfern geordnet wieder am Rand der Metropolen. Die bereits angekommenen Verwandten, Freunde und Nachbarn erleichtern den nachziehenden die ökonomische und emotionale Integration in der Stadt. Oft werden sie dabei als besonders billige und abhängige Arbeitskräfte ausgebeutet. Die Bedeutung, die die gemeinsame Herkunft aus einer Region oder einem Dorf hat, drückt sich auch in der Gründung tausender »Dorfvereine« in den Metropolen aus. Mit dem Islam wird die Identität der Gruppe ideologisch verfestigt.

## Ländliche Massen gegen Kemalisten

▶ Die einstige Landbevölkerung bedroht die Herrschaft der kemalistischen Eliten nicht nur mit dem Wahlzettel, sondern auch indem sie heute in deren angestammte Berufe und Ämter vordringt. Die Reaktion ist ein Druck zur kulturellen Assimilation der ehemaligen Landbevölkerung. Dazu gehören Kleidervorschriften an Universitäten und Schulen, die regelmäßige Säuberung des Offizierskorps von des Islamismus verdächtigen Offizieren ebenso wie das Verbot, Kurdisch zu unterrrichten. Der Islam, der innerhalb der eigenen Gruppe hierarchische Strukturen sichert, ist so zum kulturellen Ausdruck der politischen und teilweise ökonomischen Ablösung der städtischen Eliten durch die Nachfahren der Landbevölkerung und der damit verbundenen Konflikte geworden.

75 Jahre nach Gründung der modernen Türkei durch Atatürk steht immer noch die alte Frage »islamischer oder westlicher Staat« auf der Tagesordnung. Eine radikale Konfrontation und Umwälzung wie im Iran ist aktuell jedoch nicht zu erwarten. »Man muß dem Staat gehorchen« waren die ersten Worte Erbakans nach dem Verbot seiner Partei. Diese Bescheidenheit wird jedoch von den staatlichen Eliten nicht honoriert, und dies könnte eines Tages zu einem radikaleren und militanteren Islamismus vor allem in den vorwiegend von KurdInnen bewohnten neuen Armenvierteln der Metropolen führen.

### Anmerkung:

1 Definiert in § 312, und in anderen Paragraphen und Gesetzen häufig genannt.

---

▶ **Jan Keetman** ist freier Journalist und lebt in Istanbul.



Foto: M. Toledo / version

# Revolution vor der Revolution

## Chiapas und die Möglichkeiten radikaldemokratischer Politik Teil 2

von **Ulrich Brand**

**Der zapatistische Aufstand in Chiapas wird hierzulande teils als neues sozialistisches Modell, teils als revolutionäre Seifenblase gedeutet. (siehe Teil 1 in iz3w 232) Das hat zum einen mit der Fehleinschätzung der spezifischen politischen und historischen Konstellation in Mexiko zu tun, zum anderen aber auch mit dem uneindeutigen Selbstverständnis der Zapatistas selbst. Das gilt besonders für die Möglichkeiten radikaldemokratischer Politik, denn ein konsistentes Demokratieverständnis der Zapatistas gibt es nicht, so wenig wie es »den« Zapatismus gibt.**

▸ Der Kampf um Demokratie entwickelte sich im zapatistisch kontrollierten Teil des südostmexikanischen Bundesstaates Chiapas gegen ein lange Zeit stabiles lokales Herrschaftssystem, das sich aus der Mischung von PRI-Herrschaft und lokalen Traditionen ergab. Wichtig ist für die Frage der Demokratie in diesem Zusammenhang, daß die MigrantInnen einige Aspekte der alten Kultur aufnahmen und weiterentwickelten[1]. Formen der direkten Demokratie, des Konsenses und des imperativen Mandats stellen also das bewußte Anknüpfen an gewisse Traditionen wie auch die gleichzeitig kritische Auseinandersetzung damit dar. So ist innerhalb der Zapatistas durchaus umstritten, welchen Stellenwert Wahlen oder die Bedeutung von Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz haben. Über den starken Anstieg erfolgreicher Landbesetzungen vor allem in den Jahren 1994/95 gewannen die Kämpfe auch einen materiellen Gehalt. Sofía Rojo Arias[2] nennt die demokratischen Kämpfe in Chiapas ohne Verklärung eine »Lebensform«. Hay que reirse mucho para cambiar el mundo. – »Man muß viel lachen, um die Welt zu verändern« ist eines der Sinnbilder. Revolution ist, allgemeiner gesagt, auch ein Prozeß umfassender individueller und gesellschaftlicher Erfahrungs- und Lernprozesse. Deutlich wird dies zuvorderst an der (bis heute schwierigen) antipatriarchalen Ausrichtung der Kämpfe in Chiapas selbst.[3]

Auch wenn in Chiapas besondere Bedingungen existieren, so weitet sich bei der Frage der Demokratie der Blick sofort auf das gesamte Land aus. Erstaunt mußte die unabhängige mexikanische und internationale Öffentlichkeit seit den ersten Januartagen 1994 feststellen, daß eine Guerilla den Herrschenden den Kampf ansagte und gleichzeitig auf eine Übernahme der politischen Macht verzichtete. Die EZLN bezieht sich dabei auf Artikel 39 der mexikanischen Verfassung: »Die nationale Souveränität liegt wesentlich und ursprünglich beim Volk. Alle öffentliche Macht geht vom Volk aus und wird zu dessen Wohlergehen eingerichtet. Das Volk hat zu jeder Zeit das unveräußerliche

Recht, seine Regierungsform zu wechseln und zu ändern.« Die Demokratisierung ist der einzig mögliche Weg aus der politischen, ökonomischen und sozialen Krise des Landes, wozu die EZLN vielfältige Initiativen unternimmt: Dialoge und consultas, sowie Treffen, um brisante Themen wie Staatsreform, Demokratie oder indigene Rechte und Kultur breit zu diskutieren.

Eng damit verbunden ist der Stellenwert des bewaffneten Kampfes. Hier ist offenbar eine zentrale Erfahrung aus den ersten Tagen des Aufstandes wichtig. Marcos meinte in einem Interview: »Wenn Euch der 1. Januar 1994 überrascht hat, so uns der 2. Januar.« Damit bezog er sich nicht auf die unmittelbare militärische Antwort des mexikanischen Staates, sondern auf die für mexikanische Verhältnisse ungewöhnlich offene Berichterstattung einiger Medien und auf die breiten Proteste im gesamten Land, um die Regierung zum Waffenstillstand zu bringen. Die Proteste waren erfolgreich, der damalige Präsident Salinas de Gortari ordnete einen Waffenstillstand an. Die EZLN sprach in der (Ersten) Deklaration der Selva Lacandona, mit der sie an die Öffentlichkeit trat und ihren Aufstand begründete, unter anderem noch vom Marsch auf Mexiko-Stadt und einem angestrebten Sieg über das mexikanische Bundesheer.

## Strategische Konzeptlosigkeit

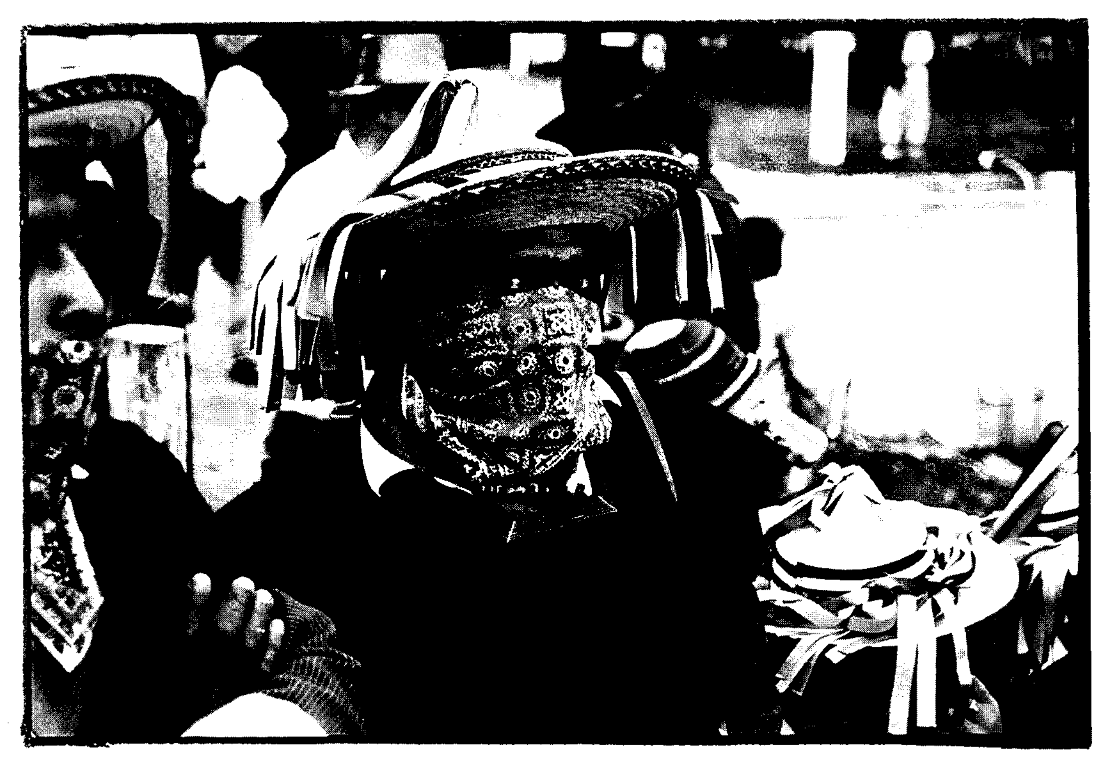
► Angesichts der realistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse zog sich die EZLN klugerweise bereits nach wenigen Tagen zurück. Drei Wochen später gab sie eine deutlich veränderte Einschätzung ab, die bis heute Gültigkeit hat: »Wir nehmen das Land nicht als Geisel. Weder wollen wir noch können wir der mexikanischen Zivilgesellschaft unsere Idee mittels unserer Waffen aufzwingen, so wie es die aktuelle Regierung tut, die mit der Macht ihrer Waffen dem Land ihr Projekt aufzwingt (...). Vor allem wird es eine Revolution sein, die an verschiedenen sozialen Fronten entsteht, mit vielen Methoden, in verschiedenen sozialen Formen, mit diversen Graden von Engagement und Partizipation. Und ihr Ergebnis wird nicht das einer triumphierenden Partei, einer Organisation oder einer Allianz von Organisationen mit einem spezifischen gesellschaftlichen Projekt sein, sondern eine Art demokratischen Raumes, um verschiedene Alternativen aufeinander treffen zu lassen und um zu einer Lösung zu kommen. Dieser demokratische Raum wird drei fundamentale Prämissen haben, die historisch untrennbar sind: Demokratie, um über den dominanten Gesellschaftsentwurf zu entscheiden, Freiheit, um den einen oder anderen Entwurf zu unterstützen, sowie die Gerechtigkeit, an der sich alle Vorschläge ausrichten müssen. (...)« (Kommuniqué vom 20.1.94) Es gehe um eine Revolution, die eine Revolution ermöglicht (ebd.). Dies belegt die enorme Lernfähigkeit der Guerilla – Jens Winter [4] spricht von einer »strategischen Konzeptlosigkeit«, die zu Beginn des Aufstandes die relativ hohe Mobilisierung ermöglichte. Seitdem ist ein doppelter Dialog zentral. Zum einen wird der Dialog mit dem Gegner, nämlich der »schlechten Regierung« angestrebt. Sie wird als Gegner im Krieg gesehen, als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und als wichtigstes Hindernis auf dem Weg zu einer demokratischen Transformation des Landes. Dennoch hat sich die EZLN immer für eine politische Lösung ausgesprochen. [5] Bereits im Februar 1994 begannen die Friedensgespräche zwischen der Regierung und der EZLN unter Vermittlung des Bischofs von San Cristóbal de las Casas, Samuel Ruíz, die allerdings immer unter den Bedingungen zunehmender Repression von Seiten des Staates und der privaten Armeen der Großgrundbesitzer stattfanden. Nach der Militäroffensive am 9. Februar 1995 gab es neuerdings breite Proteste, was zur Verabschiedung des »Gesetzes über den Dialog, die Versöhnung und den würdigen Frieden in Chiapas« am 11. März desselben Jahres führte. Ein Jahr später, am 16. Februar 1996, wurde die erste Verhandlungsrunde mit der Unterzeichnung des »Abkommens von San Andrés zu indigenen Rechten und Kultur« abgeschlossen. Begleitet wurden diese Verhandlungen von Foren, zu denen die EZLN ein breites gesellschaftliches Spektrum einludt, um bestimmte Fragen zu klären. Bislang geschah das zum Thema indigene Rechte, zu Demokratie und zu Staatsreform. Obwohl in den Friedensgesprächen eigentlich nur die EZLN mit der Regierung verhandelte, ließ sie das breite Meinungsspektrum in das Abkommen von San Andrés fließen. Das Abkommen zu indigenen Rechten und Kultur stellt also nicht die inhaltliche Position der EZLN dar, wohl aber zeigt es, wie ernst die umfassende Einschließung verschiedener Ansichten genommen wird.

## Organisierung der Unorganisierten

► Hier deutet sich der neben der Regierung zweite zentrale Bezugspunkt der Zapatistas an: Die sogenannte »Zivilgesellschaft«. Mit der 2. Deklaration der Selva Lacandona (12.6.94) beruft die EZLN die Convención Nacional Democrática (Demokratischer Nationalkonvent, CND) auf ihrem Gebiet ein, zu der im August etwa 6.000 Delegierte (jeweils delegiert von mindestens zehn anderen MexikanerInnen) kamen. Die Zivilgesellschaft wird aufgerufen, die Hauptrolle wieder zu übernehmen, die sie im Januar 1994 angesichts der Proteste gegen den Krieg hatte. Zu Beginn des Jahres 1995 rief die EZLN in der 3. Erklärung der Selva Lacandona zum Zusammenschluß der politischen und sozialen Organisationen in der zu gründenden Frente de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsfront, FLN) auf und ein Jahr später in der 4. Erklärung der Selva Lacandona zur Organisierung der Unorganisierten in der Frente Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Front der Nationalen Befreiung, FZLN). Zivilgesellschaft in diesem Sinne steht in Mexiko für eine politisch unabhängige Öffentlichkeit und für einigermaßen autonome politische Strukturen, um sich überhaupt kritisch auf das herrschende Institutionensystem beziehen zu können. Allerdings hat sich in den letzten Jahren der Bezug auf die Zivilgesellschaft erheblich konkretisiert. Nicht nur, daß es enge Kontakte mit progressiven BäuerInnenorganisationen gibt, sondern es wurde auch eine intensive Kooperation mit der SchuldnerInnenvereinigung El Barzón und anderen linken Basisorganisationen begonnen. Der teilweise geäußerte Vorwurf, daß die EZLN eine recht naive und beliebige Vorstellung von Zivilgesellschaft habe, läßt sich in ihrer politischen Praxis nicht belegen, vielmehr geht sie sehr strategisch mit dem Begriff um.

Der doppelte Dialog mit der Regierung und der Zivilgesellschaft hängt eng mit der enormen Kommunikationsfähigkeit der EZLN zusammen. Des weiteren ist bedeutend, daß sich die Zapatistas nicht als Avantgarde verstehen, denn die EZLN »hat nie für sich beansprucht, daß ihre Form des Kampfes die einzig legitime sei. Tatsächlich ist es für uns die einzige, die uns übrig gelassen wurde. Die EZLN begrüßt die aufrichtige und konsequente Entwicklung aller Kampfformen, die dem Weg folgen, der uns alle zur Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit führt.« (vgl. ein Kommuniqué vom 20.1.94) Auch wenn es gegen ihre Überzeugung war, akzeptierte die EZLN im Sommer 1994 den Wunsch eines großen Teils des linken politischen Spektrums, die Präsidentschaftswahlen im August des Jahres als Möglichkeit zum politischen Machtwechsel zu nutzen (was ganz deutlich mißlang, der linksliberale Kandidat erhielt 18 Prozent).

Die permanente Spannung zwischen Radikalität und Offenheit ermöglicht andererseits erst eine große Originalität und eine sehr weitreichende politische Interventionsmöglichkeit. Die EZLN macht keine klaren Vorgaben, ihre Vorschläge für eine Transformation Mexikos laufen auf die Zerstörung der Staatspartei, auf eine Übergangsregierung und eine Verfassungsgebende Versammlung hinaus. Eine vom Staat unabhängige politische Öffentlichkeit und Möglichkeiten zur Selbstorganisation gab es in Mexiko kaum, sie wurden von der Staatspartei immer als Bedrohung empfunden und bilden sich auch heute erst in Ansätzen heraus. Allerdings laufen Interpretationen fehl, die den Zapatistas eine ausschließliche Orientierung auf diese Prozesse – in ihren Worten die Aktivierung der



Keine naive Vorstellung von Zivilgesellschaft — Foto: D. Rosales/version

Zivilgesellschaft – unterstellen. Ganz im Gegenteil ist der Staat im engeren Sinne ein zentraler Bezugspunkt. Die jahrhundertelange Unterdrückung in Chiapas ist allem voran eine staatliche bzw. staatlich abgesicherte.

Das Hauptproblem in Mexiko ist für die EZLN zweifellos, daß eine weitgehende Gesellschaftstransformation nur die Perspektive eines sehr begrenzten politisch-sozialen Spektrums ist. Schon beim Bezug auf den neoliberalen Gesellschaftsumbau scheiden sich die Strömungen. Die linksliberale Partido de la Revolución Democrática (Partei der Demokratischen Revolution PRD) strebt mehrheitlich kaum grundlegende Alternativen zur bestehenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ausrichtung an, sondern vertritt eher Forderungen der sozialpolitischen Korrektur in bestimmten Bereichen. Die Grundforderung nach der Demokratisierung des politischen Systems, die auf breiten Konsens im linken Spektrum stößt, ist für die EZLN jedoch Voraussetzung für radikalere Politiken.

## Fetischisierung von Staat und Nation

► Hier soll es abschließend in kritisch-solidarischer Perspektive um drei Ambivalenzen gehen, die einer weiteren Diskussion bedürften. Zum einen besteht entgegen des emphatischen Anspruchs die Gefahr eines formalen Staats- und Demokratieverständnisses, das sich in dem ambivalenten Bezug der Zapatistas auf Staat und Nation wie auch in ihrem kaum vorhandenen Bezug auf kapitalistische Produktions- und Klassenverhältnisse ausdrückt. Nur angerissen wird zweitens das Problem, daß demokratische Kämpfe heute in einer zunehmend internationalisierten Welt stattfinden. Drittens soll auf das grundlegende Dilemma radikaldemokratischer Politik in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, zu denen ich eben auch Mexiko zähle, hingewiesen werden.

Auffallend ist entgegen der expliziten Verlautbarungen der EZLN ein uneindeutiger Etatismus. Sie unterscheidet zwischen dem Staat allgemein als potentiellem Vertreter der Interessen der Bevölkerungsmehrheit einerseits und der bestehenden »schlechten Regierung« andererseits. Dabei besteht die Gefahr, den Staat selbst zu fetischisieren und seine Bedeutung falsch einzuschätzen. Ihr Bezug auf den Nationalstaat (wie auch auf die lokale Ebene) scheint auch und gerade in Zeiten der neoliberalen Globalisierung verständlich. Hier können offenbar am aussichtsreichsten grundlegende Kämpfe um die Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen geführt werden – und um die Veränderung der Bedeutung der Institutionen selbst. Diese Perspektive ist jedoch in mehrfacher Hinsicht verkürzt. Nach innen ist der Staat als politische Form kapitalistischer Gesellschaften nämlich weiterhin die zentrale Instanz zur Regulation kapitalistischer Klassenherrschaft. Staatliche Apparate sind nicht quasi neutral und tendenziell für die »nationale Befreiung« nutzbar. Nach außen tritt der Staat als Organisator »nationaler Wettbewerbsfähigkeit« auf.

**»Wenn Euch der 1. Januar 1994 überrascht hat, so uns der 2. Januar«**

Dabei stehen die Zapatistas für die scheinbare Paradoxie, daß ein lokaler und bewaffneter Aufstand sich radikal gegen die vorherrschenden Politikmuster auf nationaler Ebene stellt und im mexikanischen Kontext erfolgreicher ist als viele andere Veränderungsversuche, die von vornherein national ausgerichtet sind. Dies liegt die Vermutung nahe, daß es nicht per se um die nationale Ausrichtung von Kämpfen geht, sondern um die Radikalität der praktischen Infragestellung des Bestehenden. Hier liegt zweifellos die Kraft des Aufstandes.

Noch stärker als beim Staat ist der affirmative Bezug auf die Nation. Besonders scharf ist die Gegenüberstellung in der 4. Erklärung der Selva Lacandona vom Januar 1996. Demzufolge gibt es zwei sich widersprechende Projekte der Nation: »Auf der einen Seite das Projekt des Landes, das die Macht hat, was die totale Zerstörung der mexikanischen Nation beinhaltet. (...) Auf der anderen Seite die Transition zur Demokratie (...) als Projekt der Rekonstruktion des Landes; die Verteidigung der nationalen Souveränität.« Nation ist jedoch weder ein politisch und sozial integrierendes Projekt noch der Staat ein Sachverwalter allgemeiner Interessen. »Nation« bedeutet neben staatsbürgerlicher Inklusion immer auch Exklusion. Und der Kampf um die »Nation«, der sich im Kampf um die mexikanische Nationalflagge symbolisiert, wird auch von den Herrschenden geführt, indem

sie die EZLN erfolgreich als »Vaterlandsverräter« denunzieren. Insgesamt besteht die Ambivalenz darin, daß die Zapatistas entgegen ihren Ansprüchen nicht einen emphatischen, sondern selbst einen formalen Staats- und Demokratiebegriff vertreten.

## Hauptfeind 'Neoliberalismus'

► Der Bezug auf die kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisse geschieht mit dem Verweis auf den Kampf gegen den »Neoliberalismus«.[6] Allerdings halten sich die Zapatistas weitgehend zurück, wenn es um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Mexiko geht (in Chiapas sieht das ganz anders aus, wie die Landbesetzungen zeigen). Hier besteht die Gefahr, daß Politik und Ökonomie nicht in ihrer Beziehung zueinander gesehen werden und dementsprechend die Vorstellungen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen »politizistisch« verkürzt werden. Auch hier schimmert ein formales Demokratieverständnis durch. Selbst wenn es derzeit keine klaren Vorstellungen davon gibt, wie gesellschaftliche Produktion anders gestaltet werden könnte, so ist diese Leerstelle doch eigentümlich. Die Einsicht, daß Demokratie sehr viel mit materiellen Bedingungen zu tun hat, erfolgt erstaunlicherweise eher selten über die Kämpfe in Chiapas selbst hinaus.

Eine andere Gefahr hängt mit dem unhintergehbaren Spannungsfeld zwischen demokratischen Kämpfen und der kapitalistischen Produktionsweise zusammen. Entgegen ihrer revolutionären Perspektive kann die EZLN als Teil gesellschaftlicher Kämpfe durchaus zur Modernisierung der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft in Mexiko, sozusagen zur Herausbildung einer neuen Regulationsweise, beitragen. Fraglos wäre die Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse, die deutlichere Trennung von Staat und Gesellschaft, die Entstehung einer einigermaßen unabhängigen politischen Öffentlichkeit oder die Durchsetzung eines auf wirklicher Konkurrenz basierenden Parteiensystems eine erfolgreiche Etappe der Demokratisierung und die Grundbedingung für weitergehende Politiken. Dennoch werden auch diese Entwicklungen den Konstitutionswiderspruch der liberalen Demokratie erstmal nicht überwinden. Was nicht als Absage an die Notwendigkeit vielfältiger politischer Kämpfe verstanden werden sollte. Jedoch politische Perspektiven und Strategien zu entwickeln, sie in aktuelle Auseinandersetzungen einzubringen und kleine wie große Veränderungen zu forcieren, ohne eine umfassendere Perspektive zu verlieren, das ist die Grundlage radikaldemokratischer emanzipatorischer Politik (nicht nur in Mexiko). Ansonsten werden zentrale und sich heute verschärfende Widersprüche unter formalen liberaldemokratischen Bedingungen zwar reguliert, aber kaum grundlegend in Frage gestellt. Der Aufstand der Zapatistas stellt eine Bedingung dar, eingefahrene Denk- und Handlungsmuster grundlegend in Frage zu stellen. Damit liefert das ¡Ya basta! des Aufstandes trotz der genannten Ambivalenzen jenen utopischen, d.h. revolutionären Überschuß einer gesellschaftlichen Praxis, der über die Modernisierung der bestehenden Strukturen in Mexiko hinausweist. Die »Revolution vor der Revolution« ist nicht zuletzt ein Kampf darum, Kämpfe führen zu können.

### Anmerkungen:

1 García de León, Antonio (1994): Prolog in EZLN. Documentos y Comunicados. 1. Band. Mexiko-Stadt

2 Rojo Arias, Sofía (1997): Las tres claves que abren las tres cadenas: los valores políticos, in: Revista Chiapas 4, S. 43 – 68.

3 Bemerkenswert an den Vorstellungen der Zapatistas zur radikalen Demokratisierung ist, daß es sich um keine halbierte Demokratie handelt. Bereits mit dem Revolutionären Frauengesetz von 1993 wurde deutlich, daß der Kampf um bessere Verhältnisse auch ein Kampf gegen patriarchale Strukturen war und ist (vgl. besonders Topitas (Hg., 1994) Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas. Hamburg, 2. Kapitel). Hier wird beispielhaft deutlich, daß Verlautbarungen und Ansprüche von realen Handlungen und Handlungszwängen zu unterscheiden sind.

4 Winter, Jens (1997): Eselsbrücken sind Holzwege. Mexiko, der EZLN und die Chiapas-Solidarität drei Jahre danach, in: Blätter des iz3w, Februar, S. 10 – 13.

5 Um nicht der Gefahr zu erliegen, die mexikanische Oppositionsbewegung maßlos zu überschätzen, sei darauf hingewiesen, daß die aktuelle Schwäche der PRI und des sie stützenden Systems mehr mit den internen Widersprüchen zwischen Modernisierern und »Dinosauriern« zusammenhängt als mit der massiven Infragestellung von außen. Indikatoren dafür sind die Ermordung des PRI-Präsidentschaftskandidaten für die Wahl von 1994, Colosio, und des Generalsekretärs der Partei, Ruíz Massieu, sowie die internen Diadochenkämpfe. Allerdings verschärft der Druck der Opposition diese internen Widersprüche. Als parteipolitische Alternative stellt sich für viele PRI-GegnerInnen eher die rechtskonservative PAN dar.

6 Natürlich meine ich mit Klassen keinen homogenen Dualismus von einer herrschenden und einer beherrschten Klasse. Gerade der Aufstand von chiapanekischen Indígenas zeigt, wie vielfältig Lagen und Bewußtsein sind. Zentral ist jedoch weiterhin die Stellung im Produktionsprozeß, insofern hat die Rede von den subalternen Klassen Berechtigung. Deren Heterogenität und Spaltung ist ein zentraler Aspekt emanzipatorischer Politik.

*Für vielfältige Hinweise danke ich Marlis Gensler, Christoph Görg, Judith Nagel und Jens Winter.*

► **Uli Brand** ist Mitglied der Gruppe Penumbra im Dritte-Welt-Haus, Frankfurt/M. Der hier gekürzte Beitrag erscheint vollständig in: Christoph Görg / Roland Roth (Hrg.): Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster 1998.

# Nepper, Schlepper, Bauernfänger

## Fluchthilfe zwischen Dienstleistung und »organisierter Kriminalität«

Von **Dominique John**

**Seit Ende der 80er Jahre werden die Themen Flucht und Migration in zunehmendem Maße mit dem Schlagwort der Inneren Sicherheit verknüpft. Eine besondere Rolle spielt dabei die sogenannte »Bekämpfung des Schlepperunwesens«. Die Begriffe »Schlepper« und »Schleuser« sind im Felde der Migrationspolitik politische Kampfbegriffe, die den noch vor wenigen Jahren ehrenwerten Job des Fluchthelfers im öffentlichen Diskurs abgelöst haben.**

▶ Die Konnotation der neuen Begrifflichkeiten verweist auf kriminelle Akteure, die Menschen illegal über Grenzen »schleusen« oder gar »schleppen«, sie also zwingen, diese Grenzen zu überwinden. Eine solche Interpretation der heutigen Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen hat mit der Realität nicht viel zu tun, der Begriff der kommerziellen Fluchthilfe trifft die Lage besser. Dabei läßt sich selbst mit den vom Bundesgrenzschutz veröffentlichten Statistiken über festgehaltene »illegale« GrenzgängerInnen zeigen, daß es immer noch einem Großteil der Flüchtlinge und MigrantInnen gelingt, die EU-Außengrenzen zu überwinden, ohne auf Fluchthilfe zurückzugreifen. Dies steht im Mißverhältnis zu den üblichen Darstellungen der Experten der Inneren Sicherheit und wird uns im zweiten Teil beschäftigen. Ein Rückblick auf die 80er Jahre wird abschließend zeigen, daß Fluchthilfe noch vor kurzer Zeit ein anerkanntes und vor Gericht einklagbares Gewerbe war.

Muß ein Mensch sein Land verlassen und ist ihm diese Möglichkeit verwehrt, so muß er sich der Hilfe von Personen und Gruppen versichern, die mit der Umgehung von Verboten und Hindernissen Erfahrung haben und dieses Know-How in Form einer Dienstleistung anbieten. Sofern die Fluchthilfe nicht politisch, religiös oder humanitär motiviert ist, handelt es sich bei den AnbieterInnen dieser Dienstleistung um Geschäftsleute, die einen Gewinn erzielen wollen.

In der Regel wird zwischen den Vetragsparteien eine mündliche Vereinbarung getroffen, die aufgrund des fehlenden rechtlichen Sicherungsrahmens nicht einklagbar ist. Der staatliche Verfolgungsdruck führt dazu, daß der Geschäftsablauf durch hohe Risiken für alle Beteiligten und heimliche Fortbewegung gekennzeichnet ist. Dies führt in der Tendenz zu einem relativ großen Abhängigkeitsverhältnis der heimlich Reisenden von den AnbieterInnen der Dienstleistung. Allerdings sind – wie bei anderen marktförmig vermittelten Dienstleistungen – die AnbieterInnen von Fluchthilfe auf einen guten Ruf angewiesen, der von erfolglosen RückkehrerInnen schnell zerstört werden kann. Es soll bei dieser Erwägung keineswegs verschwiegen werden, daß es Fluchthelfer gibt, die MigrantInnen und Flüchtlinge ausbeuten, und daß die Flucht dann fatale – selbst tödliche – Folgen haben kann. Allerdings kann eine berechtigte Kritik an ausbeuterischer oder fahrlässig geplanter Fluchthilfe nicht davon losgelöst betrachtet werden, daß erst das System der administrativen und materiellen Grenzsicherung den Raum schafft, in dem sich die verschiedenen Formen von Fluchthilfe entwickeln. Sie sind für viele Flüchtlinge und MigrantInnen die einzigen Möglichkeiten, Grenzen zu überwinden, und somit ein notwendiger Bestandteil des Grenzregimes.

Es ist schwierig festzustellen, wie viele Flüchtlinge und MigrantInnen zur heimlichen Einreise nach Deutschland auf die Dienstleistung Fluchthilfe zurückgreifen. In den Veröffentlichungen des Innenministeriums und des Bundesgrenzschutzes (BGS) wird allerdings der Eindruck vermittelt, daß der überwiegende Teil der heimlichen Grenzübertritte mit Hilfe von »Schlepperorganisationen« bewerkstelligt werde. Selbst wenn jedoch die vom BGS regelmäßig veröffentlichten Statistiken zu Rate gezogen werden, läßt sich diese Darstellung in Frage stellen: So gibt der BGS beispielsweise für das Jahr 1996 an, 27.024 »illegale« GrenzgängerInnen aufgegriffen zu haben, dabei wären 2.215 »Schleuser« festgestellt worden, die insgesamt 7.500 »Opfer« über die Grenzen geleitet hätten. (SZ, 26.2.97)

Für 1995 gibt der BGS an, allein an der deutsch-polnischen Grenze 13.276 Personen wegen »illegaler Einreise« festgenommen zu haben. Davon seien 1.096 Personen (8 %) von FluchthelferInnen unterstützt und 238 »Schleuser« festgenommen worden. Zur Einreise ins Schengengebiet verhelfen ließen sich von den 1.858 Menschen aus überwiegend weiter entfernten Ländern 353 Personen (19 %).[1] Menschen aus den osteuropäischen Ländern griffen auf die Dienstleistung Fluchthilfe weit seltener zurück: Von den 6.505 festgenommenen RumänInnen waren es lediglich 296 (4,5 %). Je weiter also die Reisen, desto häufiger wird Fluchthilfe in Anspruch genommen.

Die Zunahme der Zahl festgenommener FluchthelferInnen dürfte damit zusammenhängen, daß schon die Anreise durch die osteuropäischen Länder und der Grenzübertritt immer schwieriger wird. Außerdem konzentriert sich die Grenzfahndung auf die Fluchthilfe – zum Teil mit erheblicher Unterstützung durch die Bevölkerung.[2] Schließlich ist der Inhalt dessen, was als »Schlepperei« bezeichnet wird, ständig erweitert worden. Interessant sind auch die vom BGS angegebenen Herkunftsländer der festgestellten »Schleuser«. Von den 1996 festgenommenen 387 »Schleusern« seien 226 aus Polen, 77 aus Deutschland und 18 aus der Tschechischen Republik. Es spricht einiges dafür, daß die »kleine«, spontane Fluchthilfe wesentlich häufiger stattfindet als die von langer Hand vorbereitete internationale Migrationsinszenierung, wie sie das Bundesinnenministerium immer wieder darstellt. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß in der Regel nur diejenigen »Fußschleuser« und Transporteure erwischt werden, die den letzten und risikoreichsten, oft einzig illegalen Abschnitt des Fluchtweges bestreiten.

### Wurden DDR-Bürger verschleppt?

▶ Wie sehr auch die rechtliche Betrachtung von Fluchthilfe vom jeweiligen politischen Kontext abhängt, verdeutlicht ein Rückblick in die 80er Jahre. Damals, zur Zeit der propagandistischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West, feierten die westlichen Medien nicht nur die Taten der FluchthelferInnen, Gerichte gewährten im Zweifelsfall auch Rechtsschutz für die gewerbsmäßige und nicht selten bandenmäßig organisierten »Schlepper«- oder damals vielmehr: Fluchthilfeorganisationen.[3] So urteilte 1980 der Bundesgerichtshof (BGH) als Revisionsinstanz zugunsten eines Fluchthelfers. Dieser forderte trotz des mißlungenen Versuchs, einen DDR-Bürger über die Grenze zu bringen, den vereinbarten Vorschuß in Höhe von 10.000 Mark von seinem westdeutschen Auftraggeber und war nach dessen Weigerung bis vor den BGH gezogen. Der BGH kam in seinem Urteil zu dem Schluß, »daß ein solcher Vertrag nicht allgemein gegen die guten Sitten verstößt«. Mehr noch, bei der Erörterung des kommerziellen Charakters dieser Fluchthilfe kam der BGH zu der Einschätzung, »es sei nicht in jedem Fall anstößig, eine Hilfeleis-




Fluchthelfer – früher ein ehrenwerter Job

Foto: R. Maro / version

tung, selbst für einen Menschen in einer Notlage, von einer Vergütung abhängig zu machen«. Das gelte auch, wenn – wie im geschilderten Fall – Hilfe bei der »Ausübung eines Grundrechts an ein Entgelt« geknüpft sei. Das Schleusen von DDR-BürgerInnen über die deutsch-deutsche Grenze beruhe »durchaus auf billigenswerten, ja edlen Motiven« und sei mithin nicht verwerflich.

Auch über einen angemessenen Preis machten sich die Richter Gedanken: »Fluchthilfevergütungen von 15.000 Mark oder 13.000 Mark je 'geschleuster'[4] jPerson« schienen ihnen »im Hinblick auf hohe Unkosten des Fluchthelfers nicht als überhöht«. Es wende sich Kunde an Anbieter, »weil (...) bei ihm die Kenntnisse, Erfahrungen und Verbindungen« erwartet werden, die für eine Flucht, einen heimlichen Grenzübertritt, benötigt werden. Auch »der Zwang, der Fluchthilfeorganisation 'blindes Vertrauen' zu schenken, und die faktische Unabänderlichkeit (...) der von ihr gestellten Bedingungen«, spielten schon zu jener Zeit eine Rolle und verdeutlichen jenes Abhängigkeitsverhältnis, welches den heutigen »Schleppern und Schleusern« per se als ausbeuterisch angelastet wird. Schließlich geht der BGH auch auf die Gefahren ein, die mit einem unerlaubten Grenzübertritt verbunden sind: »Zu der Frage, ob ein Fluchthilfevertrag sittenwidrig ist, weil ein Fluchthilfeunternehmen Gefahren für beteiligte und womöglich auch unbeteiligte Personen hervorrufen kann, hat der (...) Senat (...) ausgeführt, daß nicht jeder Vertrag sittenwidrig ist, der für die Beteiligten mit persönlichen Gefahren verbunden ist.«

Es lohnt sich, diese Erörterungen in dieser Breite zu zitieren, weil sie der heute im Hinblick auf Fluchthilfe propagierten Sicht diametral entgegenstehen. Seit es den Feind im Osten nicht mehr gibt und seit die Bewegungsfreiheit aller Deutschen mit der Wiedervereinigung erreicht worden ist, ist von Freizügigkeit keine Rede mehr. Im Gegenteil, den Strategen der Inneren Sicherheit ist heute kein Vergleich mehr zu gewagt, kein Bild mehr zu schief, um den Entschluß von Menschen, ihre Heimat – aus welchen Gründen auch immer – zu verlassen, als von kriminellen, skrupellosen »Menschenschmugglern« erzwungenen Akt zu diffamieren.

**Seit es den Feind im Osten nicht mehr gibt, ist von Freizügigkeit keine Rede mehr**

Der »Schlepper«-Diskurs findet je nach Interesse Anwendung. Solange es darum geht, Fluchthilfe zu kriminalisieren und als Teil der »Organisierten Kriminalität« darzustellen, erscheinen Flüchtlinge und MigrantInnen als bedauernswerte Opfer, denen schon in den Herkunftländern aufgelauert wurde und die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zum rechtswidrigen Einwandern nach Europa verlockt oder gar gezwungen werden. Auch die Tatsache, daß es auf den heimlichen Reiserouten von Flüchtlingen und MigrantInnen immer wieder zu Tragödien und Unfällen kommt, die teilweise schlecht organisierter oder fahrlässiger Fluchthilfe geschuldet sind, wird in diesem Zusammenhang dazu genutzt, generell die Skrupellosigkeit und Brutalität des »Schlepperunwesens« (Kanther) zu illustrieren. Selbst der Innenminister Bayerns, Günther Beckstein, betont in solchen Fällen: »(...) es gehe ihm hier auch um das Wohl und die Gesundheit derjenigen Menschen, die sich in den Händen skrupelloser Schleuser befänden.« (SZ, 17.1.1995) Ganz anderst sieht es aber dann aus, wenn es Flüchtlingen und MigrantInnen gelungen ist, die EU-Außengrenze – mit oder ohne Hilfe – zu überschreiten und sie in die Fänge der deutschen Flüchtlingsverwaltung und Abschiebemaschinerie geraten. In diesem Augenblick erscheinen die heimlich Eingereisten in den Verlautbarungen der Sicherheitsstrategen nicht mehr als Opfer, sondern als TäterInnen, die illegal Grenzen überquert haben und Asyl »mißbrauchen«. Dazu gehört auch das immer wiederkehrende Argument, die hohen Preise erlaubten es ohnehin nur reichen BürgerInnen fremder Staaten (»Wer hat in der Dritten Welt schon so viel Geld?«) sich FluchthelferInnen zu leisten. Hier ist die Schnittstelle, an der der Diskurs über die heimlich Einreisenden mit dem einer internationalen Kriminalität verknüpft wird, dem dann wieder der Ruf nach einer Verbesserung der Grenzsicherung folgt. Damit schafft sich das Denksystem der Inneren Sicherheit selbst die Voraussetzung für eine weitere Aufrüstung an der Grenze, die weitere Verschärfung der Gesetze und sorgt damit auf Seiten der solchermaßen verfolgten Menschen für eine weitere Zunahme »illegaler« Handlungen.

### Anmerkungen:

1 z.B. Vietnam, Syrien, Nepal, Bangladesh, Zaire (Kongo), Jordanien, Äthiopien, Ruanda, Kasachstan, Aserbeidschan, China, Pakistan, Türkei/Kurdistan usw.

2 Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V. (FFM): Die Grenze – Flüchtlingsjagd in Schengenland, Themenheft in der Publikationsreihe des Fördervereins Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V., in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl, Juli 1998.

3 Im folgenden wird immer wieder diese Entscheidung des Bundesgerichtshofes von 21. 2. 1980, NJW 1980, Heft 29, S.1574ff zitiert

4 Im Original in Anführungszeichen: heute wäre es genau umgekehrt und Fluchthilfe würde in Gänsefüßchen gesetzt.

---

▶ **Dominique John** ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM) in Berlin.

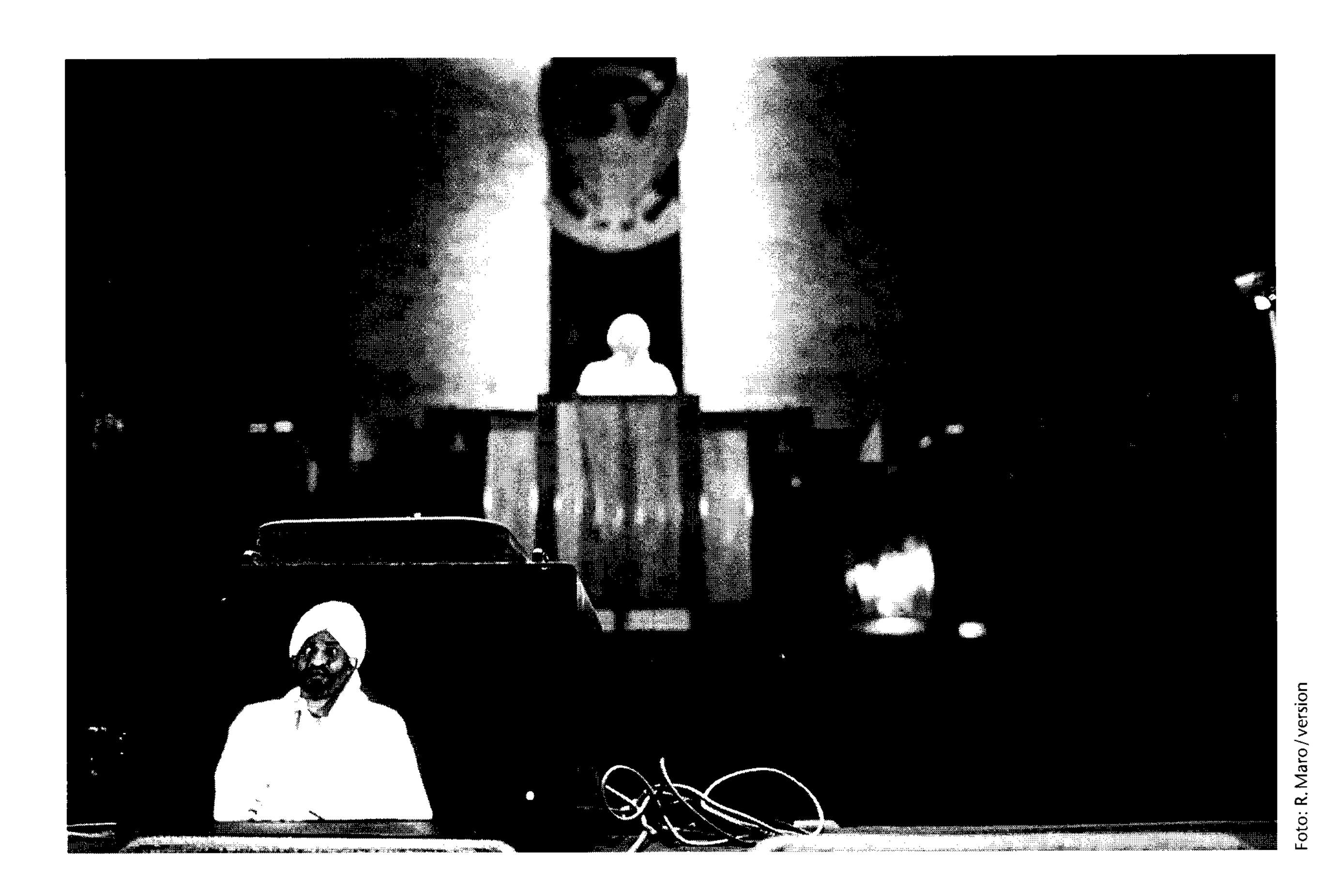


Foto: R. Maro/version

# Diktatur der Mehrheit

## Arabische Berufsverbände – Das Ende einer Hoffnung

von **Marion Wille**

**Die Bilder gingen um die Welt, als sich ägyptische Anwälte im Mai 1994 eine regelrechte Straßenschlacht mit Sicherheitskräften lieferten. Der Anlaß für die Wut und den Protest der Anwälte war der Tod eines Kollegen in Polizeigewahrsam. Die Widerstandsbereitschaft der ägyptischen Anwälte gegenüber der autoritären Staatsgewalt schien einmal mehr die modernisierungstheoretische Annahme von der progressiven und gesellschaftskritischen Rolle moderner Professionals und ihrer berufsständischen Organisationen zu bestätigen.**

► Wegen ihrer furchtlosen Protestaktionen und den lebhaften internen Debatten wurden die gildeähnlichen Organisationen der Anwälte, Journalisten, Ärzte und Ingenieure als Hoffnungsträger einer beginnenden Emanzipation der Zivilgesellschaft gesehen. Die Einschätzungen dazu gehen jedoch weit auseinander. Orientalisten behaupten, daß im arabischen Raum die despotischen Regime auch deswegen fortbestehen, weil die gesellschaftlichen Gruppen in patriarchalischen, autoritären Strukturen verharren. Dagegen steht die These, daß inzwischen das Äquivalent einer westlichen Zivilgesellschaft mit den typischen zwischen Individuum und Staat vermittelnden Instanzen wie Parteien, Berufsverbänden, Gewerkschaften, Nachbarschaftsgruppen und Nichtregierungsorganisationen im Entstehen sei. Die Stoßrichtung dieses Ansatzes ist klar: Auch im Nahen und Mittleren Osten gebe es Entwicklungschancen einer »handlungs- und reaktionsfähigen« Gesellschaft, die sich – wie 1989 in Osteuropa geschehen – dem autoritären Staat entgegenstellt und so die Einsetzung des Bürgers als Bestimmungsgrund der Politik einfordern kann.

Der Handlungsraum der Berufsverbände als Speerspitze einer erwachenden Zivilgesellschaft im Nahen Osten ist durch die Bedingungen autoritärer Herrschaft stark eingeschränkt. In keinem arabischen Land herrscht Presse-, Vereinigungs- oder Versammlungsfreiheit. Polizeistaatliche Übergriffe auf Journalisten und Anwälte sind an der Tagesordnung. Bei Streik- und Protestaktionen drohen gewalttätige Zusammenstöße mit Sicherheitskräften sowie Verhaftungen. In vielen Ländern des Nahen Ostens riskieren Oppositionelle ihr Leben. In Anbetracht des autoritären Klimas und der auffallenden Widerstandsbereitschaft der Berufsverbände durch Streiks, Protestnoten, konzertierte Aktionen und kritische Debatten macht ihre Einordnung in das Zivilgesellschaftskonzept Sinn. Sie beweisen ihre »demokratische Qualität« als Organisationen des öffentlichen Lebens, die mit dem autoritären Staat nicht nur im klassischen korporatistischen Sinn über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Lohn- und Pensionserhöhungen, Wohnungsbauzuschüsse etc.) für ihre Mitglieder verhandeln, sondern sie nehmen sich gesamtgesellschaftlicher Themen wie Men-

schenrechtsverletzungen oder der Palästinafrage an. Mit ihrer wiederkehrenden Ablehnung illegitimer autoritärer Herrschaftspraktiken wie Folter und dem Abhalten von Schau- und Massenprozessen, sind es vor allem die Anwaltsverbände, die eine wichtige zivilgesellschaftliche Funktion übernehmen. Sie fungieren als moralisches Gewissen der Gesellschaft.

## Mikrokosmen der Demokratie?

► Die freien Wahlen, die in den berufsständischen Organisationen Ägyptens und Jordaniens in den 80er und Anfang der 90er Jahre abgehalten wurden, bestätigen eine zweite These des Zivilgesellschaftsansatzes. Als »Mikrokosmos der Demokratie« werden in den Berufsverbänden die Grundelemente demokratischer Verfahren erlernt. Wahlprogramme werden geschrieben, politische Debatten organisiert, Zeitungsannoncen geschaltet. Gewinner der Wahlen sind diejenigen, die den Verbandsmitgliedern die besten Argumente liefern. In Ägypten und Jordanien mobilisierte die stärkste und einflußreichste islamistische Fraktion, die Muslimbruderschaft, die Mitglieder am effektivsten. Allein im ägyptischen Ärzteverband stieg die Wahlbeteiligung zwischen 1980 und 1990 von vier auf 25 Prozent, und 1984 wurde die Kammer als erster Verband durch Wahlen von einem mehrheitlich islamistischen Vorstand übernommen. An dieser Stelle tritt ein weiterer essentieller Aspekt der Analyse der arabischen Zivilgesellschaft zu Tage – der Begriff der Autonomie gegenüber dem Staat. Beschneidet der Staat einen Freiraum zivilgesellschaftlicher Betätigung, indem er z.B. die Legalisierung bestimmter Parteien verhindert, suchen sich die betroffenen Gruppen eine andere gesellschaftliche Nische. In Ägypten begriff die Opposition, allen voran die Muslimbruderschaft, sehr schnell, daß die Berufsorganisationen ein ideales politisches Forum darstellten. Als vom Staat gegründete korporatistische Organisationen lassen sie sich nicht so einfach vollständig auflösen oder verbieten wie politische Parteien oder Nichtregierungsorganisationen, die einem restriktiven Parteien- bzw. Vereinsgesetz unterliegen.

Das Zivilgesellschaftskonzept ist heftig umstritten. Die einen betrachten es schlicht als »Schwindel« und als analytisch ungenaue Kategorie, die anderen sehen in den theoretischen Überlegungen zur Zivilgesellschaft den Angelpunkt der modernen politischen Philosophie. Wolf-Dieter Narr geht soweit zu sagen, daß das Konzept »ohne tieferdringende kritische Krallen« bleibe. Den Verfechtern des Zivilgesellschaftskonzeptes wird eine kaum zu übertreffende unkritische Naivität vorgeworfen. »Pessimismusmüde« seien die Sozialwissenschaftler, die an das demokratische Potential der freien gesellschaftlichen Assoziationen glaubten und an die moralische Kraft der Zivilität als Inbegriff einer politischen Grundhaltung, die sich neben den eigenen Interessen auch dem Gemeinwohl der Gesamtgesellschaft verpflichtet fühlt. Bei der Einschätzung der demokratischen Perspektiven arabischer Gesellschaften werden die öffentlich lautstark demokratische Reformen einfordernden arabischen Berufsverbände allzu positiv bewertet. Denn nach der vielversprechenden Entwicklung eines gesellschaftskritischen Potentials innerhalb der führenden Verbände der Anwälte, Ärzte, Ingenieure und Journalisten vor allem in den 80er Jahren und Anfang der 90er Jahre drohen die gildeähnlichen Organisationen jetzt wieder in der gesellschaftspolitischen Bedeutungslosigkeit zu versinken. Als kollektive Akteure ist es den Berufsverbänden in Ländern wie Ägypten und Jordanien nicht gelungen, sich dauerhaft und effektiv als zivilgesellschaftliche Opposition dem autokratischen Herrschaftsapparat entgegenzustellen. Vielmehr mußten sie die Beschneidung bereits erkämpfter Spielräume hinnehmen. Die ägyptischen Berufsverbände haben mit dem Gesetz 100 von 1993/1995, das den euphemistischen Namen »Gesetz zur Wahrung der Demokratie in Berufsverbänden« trägt, den wohl verheerendsten Rückschlag erlitten. Das Gesetz besteht in erster Linie aus schikanösen Wahlbestimmungen.

## Keine Havelisierung des Nahen Osten

► Die Gründe für den Niedergang der Berufsverbände als Instanzen zivilgesellschaftlichen Widerstands in der arabischen Welt stehen in einem engen Zusammenhang mit den innergesellschaftlichen Konfliktlinien. Drei politische Strömungen ringen im Nahen Osten um die Macht. Die Islamisten, die Säkularisten, die eine religiös legitimierte Ordnung ablehnen, und die Vertreter der autoritären Staatseliten. Während die demokratische Opposition in Osteuropa unter der Leitung gesellschaftskritischer Intellektueller wie beispielsweise Vaclav Havel eine nahezu gemeinsame Vision von Zivilgesellschaft als einem neuen anti-autoritären Lebensraum entwickelten, existieren im Nahen Osten zwei konkurrierende ideologisch eingesetzte Entwürfe einer Zivilgesellschaft. Der Idealtyp einer islamischen Zivilgesellschaft basiert auf islamischen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen. Der Idealtyp einer westlich-liberalen Zivilgesellschaft will durch politikfähige Organisationen die Macht des Staates einschränken. Die Protagonisten dieser Gesellschaftsmodelle liefern sich erbitterte Grabenkämpfe.

In Ägypten befehden sich Islamisten und die für eine Trennung von Staat und Religion eintretende Linke bereits seit den frühen 70er Jahren – erst an den Universitäten, später in den Berufsverbänden. Junge linke Ärzte, die schon bei den Wahlen in den Studentenunionen gegenüber der islamistischen Strömung verloren hatten, wurden jetzt von denselben Gegnern geschlagen, die sie schon an den Universitäten Ende der 70er Jahre besiegt hatten. Die aktive politische Linke zog sich nach den politischen Schlachten mit der Muslimbruderschaft fast vollständig aus dem Verband zurück. Viele Mitglieder der »Young Doctors«, die als Bündnis linker Ärzte zunächst bei Verbandswahlen beachtliche Erfolge erzielen konnten, engagieren sich jetzt in Nichtregierungsorganisationen für die medizinische Versorgung armer Bevölkerungsgruppen. Auch ein Großteil der linken Anwälte hat die Kammer als Verhandlungsforum über demokratische Reformen mittlerweile aufgegeben und hat damit das Feld der Muslimbruderschaft und den Regierungsvertretern überlassen. Die Islamisten schneiden bei genauer Betrachtung

in puncto »demokratisches Verhalten« seit langem nicht mehr allzu glänzend ab. Ein ägyptischer Ingenieur aus dem linken Spektrum bezeichnet die Vorherrschaft der Islamisten in seiner Gewerkschaft bitter als »Diktatur der Mehrheit« und schildert das Gebaren der Muslimbruderschaft auf Generalversammlungen. Von 1000 Anwesenden gehörten danach 950 zur islamistischen Strömung. Wer es wage, bei einer derartigen Gelegenheit Kritik am Führungsstil der Islamisten zu üben, werde als Atheist oder Kommunist beschimpft. Profitiert hat von den Rangeleien in den großen ägyptischen Verbänden einzig und allein die Mubarak-Regierung. Sah sie sich in den 80er Jahren noch mit Berufsverbänden konfrontiert, die Regierungsvertreter in Wahlen, in Diskussions- und Protestveranstaltungen aggressiv herausforderten, sieht sie sich jetzt einer zerstrittenen Opposition gegenüber.

**Berufsverbände fungieren als moralisches Gewissen der Gesellschaft**

Es ist gerade die Analyse aus der zivilgesellschaftlichen Perspektive, die offenlegt, daß sich die Blockierung demokratischer Prozesse in den Ländern der »Dritten Welt« nicht nur aus dem mangelnden Reformwillen der autoritären Machthaber erklären läßt, sondern daß gesellschaftliche Akteure aktiv oder passiv an der Gestaltung autoritärer Staatsstrukturen beteiligt sind – der Nahe Osten ist hier kein Ausnahmefall. Wenn die gesellschaftskritischen Akteure das demokratische Projekt einem Großteil der Bevölkerung nicht nahe bringen können, wenn die Opposition nicht bereit ist, über ideologische Differenzen hinaus dem Regime gemeinsam gegenüberzutreten, können demokratische Reformforderungen langfristig kein Land gewinnen. Der Blick auf die Berufsverbände führt die tiefe ideologische Spaltung zwischen Islamisten und Säkularisten einmal mehr zu Tage. Das Konzept der Zivilgesellschaft verweist auf die moralische Verantwortung des Einzelnen, autoritäre Herrschaft auf Dauer nicht zu dulden. Die Gleichschaltung der in den 80er und Anfang der 90er Jahre politisch aktiven Berufsverbände ist in den meisten arabischen Ländern kaum mehr aufzuhalten.

Wann sich die arabischen Gesellschaften wieder für eine Öffnung entscheiden werden, ist nicht absehbar – zumal es keine Aussicht auf einen Konsens der zivilgesellschaftlichen Akteure über die konkrete Ausgestaltung politischer Reformen gibt. Die analytische Leistung des Zivilgesellschaftsansatzes in der Transitionsforschung besteht vor allem darin, daß Handlungen, Motivationen und Wahrnehmungen der politischen Akteure wieder zum Betrachtungsgegenstand werden. Verbände können sich ihrer moralischen Verantwortung nicht entziehen, indem sie ihre Gleichschaltung im nachhinein als unabwendbares Schicksal unter autoritären Herrschaftsbedingungen darstellen. Das Zivilgesellschaftskonzept hat eine stark romantische Komponente, indem es behauptet, eine Gesellschaft habe prinzipiell die Möglichkeit – unter autoritärer Herrschaft wie auch unter den Bedingungen erstarrter Demokratien, sich den politischen Raum zurückzuerobern. Es vermittelt aber auch die eher pessimistische Erkenntnis: Jedes Volk bekommt die Regierung, die es verdient.

▶ **Marion Wille** arbeitet als freie Journalistin in Hamburg und promoviert über die gesellschaftspolitische Rolle der ägyptischen Berufsverbände.

# Jeder Türke ein Soldat?

## Ziviler Ungehorsam in Istanbul

▶ In Istanbul guckt sich niemand nach ihm um, doch in den meisten anderen Städten der Türkei würde Yasin mit seinen schulterlangen Haaren und knappen Shorts auffallen. Yasin Yildirim widerspricht nicht nur äußerlich dem türkischen Männerbild, er lehnt die herrschende Vorstellung des Mannes als Kämpfer bewußt ab. »Her türk bir asker – Jeder Türke ist ein Soldat«, zitiert Yasin angewidert ein bekanntes Sprichwort. Er möchte niemals Soldat sein und deshalb hat er sich mit einigen Freunden zur »Antimilitaristischen Initiative« AMI zusammengeschlossen.

»Wir leben in einer Gesellschaft der Gewalt«, kritisiert der 23jährige Student, der seit zweieinhalb Jahren mit seiner Gruppe gegen Wehrdienst und Krieg opponiert. Etwa 15 Leute gehören zum harten Kern, an Aktionen beteiligen sich regelmäßig viel mehr.

Angefangen hat AMI mit der Unterstützung des Kriegsdienstverweigerers Osman Murat Ülke. Ülke wurde seit 1996 dreimal inhaftiert, weil er den Militärdienst immer wieder verweigert hat. Die Türkei gehört zwar den UN und der KSZE an, beides Organisationen, die ein Grundrecht auf Verweigerung anerkennen, verfolgt jedoch Pazifisten unerbittlich. Osman Murat Ülke wurde nach Artikel 155 des Strafgesetzbuches wegen »Distanzierung des Volkes von den Streitkräften«, also Wehrkraftzersetzung, zu insgesamt 25 Monaten Haft verurteilt.

Die jungen Männer von AMI mußten sich noch nicht vor Gericht verantworten. Sie studieren und haben deshalb bisher keine Einberufungsbescheide bekommen. Mit Presseerklärungen und Demonstrationen unterstützen sie den inhaftierten Osman Murat Ülke und andere Verweigerer. Die Öffentlichkeit erfahre wenig von ihren Aktionen, klagt Yasin und erklärt sich das Schweigen so: »Die Türkei wird vom Militär beherrscht und das hat auch die Medien in der Hand.« Die Presse stelle Kriegsdienstverweigerer »in eine Ecke mit der PKK«, sagt Yasin. Zwar wünscht er sich eine »politische Lösung« für den Krieg in den kurdischen Provinzen der Türkei und benutzt damit die gleiche Formulierung wie PKK-Chef Abdullah Öcalan, doch der gewaltfreie Student distanziert sich ausdrücklich von der kurdischen Arbeiterpartei.

Wehrdienstverweigerer sitzen in der Türkei zwischen zwei Stühlen. Sie teilen weder den nationalen Kult um die gefallenen Soldaten noch die linke Glorifizierung der Märtyrer der Guerilla. Sie wollen eine gewaltgeprägte Gesellschaft mit pazifistischen Mitteln ändern. »Wir gehen nicht zum Militär und wir gehen nicht in die Berge«, bekräftigt Yasin seinen Widerspruch. In der Türkei gebe es 400.000 Soldaten. »Wenn die sich organisieren würden, könnte der Krieg zu Ende gehen«, hofft der Student. Während die PKK den unerklärten Krieg in den kurdischen Provinzen als »schmutzig« charakterisiert, widerspricht der Wehrdienstgegner heftig: »Es gibt keinen schmutzigen Krieg, alle Kriege sind schmutzig«.

Er begreife sich als Anarchist: »Kein Mensch soll einen anderen zu etwas zwingen können«, meint er. Auch einen Zivildienst als Alternative – in der Türkei bisher unbekannt – würde er ablehnen. AMI diskutiert den Gedanken des »zivilen Ungehorsams« in der Zeitschrift »Rebellion«, einem von libertären Gedanken geprägten Blättchen, das in den Buchläden des intellektuellen Istanbul ausliegt. Begriffe wie »ziviler Ungehorsam« und »Gewissensentscheidung« sind in Klammern auf Englisch hinter die türkische Übersetzung gestellt. Für die türkische Sprache sind diese Worte neu – sie müssen erst mit Inhalten gefüllt werden. *Charlotte Schmitz*

# Im Rausch der Verbote

»Ich habe in meinem engeren Bekanntenkreis erlebt, wie Heroin einen jungen, blühenden Menschen zerstört (...) hat. Das hat mich erschüttert, zugleich aber darin bestärkt: Wir dürfen in unserem Kreuzzug gegen die schreckliche Menschheitsgeißel der Drogen nicht aufgeben (...). Kapitulation vor diesem Teufelszeug kommt nicht in Frage. Drogen bedrohen unsere Gesellschaften wie eine Krake, die sich um den Globus legt.« Aus diesen Sätzen des vormaligen Außenministers Kinkel, die er vor dem UN-Drogengipfel im Juni diesen Jahres äußerte, spricht in konzentrierter Form der gesamte Wahnsinn des in Süd wie Nord hegemonialen Drogendiskurses.

Kinkel begeht in diesen wenigen Aussagen gleich mehrere kapitale Fehler (und hat allein dafür seine Demission mehr als reichlich verdient). Sein größter ist, daß er die Substanzen (hier Heroin) verantwortlich macht für Probleme, die eigentlich im gesellschaftlichen Umgang mit Drogen begründet sind. Aus pharmakologischen Studien ist bekannt, daß reines, in richtiger Dosierung mit nichtinfiziertem Besteck injiziertes Heroin zwar eine Sucht-, keineswegs aber eine Todesdroge und in ihren Auswirkungen nicht schädlicher als Alkohol ist. Das vermeintliche »Drogen«elend der Junkies geht darauf zurück, daß ihre Kriminalisierung sie zu sog. Beschaffungskriminalität und Prostitution zwingt, daß die allgemeine gesellschaftliche Stigmatisierung der Heroinabhängigen ihre sozioökonomische und psychische Verelendung geradezu zwangsläufig mit sich bringt und daß auf dem durch die Prohibition geschaffenen illegalen Markt vor allem verunreinigter, nicht kalkulierbar zu dosierender Stoff distribuiert wird.

Wenn – wie bei Kinkel – die Ursachen für das »Drogen«elend in an Irrationalität kaum zu übertreffender Ignoranz verkannt werden, wundert es auch nicht, daß die Bekämpfung der Drogen in quasireligiösem Eifer und mit finsteren Feindbildkonstruktionen angegangen wird. Der mittelalterlichen Kreuzzügen ähnliche »war on drugs«, der von Kinkels Ministerkollegen nahezu in aller Welt in gleicher repressiver, gewaltförmiger Weise angegangen wird, ist aber nicht nur grundsätzlich unvernünftig, sondern auch gemäß der eigenen Zielvorgaben (Ausrottung der Drogen) vollkommen gescheitert. Die Prohibitionspolitik hat dafür gesorgt, daß der Drogenhandel erstens zu einem der bedeutendsten Sektoren der Weltökonomie geworden ist (was am hohen, durch die Verbotspolitik geschaffenen Preisniveau mit entsprechenden Gewinnmargen liegt) und zweitens gerade durch die Illegalisierung zu einer deregulierten, globalisierten Branche par excellence geworden ist, die sich staatlicher Einflußnahme weitgehend entzieht.

Aus diesen Gründen ist es auch nur auf den ersten Blick überraschend, daß die Gegner der Prohibitionspolitik nicht nur auf Seiten sozial engagierter Linker zu finden sind, sondern auch bei den Vordenkern der Neoliberalen wie etwa Milton Friedman oder George Soros (der u.a. das auf die Liberalisierung der US-Drogenpolitik hinarbeitende New Yorker Lindesmith Center finanziert). Sie haben zu Recht erkannt, daß als Rauschmittel oder zur Stimulanz verwendbare Substanzen – genauso wie alle anderen Substanzen – Waren sind, die auf dem (Welt-)Markt feilgeboten und nachgefragt werden. Sie unterliegen den gleichen Mechanismen des globalen Kapitalismus wie jede andere Ware auch. Die Marktförmigkeit ökonomischer Beziehungen und der Handel mit Drogen lassen sich nicht auseinanderdividieren, wie es die Anhänger der Prohibitionspolitik in ihrer ideologischen Denkform versuchen. Wo Nachfrage ist, ist auch Angebot – und umgekehrt –, und der Markt regelt die dazugehörigen ökonomischen Beziehungen. Der Dissens zu den Neoliberalen besteht an diesem Punkt eigentlich nur darin, daß der Markt natürlich mitnichten »gerecht« ist und die wirklichen Bedürfnisse der Menschen nicht mal annähernd befriedigen kann – weder im Drogenbereich noch bei der Welternährung.

Nicht alle Autoren unseres Themenblocks lehnen den Kampf gegen die »Drogen« so rundweg ab wie Thomas Cernay und Dominik Bloedner, die ihn für grundsätzlich kontraproduktiv halten. Immerhin besteht in allen Beiträgen Einigkeit, daß die repressive Prohibitionspolitik der falsche Weg sei und nur die bestrafe, die es ohnehin schon schwer genug haben, wie die Kleinbauern im Süden. Aber Robert Lessmann sieht durchaus die Notwendigkeit von Substitutionspolitik, die im Rahmen einer aufgeklärten nichtrepressiven Entwicklungspolitik Einkommensalternativen für den Anbau von Drogenrohstoffen schaffen will.

Doch wie Lessmann selbst bemerkt, droht der alternativen Anti-Drogen-Entwicklungspolitik der »Kopfsprung in die Omnipotenzfalle«, weil auch sie etwas bekämpfen will, was sich erstens unter den Bedingungen einer kapitalistischen, an Profit und Markt orientierten Weltökonomie nicht bekämpfen lässt und zweitens auch in einer befreiten Gesellschaft nicht bekämpft werden muß. An individuelle Verträglichkeiten angepasster Drogenkonsum ist kein Problem, das es zu lösen gilt. Das kann jede Biertrinkerin und jeder Rotweinliebhaber, jedes Kaffee- und Kifferkränzchen, jede Kokakauerin und jeder Opiumraucher aus Selbstversuchen bestätigen. Wie beispielsweise

*die redaktion*

# Alle Schlachten gewonnen, den Krieg verloren

## Der 'war on drugs' geht in die nächste Runde

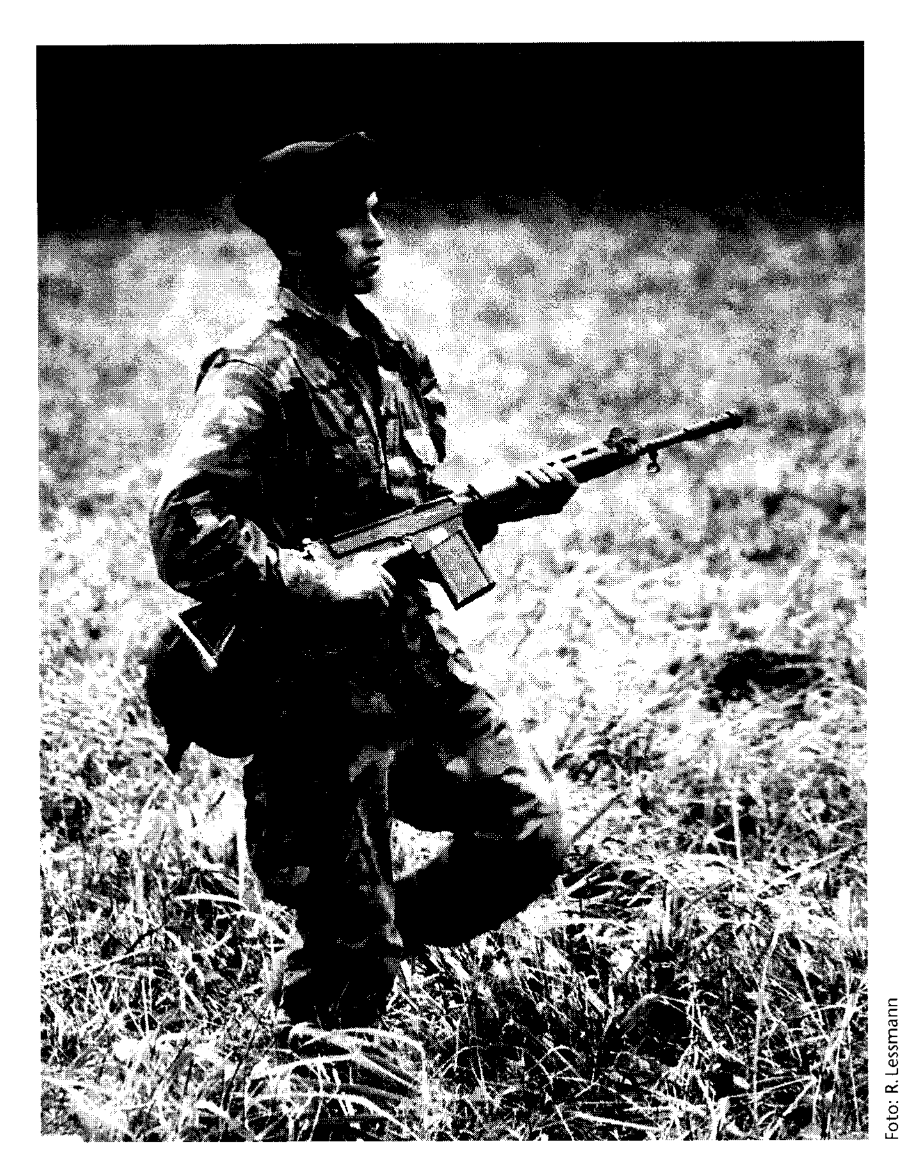


Foto: R. Lessmann

von **Robert Lessmann**

**Eine Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen steckte im Juni 1998 die drogenpolitische Marschrichtung ins nächste Jahrtausend ab. Mit einer globalen Initiative will man innerhalb von zehn Jahren das Drogenproblem weltweit in den Griff bekommen. Ein »kühnes Vorhaben«, meinen seine Initiatoren, ein »naives Hirngespinst«, die Kritiker.**

▶ Der von den UN-Delegierten in New York einstimmig verabschiedete Aktionsplan für eine drogenfreie Welt bis zum Jahr 2008 umfaßt Maßnahmen in den Bereichen internationale Justizkooperation, Kontrolle von Vorläuferchemikalien (die zur Drogengewinnung benutzt werden), ein eigenes Kapitel über amphetaminartige Substanzen (wie z.B. Ecstasy), die Geldwäsche, die Reduzierung der Nachfrage nach illegalen Drogen und der Vernichtung sogenannter »Drogenpflanzen« wie Cannabis, Koka oder Schlafmohn. Es handelt sich dabei um eine Fortschreibung der bisherigen UN-Drogenkonventionen, die weiterhin gültig bleiben.

Die *Drogen-Einheitskonvention* von 1961 hatte vor allem die fraglichen Substanzen erfaßt und Kontrollmechanismen für deren legalen Verkehr (etwa im Fall von Opiaten für Schmerzmittel) geschaffen sowie strafrechtliche Maßnahmen im Falle von Verstößen festgelegt. Die *Wiener Konvention* von 1988 ist vor allem vom Kampf gegen den internationalen Drogenhandel geprägt, der mit den Mitteln der Beschlagnahmung, der finanziellen Kontrolle, der gegenseitigen Rechtshilfe und der Auslieferung von Drogenstraftätern geführt werden soll. In der Präambel ist von einer kollektiven Verantwortung aller Staaten für den Kampf gegen den internationalen Drogenhandel die Rede. Geboten sei die Bekämpfung von Angebot und Nachfrage, wobei eine internationale Zusammenarbeit bei entsprechenden Vorhaben angeregt wird. Integrierte ländliche Entwicklungsprogramme und die Notwendigkeit internationaler Unterstützung dafür werden als eine der diesbezüglichen Maßnahmen kurz angesprochen. Die schon 1961 vorgesehene Vernichtung von Drogenpflanzen sei bei Respektierung der Menschenrechte, der Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit und der Anerkennung der Legitimität traditioneller Konsumformen zu leisten – das ist die für die Produzentenländer vielleicht wichtigste Neuerung der Konvention von 1988.

### Politikverzicht im Süden

▶ Diese Konvention wurde in einer Atmosphäre drogenpolitischer Hysterie verabschiedet, die von den USA ausging. Drogenproduzierende Länder wurden von Washington mittels der Konditionierung von Hilfeleistungen (certification) und bilateraler Verträge massiv unter Druck gesetzt. Es kam zu schwerwiegenden Eingriffen in die nationale Souveränität dieser Länder: Menschenrechtsverletzungen gegen Kokabauern, Einsatz von Giftsprühflugzeugen in Kolumbien, Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenz, Verschleppungen mutmaßlicher Drogenstraftäter ohne rechtliche Handhabe, verdeckte Einsätze von US-Polizei-, Geheimdienst- und Militärpersonal bis hin zur Militarisierung des Kampfes gegen den Drogenhandel (vgl. *iz3w 199*). Die kokaproduzierenden Andenländer waren Hauptaustragungsort des nordamerikanischen Drogenkriegs, dessen Maßnahmen durchaus im Gegensatz zu verschiedenen Grundsätzen der Wiener Konvention wie Umweltverträglichkeit, Respektierung der Menschenrechte usw. standen.

Doch genauso, wie man in den Anbauländern erst auf massiven internationalen Druck hin erste Maßnahmen gegen Drogen-

produktion und -handel ergriffen hatte, ließ man nun die Interventionen der Vereinigten Staaten über sich ergehen. Man machte es sich in der Position drogenpolitischer Subordination bequem und feierte Scheinerfolge auf dem Rücken der Bauern: Dank der konsequenten Anwendung der ausgewogenen Drogenpolitik seiner Regierung, so zum Beispiel der bolivianische Delegationsleiter Canelas bei der *UN-Commission on Narcotic Drugs* in Wien im Frühling 1996, sei Bolivien vom zweitgrößten zum drittgrößten Kokaproduzenten herabgesunken. Man habe im vergangenen Jahr die Rekordzahl von 5.493 Hektar Koka vernichten können. Zweierlei vergaß Canelas hinzuzufügen: Erzielt wurde dieses Ergebnis in Erfüllung eines US-Ultimatums und um den Preis der zweimaligen Verhängung des Ausnahmezustands und bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen im Anbaugebiet des Chapare. Und: Abzüglich des Rekordergebnisses von 5.493 ha bei der Eradikation (Vernichtung) war die Netto-Anbaufläche von 48.100 ha auf 48.600 ha geklettert. Trotzdem hatte Canelas die Wahrheit gesagt, wenn auch nicht die ganze: Der »Erfolg« Boliviens lag nämlich allein in einem noch größeren Zuwachs der Kokaproduktion in Kolumbien (vgl. Tab.).

Demgegenüber blieben sowohl in Kolumbien und Bolivien als auch in Peru staatlich sanktionierte Geldwaschanlagen teilweise mehr als ein Jahrzehnt lang unangetastet. Sie waren auch nicht Gegenstand vergleichbarer internationaler Pressionen – obwohl die Wiener Konvention und andere Abkommen dies forderten. Erst zwischen 1994–96 wurden den »finsteren Devisenschaltern« bei den Banken ein Riegel vorgeschoben.

## Hochkonjunktur der Schönredner

► Zehn Jahre Drogenkrieg in den Anden haben nicht zu einem Rückgang der Drogenproduktion geführt – im Gegenteil. Es gibt inzwischen kein südamerikanisches Land mehr, das nicht in der einen oder anderen Weise vom Drogengeschäft betroffen wäre. Die »klassische« Produktpalette (Kokain, Marihuana) wurde um Heroin und verschiedene Designer-Drogen erweitert. Trotz stets grösserer Erfolge bei der Kokaeradikation, Beschlagnahmungen, Verhaftungen und der Zerschlagung von »Kartellen« war diese Politik unter dem Strich ein Fiasko.

Diese »Erfolgsbilanz« der Drogenbekämpfung der letzten zehn Jahre spricht eigentlich für sich und könnte unkommentiert bleiben, hätten nicht in und um New York die Schönredner Hochkonjunktur gehabt. So wirbt die UN-Initiative im Bereich »alternative Entwicklung« mit Erfolgsbeispielen: In bestimmten Projektregionen in Peru sei der Koka-Anbau um 95% zurückgegangen. Für die eine oder andere Mikroregion mag dies vielleicht zutreffen. Doch auch ohne solche Schönfärberei ist der landesweite Rückgang um mehr als 25% innerhalb von zwei Jahren durchaus Weltrekord. Worauf ist er zurückzuführen?

Nach der Zerschlagung der großen kolumbianischen Drogenorganisationen in Medellín und Cali findet in Lateinamerika derzeit ein Prozeß der Umorganisation im Drogengeschäft statt. Ohne daß insgesamt das Angebot auf den Weltmärkten geringer geworden wäre, haben insbesondere mexikanische Organisationen auf Kosten Kolumbiens Marktanteile gewonnen (vgl. *iz3w 227*). In Kolumbien selbst sind Dutzende kleinerer Organisationen in die Fußstapfen der Großen getreten. Vor allem die Cali-Leute hatten sich aus dem größten Anbaugebiet Perus, dem Huallaga-Hochtal, versorgt. Ihre Nachfolger verfügen (noch) nicht über Kontakte und Infrastruktur dorthin und versorgen sich aus qualitativ minderwertiger lokaler Produktion; daher die Verdoppelung der Anbaufläche in den letzten vier Jahren in Kolumbien. Hinzu kommt, daß der Koka-Anbau im peruanischen *Alto Huallaga* seit Jahren unter einer Pilzkrankheit leidet. Schließlich und endlich: Die Luftüberwachung im Rahmen der *Operation Air Bridge* hat das Risiko für Drogenflüge in Peru drastisch erhöht. Projekten »alternativer Entwicklung« kann man den Rückgang des Koka-Anbaus in Peru also am allerwenigsten zuschreiben.

Vielleicht handelt es sich bei der 95%-Angabe der UN einfach um gutgemeinte Zweckpropaganda, denn die Kokabauern Perus haben Entwicklungsalternativen heute nötiger denn je. Nachdem sie vom illegalen Markt abgeschnitten waren, kam es in manchen Gebieten zu regelrechten Hungersnöten. Doch statt sich auf das zu konzentrieren, was Entwicklungsprojekte leisten können, nämlich die Abhängigkeit der Bauern von der Kokaproduktion und die negativen Folgen des Kokabooms – wie soziale Konflikte, Entwaldung und Umweltvergiftung durch Chemikalien – zu mildern, steht weiterhin die Reduzierung des Drogenangebots im Vordergrund. Ein Kopfsprung in die Omnipotenzfalle: Nach Katastrophenhilfe und Armutsbekämpfung, ländlicher Regionalentwicklung und Industrialisierung, Rettung der Regenwälder und des Weltklimas soll eine »alternative« Entwicklungshilfe nun auch noch das globale Drogenproblem lösen – und das alles bei sinkenden Budgets!

In der Praxis werden durch Zwangsmaßnahmen nur kurzfristige Pyrrhussiege erzielt, während »alternative Entwicklung« als Trostpflaster fungiert. Es ist auffällig, daß der größte Anbau-Rückgang dort zu beobachten ist, wo die Politik gegenüber den Bauern am wenigsten repressiv ist: in Peru. Dagegen kam es in Kolumbien, wo es um die Besprühung von Kokafeldern mit Pflanzengift bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen gibt, in den letzten vier Jahren zu einer Verdoppelung der Anbaufläche.

## Am Schwerpunkt ansetzen

► US-Präsident Clinton sagte zur Eröffnung der UN-Sonder-Generalversammlung: »Mit Schuldzuweisungen zwischen Produzenten- und Konsumentenländern haben wir kein einziges Kartell zerschlagen und keinem Süchtigen geholfen.« Im Kampf gegen die Drogen brauche man einen »balanced approach«, d.h. einen ausgewogenen Politikmix aus angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen wie Prävention, Therapie, Strafverfolgung, Bekämpfung der Geldwäsche bis hin zur »alternativen Entwicklung«.

Wie alle seine Vorgänger reklamiert auch der aktuelle Zehnjahresplan der UN für sich einen solchen »balanced approach«. Indes: Es ist wenig sinnvoll, »Ausgewogenheit« daran festzumachen, daß alle verschiedenen Aspekte der Problematik irgendwie angesprochen oder mit vergleichbar viel Geld bedacht werden. Vielmehr muß es zuallererst um Effizienz und Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen gehen, und in zweiter Linie um eine ausgewogene Verteilung der Lasten. Eradikationszahlen, Drogenbeschlagnahmungen und Verhaftungen alleine sind jedenfalls keine hinreichenden Erfolgsindikatoren, bedeuten nicht automatisch: weniger Drogenkonsum, weniger Kriminalität usw. Wenn man die Metapher vom »Krieg« schon bemühen will, dann sollte »Ausgewogenheit« – in Anlehnung an den Kriegsphilosophen Clausewitz – heißen, am Schwerpunkt des Gegners anzugreifen.

**Koka-Anbau von 1998 bis 1997 (brutto, in ha.)**

| | 1988 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 |
|---|---|---|---|---|---|
| Bolivien | 50.400 | 49.200 | 54.093 | 55.612 | 52.800 |
| Kolumbien | 34.230 | 49.610 | 59.650 | 72.800 | 98.500 |
| Peru | 115.530 | 108.600 | 115.300 | 95.659 | 72.262 |
| Gesamt | 200.160 | 207.410 | 229.043 | 224.071 | 223.562 |

Quelle: US Department of State: International Narcotics Control Strategy Report, Washington D.C. 1991 bzw. 1998; Addition: R.L.

Das Geschäft mit illegalen Drogen auf pflanzlicher Basis läßt sich als Sanduhr darstellen: Zwei bauchig-voluminöse Enden, verbunden durch einen engen Durchlass. Am einen Ende produzieren relativ viele Menschen in relativ großen geographischen Räumen große Mengen an Pflanzenmaterial (was mit den oben geschilderten Problemen verbunden ist). Teilweise extrahieren sie bereits die begehrten Grundstoffe für die Weiterverarbeitung aus dem Pflanzenmaterial. Die große Mehrzahl dieser Menschen wird vom Wunsch angetrieben, für sich und ihre Familien ein Auskommen zu finden. Wirtschaftskrise und Drogen-Boom wirken als entgegengesetzte Gravitationspole, die zu massenhafter Migration in die Anbaugebiete führen. Es handelt sich um eine bäuerliche Klientel; kriminelle Energie spielt auf dieser Ebene eine Nebenrolle. Reich wird hier kaum jemand.

Im Falle von Kokain entfallen auf den Anbau nur etwa 2% der Geschäftskosten des illegalen Unternehmens, das Verluste beim Anbau problemlos kompensieren und sich gegebenenfalls aus anderen Regionen mit Grundstoff versorgen kann. Durchschlagende Erfolge im Drogenkrieg würden auf dieser Ebene bei anhaltender Nachfrage nur die Preise in die Höhe treiben und damit die Produktion neu stimulieren. Repressive Maßnahmen sind im Anbaubereich nicht zielführend, sondern führen eher zu einer Ausbreitung der Probleme. Nötig sind stattdessen Schadensbegrenzung und Hilfe für die betroffenen Menschen und Regionen, die der Lösung ihrer Probleme dienen. Durch repressive Maßnahmen werden dagegen von vornherein diejenigen zum Gegner gemacht, denen angeblich geholfen werden soll. So kann kein Entwicklungsprojekt funktionieren, und so wird die Nachhaltigkeit von Reduktionsmaßnahmen gefährdet. Die Deklaration von New York erkennt das durchaus.

## Wer ist Täter, wer Opfer?

► Die seltenen success-stories der »alternativen Entwicklung« unterstreichen dies. Mit einem »sanften« Ansatz und langem Atem arbeitete beispielsweise das Thai-German Highland Development Programme von 1981-98 im Grenzgebiet zu Myanmar. Ziele waren: Die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen im Hochland, die Reduzierung des dortigen Drogenmißbrauchs und die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts. Der Anbau von Schlafmohn in der Projektregion ging von 700 auf 30 Hektar zurück.

Ähnlich verhält es sich am anderen Ende der Sanduhr, wo unzählige Straßenhändler bei der Versorgung von Gelegenheitskonsumenten und Süchtigen zwar den Löwenanteil der Gewinne erzielen; diese sind aber relativ breit verteilt. Durch eine pauschale Kriminalisierung von Tätern und Opfern werden Haftanstalten vollgestopft, ohne daß man einer Lösung des Problems dadurch nähergekommen wäre. Im Sinne rationaler Schadensbegrenzung und Hilfe sollte hier sehr genau zwischen Tätern und Opfern unterschieden werden.

An der Verengung der Sanduhr organisieren relativ kleine, hermetisch abgeschottete kriminelle Organisationen Weiterverarbeitung, Transport und Großhandelsverkauf der Drogen. Hohes Risiko und hohe Gewinnspannen führen dazu, daß hier relativ hohe Summen in wenigen Händen konzentriert werden, was ihnen beachtliches Machtpotential verleiht. Mit Korruption und Gewalt bis hin zum Unterhalt eigener, alternativer Gewaltapparate verschaffen Drogenunternehmer ihren Interessen Geltung. Überschneidungen von illegalen und legalen Geschäften machen die Lage unübersichtlich und erschweren die Strafverfolgung. Hier liegen in der Tat große Gefahren für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie – nicht nur in den sogenannten institutionell schwachen Staaten. Auf diese Ebene sollte sich der Gesetzesvollzug konzentrieren. Und zwar weniger auf die Verfolgung einzelner Individuen, als vielmehr auf die Zerschlagung krimineller Strukturen, weniger auf die Beschlagnahme von Substanzen als auf die von Werten: Stichwort Geldwäsche.

Mit der UN-Deklaration von New York hat man einen kleinen Schritt in Richtung auf eine solche effektivitätsorientierte Ausgewogenheit getan – mehr aber nicht. Weiterhin werden, vor allem auf der Konsumentenebene, Ansätze zur *harm-reduction*, Entkriminalisierung oder Legalisierung entschieden zurückgewiesen. Mittelfristig wird es aber schwer sein, diesbezügliche Denkverbote aufrecht zu erhalten. Strategien zur Entkriminalisierung brächten auf allen Ebenen eine Reihe von Vorteilen und Risiken. Sicherlich sind sie kein Allheilmittel, vor allem nicht, was die Bekämpfung der organisierten Kriminalität betrifft. Die Geister, die man mit der Prohibition heraufbeschworen hat, wird man mit deren Abschaffung nicht einfach wieder los, wie etwa die Geschichte der US-Mafia nach der Aufhebung der Alkoholprohibition demonstriert.

## Clintons Kapriolen

► Gerade unter Clinton hatte man im Süden Hoffnungen auf eine rationalere Drogenpolitik gesetzt. Das Personal des Büros für Drogenpolitik (ONDCP) im Weißen Haus wurde drastisch verringert und einschlägige Parlamentsausschüsse aus Kostengründen aufgelöst. Statt jedoch inhaltlich einen neuen Kurs vorzugeben, überließ Clinton das Feld weitgehend der über mehr als ein Jahrzehnt gewachsenen Bürokratie von Drogenkriegern, die um politische Daseinsberechtigung und knappe Budgets rangen.



Bunte Welt aus Koka

Unter dem Eindruck republikanischer Mehrheiten in Senat und Kongreß geriet die Drogenpolitik bald zurück ins alte Fahrwasser. Kehrte man in der Anfangsphase zur Abdichtung der Grenzen (boarder interdiction) zurück, wurde ab 1994 wieder verstärkt auf Maßnahmen in den sogenannten Produzentenländern gesetzt; ein Beispiel für das kurze Gedächtnis von Institutionen, denn damit wiederholte sich die Geschichte der 80er Jahre. 1997 wurde das Budget für internationale Programme zur Drogenkontrolle gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und lag nun wieder bei 213 Mio. US-Dollar. Wieder liegt der Schwerpunkt auf sogenannter Sicherheitshilfe und auf den Ländern Lateinamerikas.

Im April 1996 wurde der Held des Golfkrieges und damalige Oberbefehlshaber des Southern Command in Panama, General Barry Mc Caffrey, zum obersten Drogenkoordinator im Weißen Haus (ONDCP) ernannt. Eine Personalentscheidung, die vielfach als Reaktion auf republikanische Vorwürfe gedeutet wurde, Clintons Drogenpolitik sei zu lasch. Ein Jahr später kündigte das ONDCP an, innerhalb von 10 Jahren die Kokaproduktion weltweit ausmerzen zu wollen. Kurz darauf legten die Vereinten Nationen einen gleichlautenden Plan vor. Zufall?
Die UN-Sondergeneralversammlung »Drogen« ging letztlich auf eine lateinamerikanische Forderung nach einem Weltdrogengipfel zurück. Ihr Hauptanliegen war ein Ende bzw. eine Internationalisierung der Ausstel-

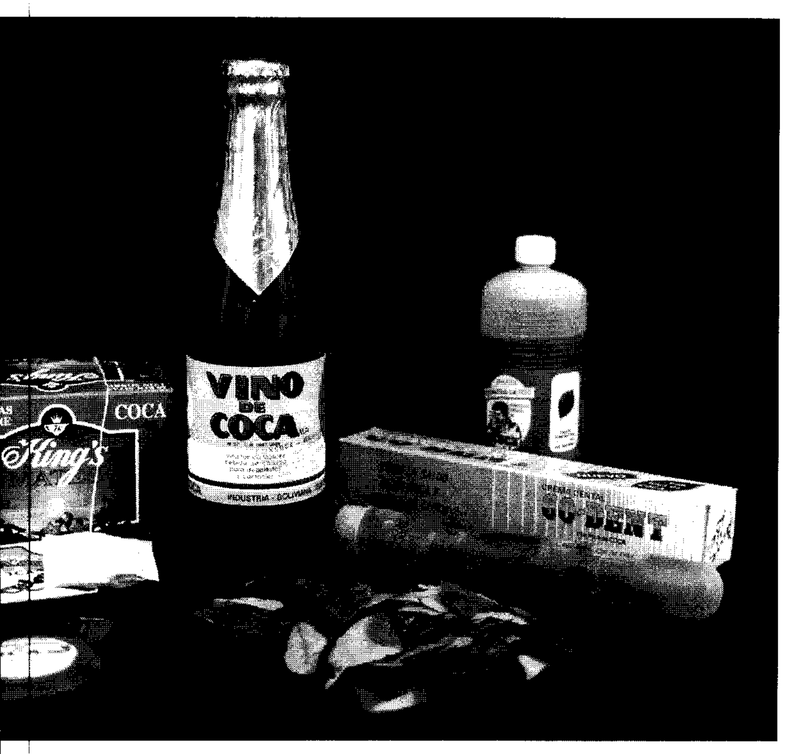



Foto: R. Lessmann

lung drogenpolitischer Zeugnisse (certification) durch die USA, sowie eine Aufwertung der »alternativen Entwicklung«. Ohnehin mit begrenzten Handlungsspielräumen ausgestattet, ließen sich die Lateinamerikaner das Heft jedoch aus der Hand nehmen. Von der certification war in New York nicht mehr die Rede. Vielmehr wurde bereits auf dem interamerikanischen Gipfel in Santiago im April die OAS beauftragt, über einen multilateralen Evaluierungsmechanismus zu verhandeln. Wie diese Verhandlungen ausgehen werden und ob sich der Kongreß in Washington davon beeindrucken lassen wird, ist unsicher. Auf jeden Fall ist eine solche Lösung inkonsequent, sind doch nicht nur lateinamerikanische Länder von der certification betroffen. Doch nachdem die Sache an die OAS abgeschoben wurde, ist man von möglichen Bündnispartnern in anderen Teilen der Welt abgekoppelt.

## Festival vertaner Chancen

► Das lateinamerikanische Anliegen einer Aufwertung der »alternativen Entwicklung« wurde im Vorfeld auf Druck der USA dahingehend gewandelt, daß solche Projekte an knallharte Auflagen und meßbare Erfolge bei der Reduzierung von Drogenpflanzen gebunden sein sollen. Das konnte immerhin differenziert und abgemildert werden. Verbote und Strafverfolgung bleiben laut der Erklärung von New York integraler Bestandteil auch der »alternativen Entwicklung«. Letztere sei aber unerläßlich, um die Nachhaltigkeit von Reduktionsmaßnahmen zu sichern. Und: »In Gegenden, wo noch keine tragfähigen Einkommensalternativen geschaffen wurden, kann Zwangseradikation den Erfolg von Programmen der alternativen Entwicklung gefährden.« Offen bleibt, wann solche Einkommensalternativen »tragfähig« sind und wer dies festzustellen hat.

So ist in den letzten Jahren ein Hang zur Kriminalisierung der bäuerlichen Produzenten im politischen Diskurs einiger Anbauländer spürbar. Ein bolivianischer Fünfjahresplan zur Drogenbekämpfung »Por la Dignidad« (für die Würde) stellt beispielsweise Armut und Marginalität der Bevölkerung der Anbauzone des Chapare schlicht in Abrede. Die Bevölkerung dort hätte im Vergleich zum bolivianischen Durchschnitt einen »sehr guten Lebensstandard«. Der Bericht ist sich sicher: Die Mehrheit der Bauern widme sich der Kokainherstellung. Deutlich wird an solchen Beispielen: Die Verantwortlichen in den Andenländern sind auch weiterhin primär daran interessiert, daß für Projekte der »alternativen Entwicklung« Gelder fließen. Ob die betroffenen Menschen vor Ort etwas davon haben, scheint zweitrangig.

**Der Drogenkrieg führte nicht zu einem Rückgang der Kokaproduktion**

In Lateinamerika wird – UN-Erklärung hin oder her – weiterhin der repressive US-Ansatz verfolgt. Boliviens Präsident, General Hugo Banzer, will mit seinem Plan »Por la Dignidad« die UN noch überholen und innerhalb von fünf Jahren mit dem Problem der »Überschußkoka« aufgeräumt haben. Während die UN-Deklaration zur alternativen Entwicklung »partizipative Ansätze« auf der Basis von »Abkommen auf Dorfebene« fordert, wird genau dies seit letztem Herbst in Bolivien praktiziert: Dörfer müssen sich darin verpflichten, 30% ihrer Koka sofort und 100% bis zum Ende des Jahres 2000 zu vernichten. Die Unterzeichnung solcher Abkommen ist Voraussetzung, um in den Genuß von Projekten »alternativer Entwicklung« zu kommen. Natürlich ist es absurd zu glauben, daß innerhalb so kurzer Frist tragfähige Einkommensalternativen für die Menschen bereitgestellt werden können. Die Bauern lehnen diese Politik denn auch mehrheitlich ab – und sie war unter anderem Gegenstand gewalttätiger Auseinandersetzungen, die bis zur Jahresmitte 14 Todesopfer forderten.

Ohnehin darf die Bedeutung der UN-Anti-Drogen-Erklärungen und Konventionen nicht überbewertet werden. Die bisherigen Erfahrungen mit vergleichbaren Vorhaben laden nicht zum Optimismus ein. Das bedeutendste war die »Andenstrategie« des damaligen US-Präsidenten George Bush von 1990, mit deren Hilfe der Import illegaler Drogen in die USA innerhalb von zwei Jahren um 15% und innerhalb von zehn Jahren um 60% vermindert werden sollte. Das erste Ziel wurde verfehlt und vom zweiten ist man so weit entfernt, daß von dem Plan schon seit Jahren nicht mehr die Rede ist.

Während die Andenstrategie nur auf Bolivien, Kolumbien, Peru und die USA abzielte, geht es der UN um die ganze Welt. Aber nicht nur die Lateinamerikaner, auch die Vereinten Nationen insgesamt haben in New York die Chance zu einem drogenpolitischen Neubeginn verpaßt. Das ist schade, denn ihre Ansätze sind nicht die schlechtesten – nur haben sie ziemlich geringes Gewicht. Nach wie vor ist das Bundesbudget der USA zur Drogenbekämpfung fast 100 mal so hoch wie das der UN. Während die Zuwendungen des Drogenkontrollprogramms der UN zum Beispiel an Peru im Jahr 1995 bei 2,2 Millionen Dollar lagen, betrugen die der USA 15 Millionen.

Die europäische Antidrogenpolitik setzt demgegenüber weniger auf Repression und gar nicht auf das Militär, sondern stärker auf Programme »alternativer Entwicklung« für die Bauern. Vor dem Hintergrund des Übergewichts der USA in diesem Politikbereich hat sie es aber schwer, über die Rolle eines Stoßdämpfers für die sozialen Kosten der vorherrschenden, repressiven Strategie hinaus zu kommen.

---

► **Robert Lessmann** arbeitet als freier Journalist und Gutachter. Er ist Autor des Buches: »Drogenökonomie und internationale Politik«, Vervuert-Verlag, Frankfurt/M., 1996.



# Mohn-Landschaften

## Minderheiten-Politik zwischen Drogenkrieg und Ethno-Tourismus

von **Günter Spreitzhofer**

**Das Goldene Dreieck im Grenzbereich von Thailand, China, Laos und Myanmar gilt weltweit als legendenumranktes Drogendorado. Nicht zu Unrecht, doch der Umgang mit dem Wirtschaftsfaktor Opium ist unterschiedlich – medienwirksame Vernichtung der Opiumproduktion in Myanmar, subtile Forcierung des Drogenimages in Thailand. Die Drogenpolitik dieser beiden Länder ist verwickelt mit Terror und Trekking, Aufstandsbekämpfung und Ethno-Tourismus.**

▶ Drogenpolitik in den Ostausläufern des Himalaya war stets auch Minderheitenpolitik: Das legendäre Goldene Dreieck ist Heimat der sogenannten 'Hilltribes', ethnischer Gruppierungen vielfach ohne staatliche Zugehörigkeit, die die Hügelländer am Mekong in traditioneller Subsistenzwirtschaft bewohnen. Der Opiumanbau als ihre Haupteinnahmequelle steht im Brennpunkt internationaler Kritik. Der weltweite Druck hat die in ihrer politischen Struktur sehr unterschiedlichen Staaten zumindest vordergründig dazu bewegt, sich mit dem boomenden Drogengeschäft zu befassen. Doch wirkliches Interesse an einer gezielten Kooperation bei der Drogenbekämpfung war lange nicht gegeben, beruhten doch große Teile der jeweiligen Volkswirtschaften zumindest indirekt auf den harten Devisen für roten Mohn. Auch die Anfang 1992 angelaufene länderübergreifende Antidrogenkampagne von Laos, Myanmar und Thailand sah außer vagen Absichtserklärungen keinen konkreten Maßnahmenkatalog vor.

Seit der südostasiatischen Wirtschaftskrise ist alles anders: Die 'Laissez-faire'-Haltung in Drogenfragen weicht vermehrt konkreten Schritten, die die Opiumfrage knallhart lösen sollen – koste es, was es wolle. Thailand und Myanmar, das frühere Burma, stehen aus unterschiedlichen Gründen im Blickpunkt des Weltinteresses: Das Touristenparadies um Bangkok und die Militärdiktatur von Yangoon gehen unterschiedliche Wege im imageträchtigen Kampf gegen das Opium. Das Drogenimage ist Trumpf-As beider ASEAN-Staaten – in internationalen Verhandlungen zur Sanktionserleichterung der Junta in Myanmar genauso wie als hintergründige Attraktion der einstigen Touristenhochburg Thailand.

Offiziell werden in Myanmar 135 »Stammesgruppen« anerkannt, die zu sieben »nationalen Rassen« zusammengefaßt wurden: Shan, Mon, Karen (Kayin), Kayah, Chin, Kachin und Rakhine. Ihr Recht auf Staatsbürgerschaft ist verworren wie im gesamten Länderviereck zwischen Thailand, China, Laos und Myanmar, wo die Kolonialmächte seinerzeit willkürlich Grenzen quer durch die Siedlungsgebiete zogen (*vgl. iz3w 224*). Das subtile Ziel der Militärjunta ist die Marginalisierung aller nicht-birmanischen Ethnien, deren Anteil auf etwa 35% des 50-Millionen-Staates geschätzt wird und die vielfach längst eigene Staaten im Staat gegründet haben. Internationale Beobachter schätzen die Zahl der voneinander unabhängigen Gruppen regimekritischer Aufständischer auf knapp 40. Dazu zählen nationale oder ethnische Befreiungstruppen, Splittergruppen der chinesischen Kuomintang und 'Warlord'-Organisationen, die vorwiegend in den Grenzregionen zu Thailand und China operieren und den Opiumhandel unter Kontrolle haben. Solange die Handelsbeziehungen der Union of Myanmar zumindest mit asiatischen Partnern funktionierten, bestand für die Militärs kein Anlaß zur Veränderung: Bis in höchste Regierungskreise ließ man die Mohnproduktion unbehelligt, wußte offiziell von nichts und schöpfte nebenbei satte Profite durch Zwangsabgaben ab.

### Menschenjagd im Goldenen Dreieck

▶ Bis auf die 'Karen National Union' (KNU), die seit der Unabhängigkeit 1947 mit ihren Streitkräften ('Karen National Liberation Army') gegen die burmesische Zentralregierung kämpft, haben seit 1990 sämtliche militärisch ernstzunehmenden Gruppierungen Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Die KNLA kontrolliert weitgehend den Kayin-Staat, Heimat von etwa 1 Million Karen, die in ethnischen Säuberungsaktionen immer wieder auf thailändisches Staatsgebiet vertrieben werden – nicht zuletzt zur Sicherung einer geplanten Pipeline vom burmesischen Golf von Martaban nach Thailand. Sowohl eine Allianz von zehn nicht-kommunistischen Rebellengruppen unter Leitung der KNU (Truppenstand 25.000) wie auch der kommunistischen Partei Burmas (Truppenstand 15.000) operieren vielfach aus Flüchtlingslagern auf thailändischem Hoheitsgebiet. Der labile Schein-Frieden innerhalb Myanmars steht durch die prekäre Wirtschaftslage vor dem Zusammenbruch.

Doch der US-Investitionsstop, der seit über einem Jahr in Kraft ist, hat gemeinsam mit der südostasiatischen Wirtschaftskrise die Ökonomie des jüngsten und umstrittensten ASEAN-Mitglieds schwer getroffen. Der einst größte Reiseexporteur der Welt kämpft mit Inflationsraten von 50%, die hohen Budgetausgaben für militärische Zwecke haben das Land unter die zehn ärmsten Staaten der Welt eingereiht. So wurde der SLORC, der berüchtigte 'Staatsrat zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung' (*vgl. iz3w 212*), auf An-

raten professioneller PR-Berater im November 1997 durch ein neues Gremium ersetzt, um das internationale Ansehen der Junta zu korrigieren. Doch die Einrichtung des 'Staatsrates für Frieden und Entwicklung' (SPDC) war nicht mehr als eine kosmetische Korrektur der politischen Nomenklatura. Wirtschaftskontakte florieren derzeit nur mit Jugoslawien und China, ebenfalls keine Mächte mit blütenreiner Weste in Menschenrechts- und Drogenfragen.

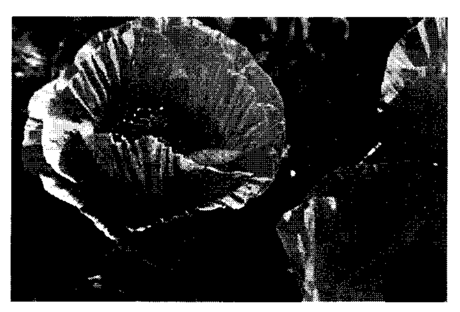
Myanmar produzierte 1997 auf geschätzten 155 000 Hektar etwa 2600 Tonnen Opium, die Grundlage für die Produktion von 200 Tonnen Heroin, was 60% der Weltproduktion entspricht. Die Junta hatte jahrelang den Drogenhandel in den Randgebieten des Landes offen toleriert, quasi als Preis für die Waffenstillstandsabkommen mit aufständischen ethnischen Gruppen. Der Opiumlord Khun Sa, Begründer des Rebellenstaates 'Tai-Land' in der südlichen Shan-Region, wurde so lange nicht an der Ausübung seiner Geschäfte gehindert, wie er im Gegenzug die russischen SAM-7 Raketen seiner 25.000 Mann starken Privatarmee nicht auf regierungskontrolliertes Territorium richtete.

Dezidiertes Regierungsziel ist inzwischen die Ausrottung aller Mohnpflanzen innerhalb von fünf Jahren – ein bewußter Schritt des Regimes zurück in die internationale Staatengemeinschaft, der trotz der Verdreifachung der Heroinaufgriffe auf 1,4 t jährlich auch intern auf Skepsis stößt; vorauseilender Gehorsam einer in die Enge getriebenen Junta gegenüber den Westmächten, ohne deren Unterstützung das Land langfristig nicht lebensfähig wäre, und deren Sanktionsdrohungen bisher ignoriert werden konnten? Zum einen hat sich die Anbaufläche für Opium innerhalb des letzten Jahrzehnts verdoppelt, zum anderen beruht die Wirtschaft – direkt oder indirekt – auf den Einnahmen aus dem Drogengeschäft. Die angestrebte Imagekorrektur der Junta bringt seither vor allem die Zielländer ins politische Dilemma: Den USA, die seit dem Coup 1988 sämtliche Drogenbekämpfungsgelder eingefroren haben, wird wenig übrigbleiben, als ihre Haltung zu ändern – um den Preis der Verwässerung sämtlicher Sanktionen, denn wohin die Gelder fließen werden, ist unkontrollierbar.

## Rehabilitation für ein »Regime von Drogenhändlern«?

► Die Bilanz für 1997 liest sich zunächst eindrucksvoll: Rund 5.000 Personen wurden verhaftet, 7,8 t Opium, 1,4 t Heroin, 288 kg Marihuana, 45 kg Morphium und rund 5 Mio Amphetamin-Tabletten beschlagnahmt. »Mit Hilfe der USA könnten wir innerhalb nur eines Jahres 60% der Heroinexporte nach Amerika vernichten«, zeigt sich Hla Min, stellvertretender Direktor des 'Office of Strategic Studies', siegessicher. US-Außenministerin Albright, die zuvor das gesamte Regime als »Rauschgifthändler« abgekanzelt hatte, zerstreute schließlich die undiplomatischen Bedenken mit der Feststellung, daß lediglich einzelne Angehörige des öffentlichen Dienstes, keinesfalls jedoch die Regierung Myanmars selbst in das Rauschgiftgeschäft verwickelt sei.

Mit Genehmigung des amerikanischen Parlaments wurden schließlich 500 000 US$ für ein Zwei-Jahres-Projekt zur (Mohn-)Anbausubstitution im Norden des Shan-Staates bereitgestellt. Jorgen Kristensen, Sprecher des 'United Nations Drug Control Program' (UNDCP), ist sich der Problematik der Schaffung mohnfreier Zonen durchaus bewußt, ist doch der Mohnanbau Teil der traditionellen Landwirtschaft. Die jährliche Ernte eines Bauern beträgt etwa zwölf Pfund, was einem



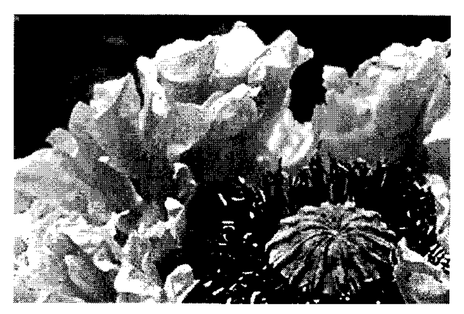
»John III«

Erlös von 650 US$ entspricht. Sojabohnen, in der rauschgiftfrei erklärten 'Eastern Shan State Special Region' als Alternative angepriesen, bringen nur ein Zehntel dessen.

Doch Anbausubstitution ist nur ein (mittelfristiger) Aspekt der Kampagne, die Vernichtung der Mohnfelder hingegen das dezidierte Regierungsziel. Der einkalkulierte Nebeneffekt von Razzien in den grünen Bergen ist offenkundig: Unter dem Deckmäntelchen der Opiumbekämpfung lassen sich auch regionale Vernichtungskriege gegen die regierungsfeindlichen Kräfte legitimieren, deren Kriegskasse durch Drogengeld zum Teil gut gefüllt ist. Die 20 000 Mann starke 'United Wa State Army' an der Grenze zu China etwa ist längst im Besitz von Boden-Luft-Raketen sowie modernster Informationstechnologien und den regulären burmesischen Truppen damit technisch weit überlegen. Opium spielt hier keineswegs mehr die Hauptrolle, die Wa sind mittlerweile in Produktion und Handel mit synthetischen Methamphetaminen eingestiegen, der zur Zeit bereits lukrativer als das Heroin-Geschäft läuft.

## Trekking and Drugs in Thailand

► Die relative politische Stabilität des östlichen Nachbarstaates Thailand erfordert keine vergleichbaren politischen Radikalkuren zur Festigung des Nationalgefüges. Gegenwärtiges Hauptziel ist die Steigerung der Touristenzahlen, um den Devisenabflüssen im



»Garden Glory«

Zuge der wirtschaftspolitischen Turbulenzen des vergangenen Jahres gegenzusteuern. Die Werbeoffensive der staatlichen Tourismusorganisation TAT zielt auf Nordthailand und dessen Hauptstadt Chiang Mai, die als »Rose des Nordens« apostrophiert wird. 'Take it easy' – die Generalwerbelinie der Verheißung von Glück, Schönheit und einfachem Leben findet selbstredend auch für den wirtschaftlich peripheren Rückzugsraum der »Hilltribes« ihren Niederschlag, in dem 23 ethnische Minderheiten als exotische Wilde verkauft werden: aggressiver Ethnotourismus pur als Devisenbringer und Kontrapunkt zum Beach-Tourismus Südthailands.

Die vielgepriesene 'einzigartige Kultur' ist wohl eindeutig zweideutig zu verstehen, solange pittoresk gekleidete Akha-Frauen mit Opiumrohren die bildliche Werbung ethnotouristischer Veranstalter prägen. Opium, die traditionelle Wirtschaftsgrundlage der Hilltribes, wird bestenfalls verschlüsselt dargestellt. In bunten Werbebroschüren lediglich als überkommene Anbauform am Rande erwähnt, ist die florierende Drogenproduktion Nordthailands aus 'Heile Welt'- Broschüren ausgeklammert. Der Mythos 'Goldenes Dreieck' wird nur nostalgisch erfaßt, der Bezug zur Gegenwart bewußt nicht hergestellt. Außer lapidaren Randbemerkungen deutet nichts darauf hin, daß es in Thailand massive Drogenprobleme gibt: »... avoid narcotics, both during travel and at hilltribe villages. There are severe penalties for such usage.« Eine milde Darstellung der Problematik, die Thailand – auch aufgrund weitgehend fehlender Exekution bestehender Gesetzesmöglichkeiten – verglichen mit einigen ASEAN-Nachbarstaaten – zum Drogen-Dorado macht. In Malaysia und Singapur steht auf Drogenkonsum die Todesstrafe, und auch in Indonesien reicht der Strafrahmen für der-

»Petticoat«









artige Delikte von einem Jahr Haft bis zur Todesstrafe.

Die mehr oder minder verschleierte Reduktion der Hilltribes auf Drogenkonsum und -anbau ist als gezielte Fortführung der staatlichen Werbelinie interpretierbar: Primitivität, Glück und einfaches Leben werden nachgefragt und müssen daher dargeboten werden, zumindest in der Werbung, wenn schon die Realität nicht mitspielt. Pseudoauthentische Tänze oder Opiumpfeifen rauchende »Dorfälteste« gehören zu den Standarddarstellungen für authentische Fotodokumentationen asiatischer »Primitivität«. Und die Opiumpfeifen gehen bestens in den Souvenirshops von Chiang Mai bis Bangkok. Drogen mögen in den Industrieländern im weitesten Sinn als 'in' und 'alternativ' gelten, in Thailand bedeutet Drogenkonsum dagegen Rückständigkeit, beschränkt auf »Tribes« und agrarische Subsistenzgesellschaften. Die Nachfrage nach Drogen bedeutet für Autochthone gehobener (Bildungs-)Schichten demnach die Imitation von verachtetem Überkommenem. »I hate those travellers«, klagte die junge Lehrerin in Mae Sai, unmittelbar an der burmesischen Grenze. »They show our young boys that drugs are fun and nothing happens. What society do you live in?«

Drogen als gemeinsames Bindeglied konträrer Kulturen? Angesichts der mehr oder weniger offenen Tips und Empfehlungen in privaten Guest Houses, den Sammelstellen alternativreisender Traveller und Ausgangspunkten von Trekkingtouren mit hauseigenen Guides, liegt dieser Schluß nahe. Nach außen hin Hüter von Gesetz und Ordnung, lehnen private Guesthouse-Besitzer Drogenkonsum offiziell vehement ab – um ihn, umsatzsteigernd, auf den selbst geführten Trekkingtouren durchaus zu tolerieren oder sogar zu fördern. Die thailändische Trekking-Infrastruktur ist mit über 130 Trekking-Agenturen allein in Chiang Mai bestens gerüstet für die etwa 100.000 Besucher pro Jahr. Einer kanadischen Studie zufolge geben 7% der Trekker Drogenkonsum als Primärmotivation für eine Nordthailandreise an. Und diese Gruppe darf in Jahren der Tourismusflaute nicht vergessen werden – hehre Vorsätze sind rasch vergessen, wenn die Zeiten schlechter werden.

### Goldene Zeiten am Mekong?

► So werden gerade jetzt, wenn die euphorischen Wachstumsraten vorerst Vergangenheit geworden sind, Drogen zum Politfaktor und Angelpunkt ausländischer Interessen. Beide Staaten versuchen, ungeachtet ihres politischen Systems, eine gezielte Drogenpolitik durchzuführen – auch wenn Voraussetzungen und Umsetzung deutlich differieren, scheint die 'Laissez-faire'-Position der letzten Jahre einer Aufbruchsstimmung hin zu international geforderter Ächtung von Drogen zu weichen: Drogenpolitik ist Chefsache geworden und wird nicht mehr kampflos den Drogenbaronen des Goldenen Dreiecks überlassen. Die angestrebte Integration in die Weltwirtschaft erfordert klare Zielvorgaben, die durch die ökonomischen Krisen der ASEAN-Mächte wohl beschleunigt wurden.

Burmas Regime versucht mit seiner Anti-Drogen-Kampagne eine Imagekorrektur zur Festigung der eigenen Position. Thailands Kampf um die frühere Marktstellung im umkämpften Ferntourismus läßt auch gut gemeinte Verbote rasch vergessen. Krieg gegen Minderheiten oder Ethnotourismus: Rücksichtnahme auf die »Hilltribes« war ohnedies nie gefragt, und Randgruppen werden rasch zu Sündenböcken oder touristischen Marionetten, je nach politischer Intention. Deshalb, und weil ökonomisch fundierte Programme der agrarischen Umstellung tradioneller Opiumproduktion auf andere Güter fehlen, wird der rote Mohn wohl weiter blühen – allen Razzien zum Trotz.

► **Günter Spreitzhofer** ist Geograph an der Universität Wien.

# Kein Haschisch, aber Heroin

## Ein Gespräch mit Susanne Schardt vom Netzwerk European Cities on Drug Policy (ECDP) über Drogenpolitik

*Das Netzwerk ECDP (European Cities on Drug Policy) wurde 1990 in Frankfurt initiiert, um neue Strategien für eine akzeptierende Drogenpolitik zu entwickeln, denn die Städte tragen die Last der repressiven nationalen und internationalen Politik. Angesichts steigender Zahlen bei den Drogentoten, der Verbreitung von Krankheiten und Kriminalität dank Kriminalisierung hat sich eine Politik der harm reduction entwickelt. Hierunter fallen z.B. der Spritzentausch, die Methadonvergabe, Konsumräume, aber auch die Diskussion um die Legalisierung weicher Drogen sowie die Freigabe von Heroin.*

**iz3w:** *Welche Forderungen stellt ihr an die neue Bundesregierung?*

► **Susanne Schardt:** Wir versuchen seit langem, die Rolle der europäischen Städte in Drogenfragen zu stärken. Diese Forderung erhalten wir natürlich der neuen Regierung gegenüber aufrecht. Es ist wichtig, daß Städte eine größere Freiheit bekommen, Drogenpolitiken und Modellversuche zu entwickeln, die ihrer jeweiligen Situation gerecht werden. Nicht für jede Stadt ist es sinnvoll, die Heroinfreigabe zu fordern oder Druckräume einzurichten, aber diese Möglichkeit sollte bestehen, wenn es die Situation erfordert.

*Was soll die Politik im Einzelnen neu angehen?*

► Mein Wunsch ist, daß man nun drei wichtige Bereiche offener diskutieren kann. Einmal geht es um die Heroinfreigabe, für die sich bereits einige Polizeipräsidenten größerer Städte eingesetzt haben. Ob das der Weisheit letzter Schluß ist, weiß man nicht, aber es wäre zumindest ein weiteres Puzzlesteinchen, um einigen Menschen bei der Abkehr von der illegalen Drogenszene besser helfen zu können. Hier sind die einschlägigen Erfahrungen aus der Schweiz positiv zu bewerten. Zum Zweiten sollte Hilfe auf einer niedrigeren Ebene angesetzt werden können, als dies bisher möglich war. Die Konsumräume sind gesundheitspolitisch ein großer Erfolg, für die Abhängigen ist hier weitaus besser gesorgt, als es in einem Park möglich ist. Die Zahl der Drogentoten wird sich so weiter verringern, was jeder Regierung am Herzen liegen sollte. Wir müssen klären, wie das auch in anderen Städten rechtlich besser abgesichert durchgeführt werden könnte. Unsere dritte Forderung ist, über den Gebrauch weicher Drogen nachzudenken. Ein sehr großer Teil unserer Bevölkerung – vor allem Jugendliche – werden kriminalisiert, obwohl sie nur einmal Cannabis ausprobieren wollen und viele den Gebrauch nach einiger Zeit wieder bleiben lassen. Die heutigen Gesetze, die so an der gesellschaftlichen Realität vorbeigehen, müssen dringend verändert werden. Es ist aber fraglich, ob sich die Freigabe von Cannabis so einfach mit einer Gesetzesvorlage durchsetzen läßt.

*Über die Medikalisierung von Heroin redet nun auch die bürgerlichen Mitte. Warum schreckt die neue Regierung aber vor der Legalisierung von Cannabis zurück?*

► Ich verstehe, daß man Prioritäten setzt und erst einmal Schwerstabhängigen hilft, denn da geht es ja um Leben und Tod. Auf der anderen Seite ist es wichtig, die Märkte für harte und für weiche Drogen zu trennen. Denn es kann nicht angehen, daß die jungen Leute, die nur Cannabis kaufen möchten, mit Kokain oder Heroin nach Hause kommen. Ich finde es grob fahrlässig, dies zuzulassen. Hier müßte jeder Vater und jede Mutter sagen: »Gut, mein Kind experimentiert mit Drogen, ob mir das gefällt oder nicht. Aber ich kann von der Regierung verlangen, sich Gedanken zu machen, wie es geregelt werden kann, daß meine Kinder nicht Drogen bekommen, von denen sie körperlich abhängig werden.« Die neue Regierung will hier zwar keine Gesetzesänderungen, ich halte diesen Schritt aber für überdenkenswert. Gute Ansätze gibt es bereits, z.B. die Initiative aus Schleswig-Holstein, Cannabis in den Apotheken zu verkaufen. Die neue Mehrheit im Bundestag sollte dies wohlwollend prüfen. Die pragmatische Regelung der Holländer hat die Märkte entzerrt. Wenn man sich überlegt, wie viele Deutsche Tag für Tag nach Holland fahren, um dort Cannabis zu kaufen, ist es ziemlich lächerlich, so zu tun, als wäre eine Veränderung nicht auf der Tagesordnung. Cannabis wird meistens von Leuten genommen, die einfach Spaß daran haben. Dies muß man genauso akzeptieren wie die Tatsache, daß Leute Alkohol trinken.

*Das bisherige Minimum an Gesundheitsfürsorge hierzulande erreicht nicht alle Abhängigen. Wie ist die Situation süchtiger MigrantInnen in der BRD?*

► Dazu gibt es nur sehr wenige Studien. Soweit ich das beurteilen kann, können MigrantInnen zwar niedrigschwellige Angebote nutzen, wie beispielsweise Druckräume, Übernachtungseinrichtungen oder auch Spritzentausch. Aber alles, was darüber hinaus geht, wird sehr schwierig. Neben Sprachproblemen kennen wenige Sozialarbeiter die kulturellen und religiösen Hintergründe der Abhängigen. Es wird, ein extremes Beispiel, manchem männlichen Moslem sehr schwer fallen, einer weiblichen deutschen Drogenhelferin über sein Drogenproblem oder seine Familie zu sprechen. Es gibt sehr wenige Stellen, die sich auf diese Problematik eingestellt haben. Nötig sind übergreifende Lösungen, man kann sich nicht auf jedes einzelne Problem spezialisieren. Wir wollen, daß Drogenabhängige verstärkt in das allgemeine Sozial- und Gesundheitssystem integriert werden. Für MigrantInnen ist das besonders schwierig.

*Dies ließe sich wahrscheinlich nur durch den Einsatz speziell geschulter MitarbeiterInnen und durch weitere staatliche Zuschüsse realisieren.*

► Ja, sicher. Ein weiterer wichtiger Punkt wäre, daß man wie in Holland mit den jeweiligen religiösen und kulturellen Gemeinschaften kooperiert. Dort wird eng mit Surinamesen, die einen großen Teil der MigrantInnen stellen, zusammengearbeitet. In Frankfurt wäre es wichtig, das Problem gemeinsam mit dem Imam der türkischen Gemeinde anzugehen.

*Ein Ziel eurer Arbeit ist die Prävention von Kriminalität. Ist man da nicht automatisch dabei, die Dealer – viele sind ja MigrantInnen – in die kriminelle Ecke zu stellen?*

► Das ist wirklich ein sehr heikler Punkt. Solange man den Leuten keine echte Alternative zum Leben in der Drogenszene gibt, also die Möglichkeit, legal Geld zu verdienen, werden sie zwangsläufig zum Dealen gedrängt. Deswegen müssen zusätzliche arbeitspolitische Programme her. Davon abgesehen ist die Dealerstruktur aber zu vielschichtig, als daß man sagen könnte, das sind alles nur Ausländer und mit einer Abschiebung sind wir das Problem los.

---

*Das Gespräch führten Dominik Bloedner und Thomas Cernay.*

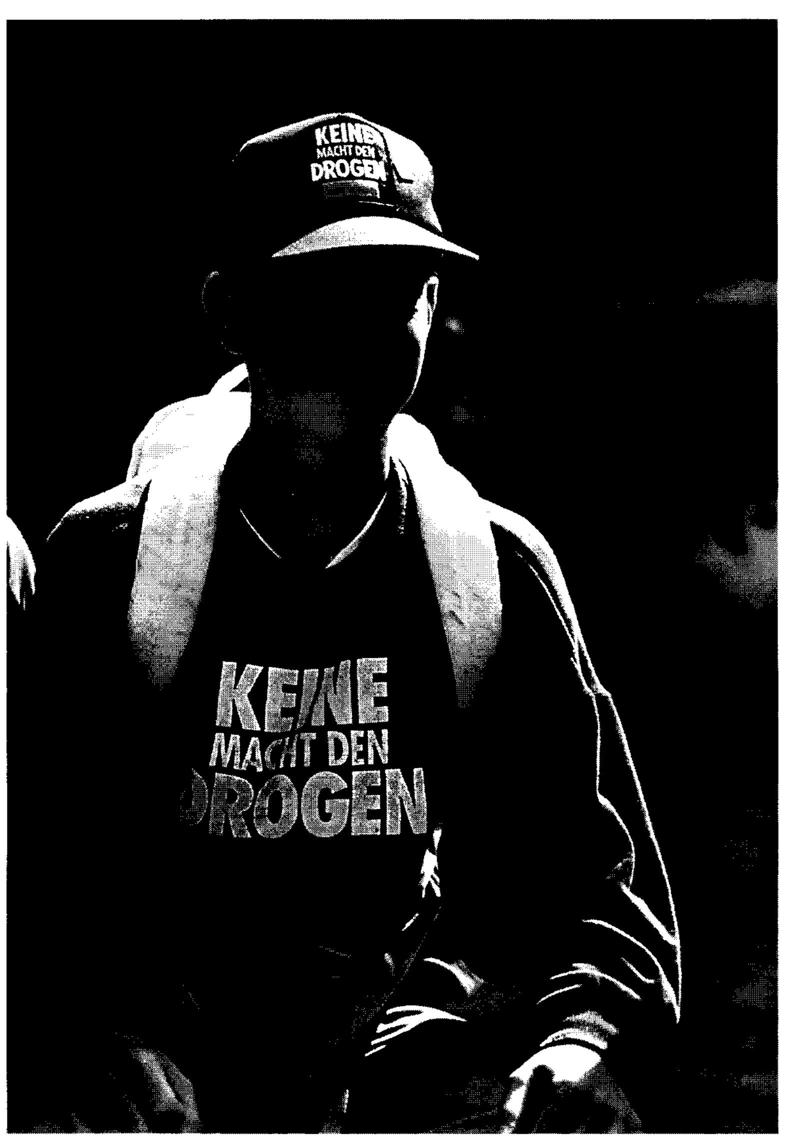



Foto: A. Pisacreta/ROPI

# Sei doch kein Muselmann

## Zur Bewußtseinserweiterung des hegemonialen Konsenses

von **Winfried Rust**

**Drogendiskurs und Drogenpolitik handeln selten von der Droge selbst oder von sinnvollen Bedingungen ihres Gebrauchs. Vielmehr wirken Drogen auf verschiedenen Ebenen als Feindbild, das die Hegemonie überkommener Gesellschaftsbilder und Ordnungsvorstellungen sichert. »Kulturfremde« Drogen, Dealer, die über Leichen gehen, aber auch die sozial motivierte Pathologisierung von DrogenkonsumentInnen dienen als Konsensangebote an die Gesellschaft.**

► Ein generelles Alkoholverbot sei nicht sinnvoll, schließlich habe sich der Konsum von Alkohol »über Jahrhunderte und Jahrtausende hier eingebürgert« und gehöre damit »zum deutschen Kulturgut«. So äußerte sich der Drogebeauftragte der alten Bundesregierung Eduard Lindner (CSU) zum Thema »Mißbrauch von Alkohol«.[1] Wird es mit Drogen also erst dann schwierig, wenn sie »kulturfremd« sind? – »Haschisch leuchtete mir sofort ein«, dekonstruierte Wolfgang Neuss dieses Problem, wenn auch nur diskursiv.

Sei es Cannabis in arabischen Ländern, Alkohol in den meisten Teilen der Welt, Kath auf der arabischen Halbinsel, Opium in Südostasien, das Kokablatt in Südamerika, oder seien es Kokain oder Ecstasy in kulturellen Szenen: Die Haltung gegenüber den »eigenen« Drogen ist ambivalent. Solange der Konsum in normalen Bahnen verläuft, wird er akzeptiert, wenn er unangenehm auffällt, wird er abgelehnt. Die offizielle Drogenpolitik ist da schon undifferenzierter: Heute nehmen laut UNO-Drogenkontrollrat etwa 190 Millionen Menschen »illegale Drogen«, größtenteils Cannabis. Aus ihnen rekrutiert sich eine millionenköpfige Gefängnisbevölkerung, die wegen drogenbedingter Delikte einsitzt. Der UNO-Drogenkontrollrat räumt ein, daß – trotz der weltweiten Prohibition – der verbotene Drogengebrauch inzwischen nahezu alle Länder der Welt betreffe.

Längst beschränken sich bestimmte Drogen nicht einfach auf bestimmte Regionen. Der verbreitete Irrglaube, Heroin und Kokain stammten als Rohstoff aus der südlichen Hemisphäre, der Konsum spiele sich jedoch im Norden ab, vermittelt ein Bild des Südens als anachronistische Wüste. Dabei realisiert sich hier die »Eine Welt«: In den Metropolen des Südens gibt es inzwischen die gleichen Drogenszenen wie im Norden. Diese Globalisierung jedoch erfolgt mit Hindernissen. Die kulturelle Tradition hat nach wie vor eine große Auswirkung auf den gesellschaftlichen Stellenwert einer Droge und somit auch auf den ihrer BenutzerInnen.

Die Ideologisierung der Drogen zeigt zwei Seiten einer Medaille auf. Eine ihrer Ursachen liegt im Ressentiment gegen das Künstliche, das Unnatürliche, die Chemie. Ein Ressentiment, das schon der gemeinsame Nenner von Teilen der Naturheilkunde und der nationalsozialistischen Ideologie war, die sich schließlich von der »jüdisch-materialistischen Fabrikmedizin« abgrenzten. Mit dem »Künstlichen« werden auch Veränderungen abgelehnt. Auf der anderen Seite werden aber auch »Naturdrogen« ideologisiert, denen »Eigenschaften der Naturvölker« und somit der Vergangenheit zugeschrieben werden. Auch der positive Bezug auf den kultischen Drogengebrauch in »Naturvölkern« bleibt in rückwärts gewandten Projektionen verfangen, obwohl Geheimnis und Qualität eines Rausches nicht beeinträchtigt sind, wenn bekannt ist, daß sie kein Geschenk der Götter sind.

Hierzulande gelten selbstverständlich nicht Hopfen und Malz als Naturdroge, sondern das »kulturfremde« Opium. Dessen Rausch sei ein schwereloser Supertrip, der neidvoll und abschätzig zugleich imaginiert wird. Die »Naturvölker« und ihr Drogengebrauch dienen zudem als Projektionsfläche für »ursprüngliche« Sinnlichkeit und Spontaneität, oder sie stellen eine »ursprüngliche« Nähe zu Gott her. Carlos Castaneda sieht auf dem Weg in die Spiritualität die Notwendig-

keit, den »Zivilisationsverstand« mühsam aufzugegeben, um sich den Regeln z.B. eines Drogengeistes »Mescalito« hingeben zu können.[2] Auf alle Projektionen wird im heimischen Drogendiskurs mit Schrecken reagiert, im exotischen dagegen mit Faszination.

Auf fremde Drogen reagieren Dominanzkulturen abweisend. Über den fremden Kaffee dichtet ein Volkslied vor der Jahrhundertwende: »Nichts für Kinder ist der Türkentrank, schwächt die Nerven, macht dich blaß und krank, sei doch kein Muselmann, der das nicht lassen kann.«[3] König James von England kommentierte 1604 das Tabakrauchen folgendermaßen: »Was für eine Ehre oder Höflichkeit bewegt uns, die unterwürfigen Indianer zu imitieren, besonders mit einem so abstoßenden und stinkenden Brauch? Warum erniedrigen wir uns soweit, diese tierischen Indianer, Sklaven der Spanier, nachzuahmen?«[4] Entsprechend träufelt heute ein ganz besonderer Feind der Volksseele fremdes Gift ein: der Dealer. Das Reich des Bösen ist faßbar. Der Dealer verkauft kulturfremde Stoffe, und er ist die Inkarnation der Profitgier. Dealer fixen Kinder an, verkaufen mit Heroin vermischtes Haschisch, und streben als Mafia nach der Weltmacht. Die 400 Milliarden Dollar Drogengelder, die weltweit zirkulieren, gelten als eine Gefährdung des ansonsten zivilisierten Zusammenlebens.

Der »normale« Rassismus, der mit Drogen verbunden ist, äußert sich in Begriffen wie »die schwarzafrikanischen Dealer«. Ihnen wohnt eine ethnische Zuschreibung inne. Dieser Rassismus füllt ebenfalls Gefängnisse und Abschiebezellen. Weil der Drogenhandel für manche rassistisch Ausgegrenzten die letzte Einkommensquelle ist, müssen sie sich für den riskanten Straßenverkauf hergeben – wo sie als »kriminelle Ausländer« erneut stigmatisiert und verfolgt werden. In den USA befinden sich ein Drittel aller schwarzen Männer zwischen 20 und 29 Jahren unter Bewährungsauflagen, zumeist im Zusammenhang mit Drogendelikten, ein Erfolg doppelter Selektion. Denn die einzige staatliche Zuwendung, die die Schwarzenviertel noch erfahren, sind Drogenkontrollen, von der wirtschaftlichen Entwicklung sind sie ausgeschlossen.[5]

## Zur Geschichte der Drogenpolitik

► In der BRD wurde 1972 das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) neugefaßt – mit der Konsequenz, daß Verstöße nicht mehr als Vergehen, sondern als Straftatbestände geahndet wurden. Das zahlte sich doppelt aus. Zum einen als Disziplinierung einer aufmüpfigen Jugendkultur, zum anderen zur Herstellung einer neuen Identität der Rechtschaffenen. Die Verteufelung der Drogen war ein Konsensangebot an die Gesellschaft, das von links bis rechts gut ankam. Ziel war laut Gesetzestext der »Schutz der Volksgesundheit«, Folge war die Geburt der Junkies als Kriminelle. Inmitten der satten Konsumgesellschaft entstanden so die Drogenszenen: anziehend wegen ihrer scheinbaren Renitenz und dem Erlebniswert der Drogen, aber deprimierend wegen der Übermacht zerstörerischer Zwänge, zwischen denen viele Junkies aufgerieben wurden. Denn durch das gestiegene Risiko stiegen auch die Preise der Drogen für z.B. gestrecktes Heroin, welches der Gesundheit genauso zusetzte wie der Streß von illegaler Beschaffung, Polizei und Knast, Drogenhandel und Zwangskriminalität, Stigmatisierung und Armut.

Die steigenden Drogenprobleme führten Anfang der 70er-Jahre zu einer ersten Debatte. Bis dahin wurden Drogenabhängige üblicherweise in geschlossenen Stationen psychiatrischer Kliniken untergebracht. Hier erfolgte eine Therapie mittels Medikamenten, Disziplinierungsversuchen und Beschäftigungsprogrammen. Als Reaktion auf diese meist erfolglosen Versuche gründeten »Release«-Gruppen Zentren für direkte Drogenhilfe. Die Aktiven sahen nicht die Drogen oder die BenutzerInnen als zentrales Problem, sondern eine »süchtige Gesellschaft«, deren Probleme nicht einfach in Individuen hineinverlagert werden sollten. Mitte der 70er hatte jedoch die reformierte Therapierung von Drogenabhängigen die Release-Bewegung aufgesogen. Dabei stärkte sich wieder das Denken, persönliche Defizite bei Süchtigen reparieren zu müssen. Mit nunmehr reformiertem sozialen Anstrich konnte der Zugriff auf die Abhängigen noch umfassender werden. Innerhalb von Gruppentherapien sollte erreicht werden, daß positives Verhalten belohnt und negatives Verhalten bestraft wird, gruppendynamisch und rund um die Uhr. Zu solchen Leistungen war selbst das alte System nicht in der Lage gewesen. Schauplatz war ein Raum ohne Freiheitsrechte: kein Telefon- und Briefkontakt während der ersten drei Monate und Informationssperre (kein Fernsehen, keine Zeitung, kein Besuch).[6] Probleme, welche die Kriminalisierung von Drogen geschaffen hatte, sollten durch Stigmatisierung und Therapisierung der Betroffenen gelöst werden. Deren »Therapiebereitschaft« rührte hauptsächlich daher, daß die Alternative ein Gefängnisaufenthalt war: »Therapie statt Strafe«.

Mitte der 80er Jahre erfolgte eine »positive« Zäsur. Angesichts der Aids-Erkrankung wurde Handlungsbedarf erkannt, und im Fahrwasser der Aids-Prävention kam es zu Reformen an der drogenpolitischen Basis: Spritzentauschangebote, vereinzelt Gesundheitsräume, Gebrauchsanweisungen für sicheren Umgang mit Drogen, vermehrt Substitutionsbehandlungen. Angesichts der zuvor einseitigen Ausrichtung der Drogenhilfe auf Abstinenz war das ein unerwarteter Durchbruch zu einem pragmatischen Umgang mit Drogenproblemen. Der alte Grundsatz »zuerst Therapie, dann weitergehende Hilfen« war an den realen Bedürfnissen vieler DrogenkonsumentInnen einfach vorbeigegangen. Die nun eingeführten Verbesserungen waren erst als Abfallprodukt der »Rettung der Volksgesundheit« möglich geworden.

## Die Legalisierungsdebatte: Ende der Ideologisierung?

► Das Ziel fortschrittlicher Strömungen in Sozialarbeit, Verfolgungsbehörden und Lokalpolitik ist es nun, das Drogenelend zu reduzieren, die Verfolgungs- und Strafbehörden zu entlasten und den illegalen Drogen-

Messina messianisch — Foto: S. Montesi/ROPI



handel einschränken. Dazu können drei Ansätze der Debatte unterschieden werden (die sich als konkrete Handlungsentwürfe oft wieder vermischen): die Modelle marktwirtschaftlichen, medizinischen und staatlichen Handelns. Das Spektrum der Befürwortung einer marktwirtschaftlichen Freigabe von Drogen reicht vom Neoliberalen-Guru Milton Friedman bis zu den Cannabis-Fans, die keinen Grund für eine Reglementierung mehr sehen wollen. Doch die simple Übergabe eventueller Suchtstoffe an eine konsumistische Bearbeitung durch die legale Wirtschaft kann wohl kaum zu einem sinnvollen Umgang führen. Das medizinische Modell ähnelt den aktuellen Therapie- und Substitutionsprogrammen. Ärztliche Vergabeprogramme verhelfen »PatientInnen« zu Rezepten für Drogen. Die Pathologisierung des Gebrauchs bestimmter Drogen würde hier fortbestehen. Die Nachteile beider Modelle könnten mit der staatlichen Organisation des Drogenhandels ausgeschaltet werden (wobei der Staat kaum jene Drogen, die empirisch den größten Konsum und Schaden aufweisen, in die Hand bekommen will oder kann: Alkohol und Tabak). Doch dann wird der Bock zum Gärtner gemacht, hat doch der Staat maßgeblich das Drogenelend durch den Kriminalisierungskurs verursacht.

Derweil sind Junkies und Dealer im Alltagsbewußtsein noch immer als Sündenböcke und Feindbilder etabliert. Ihnen darf nicht »nachgegeben« werden, und jeder Stammtisch weiß: »Die Süchtigen, das sind die Anderen«. Das heißt, daß auch pragmatische Drogenarbeit und Legalisierungsbemühungen wieder unter dem Druck stehen, ihre Bemühungen repressiv auszuformen, ähnlich dem Umschlag der Release-Bewegung zur Pathologisierung einer ausgesuchten Szene. So können beispielsweise Druckräume auch zur Legitimierung der »Säuberung« des öffentlichen Raums von Junkies dienen, oder zur medizinischen Verfeinerung der Disziplinierungsmaßnamen. In jedem Fall steht die »Macht« des fortschrittlichen Drogendiskurses in keinem Verhältnis zu den materiellen Möglichkeiten der Nutznießer des Drogenkrieges: Der Staat und seine Sicherheitsorgane haben an Legitimation und Macht gewonnen. Parteien wollen auf Angstmache ungern verzichten. Die illegale Drogenwirtschaft setzt im Jahr etwa 400 Milliarden Dollar um, und auch sie unterstützt eine Politik, welche die Prohibition gewährleistet – denn das steigert die Preise. Wie der »starke Staat« mit der Kriminalisierung von Drogen wächst, läßt sich am Beispiel der BRD gut studieren. Im Zusammenhang mit Drogen erließ der Gesetzgeber in jüngerer Zeit die Gesetze zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, das Gesetz zur Verfahrensentlastung, das Verbrechensbekämpfungsgesetz, und den »Großen Lauschangriff«.

**Der Dealer verkauft kulturfremde Stoffe**

Im Interesse der sozialen Hegemonie der Rechtschaffenen wirken – auch aus der Gesellschaft heraus – im lokalen bis globalen Raum Strategien der Ausgrenzung unerwünschter Personengruppen. Sie sind der Mehrheitsbevökerung als Objekte der Verachtung preisgegeben, aber auch als Warnung, nicht auszubrechen, trotz steigendem Konsum-, Leidens- oder Leistungsdruck. Durch die Abgrenzung vom verächtlichen Anderen finden die übrigen Vereinzelten ihren Platz.

Das Vorurteil, welches Drogen für die Folgen ihres gesellschaftlich vermittelten Gebrauchs verantwortlich macht, und darüber hinaus sogar für Folgen von Armut oder Ausgrenzung, sitzt tief, und ist kulturell abgesichert. Interessen und Mechanismen des Fortlebens vom Feindbild Droge leben auch in den fortschrittlicheren Debatten fort. Der vorherrschende Drogendiskurs eignet sich weiterhin eher zur Absicherung kultureller Vorurteile und gesellschaftlicher Hierarchien, als daß er pragmatisch nach der Lösung realer Drogenprobleme suchen könnte.

**Anmerkungen:**

1 Bremer kassiber, November 1997, nach dem Weser-Kurier, 15.07.1997

2 Vgl. Carlos Castaneda, Die Lehren des Don Juan, Frankfurt 1973

3 Verfaßt von Karl-Gottlieb Hering, Beleg von 1846

4 Vgl. Europäisches Jugendparlament, Broschüre ´Drogen und Entwicklung´

5 Vgl. Mike Davis, City of Quartz, Berlin 1994

6 Vgl. Heino Stöver, Drogenhilfe und Drogenpolitik in Deutschland, Dr.Mabuse, März 1997.

▸ **Winfried Rust** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

# Im Dschungel der Linken

Nicht zuletzt stellte die Drogenpolitik ein erfolgreiches Konsensangebot an die Linke dar. Schon um die Jahrhundertwende warnte die Sozialdemokratie »Arbeiter, meidet den Schnaps!« in Anlehnung an den bürgerlichen Puritanismus. Der rechte Flügel der SPD proklamierte »Der Schnaps, das ist dein Feind« (Karl Kautsky), aber der linke Flügel stand nicht nach, und proklamierte »Nüchternheit zum unverzichtbaren Moment proletarischer Selbstdisziplinierung« ( vgl. Lars Quadfasel, Opium für das Volk, Bahamas 21). Folgerichtig legte SPD-Gesundheitssprecher Groothjan 1921 das erste Sterilisationsprogramm für »Alkoholiker« vor.

Die KOMINTERN-Staaten unterstützten stets die UN-Abkommen, und auch verschiedene Befreiungsbewegungen lagen auf dieser Linie. Der IRA, der ETA oder den Black Panthers wurde auch in der undogmatischen Linken der 80er zugute gehalten, daß sie das Drogenproblem in ihren Terrains zu lösen vermochten, indem sie Dealer und Junkies verfolgten. Dabei wurde normale, repressive Drogenpolitik betrieben (und zwar bis hin zur Liquidation von Dealern).

»Heroin tötet!«, titelt zur Zeit ein Plakat der kurdischen ERNK. Es mag sein, daß die ERNK mit ihren Plakaten den rassistischen Diskurs über die »Kurdische Drogenmafia« zerstreuen will, oder daß sie die Türkei wegen der einschlägigen Connection zu Waffen- und Drogenhandel anschwärzen will. Kenntnis der Ursachen des Drogenelends verrät das Plakat nicht. In besetzten Häusern oder Szenevierteln Westeuropas tauchten schon früher analoge Verschwörungstheorien auf. Die Analyse lautete: Der Geheimdienst pumpt Heroin in die Ghettos, um die Organisierung von unten zu sabotieren, und die Junkies machen die besetzten Häuser kaputt. Dabei gab es in den »Freiräumen« tatsächlich Handlungsbedarf im Zusammenhang mit Drogen, doch die Folgerungen waren teilweise ideologisch.

Weil Drogen an sich schlecht gemacht werden, muß der böse Kapitalismus oder Imperialismus schuld sein, dessen Profitstreben arme UnterschichtlerInnen zur Droge greifen läßt. Auch wenn einzelne Haschrebellen von der Droge positive Impulse für die Befreiung erhoffen: Auch Linke sehen in der Wirkung der Droge einen Feind des politischen Subjekts.

*Winfried Rust*



Foto: H. Sachs/version

*a man inspired by a vision / he sells to everyone*
*hi hi hi hi no no no no*
*gonna spread a little fever / an' away we blow...*
*(aus einem Song der Popband Underworld)*

# Xtasy Xchange Standard

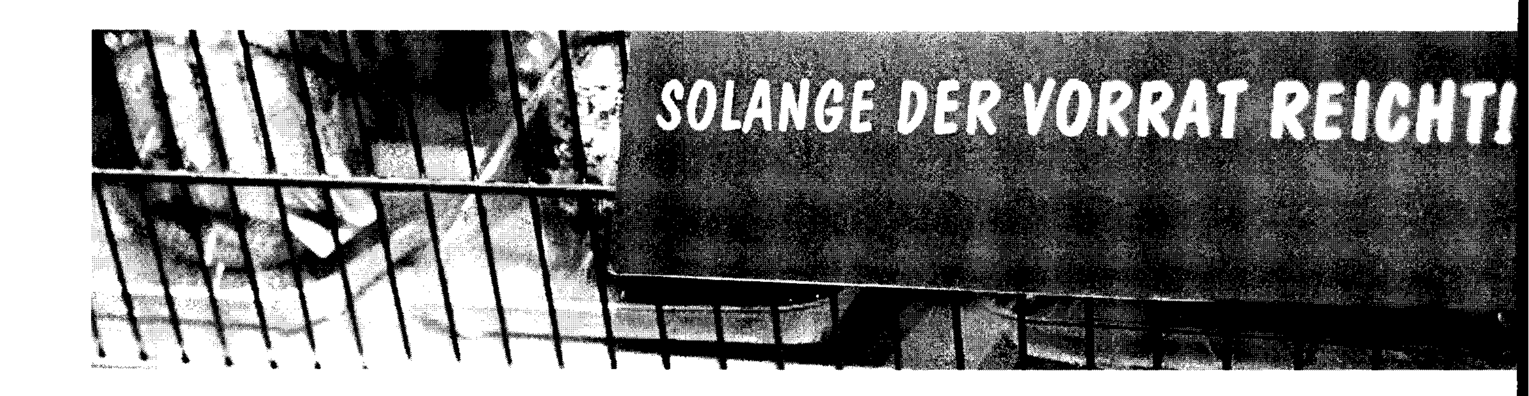
## Das Ende einer Illusion und die Drogengesellschaft

von **DOB** und **THC**

**Mit Prohibition und Propaganda wird den Drogen immer wieder der Kampf angesagt. Doch dabei wird nicht nur verkannt, daß Verbote und dümmliche Kampagnen lediglich den Tausch- und Gebrauchswert von Drogen erhöhen. Übersehen wird vor allem, wie sehr der Kapitalismus auf Drogen angewiesen ist – und keineswegs im Sinne von »Opium des Volkes«. Im Gegenteil: Jede Akkumulation braucht den »Kick«, den nur die Wa(h)re Droge liefern kann.**

▶ Es gibt keine drogenfreie Gesellschaft und schon gar keine drogenfreie kapitalistische Gesellschaft. Im Gegenteil: Die Drogen nehmen einen prominenten Ort in der politischen Ökonomie des Kapitalismus ein. Es sind nicht nur die gigantischen Finanzströme, die durch Drogen bewegt werden, und es ist nicht nur der hohe Tauschwert einer Droge, der Kapitalismus und Drogen als kompatibles Paar ausweist. Die Seinsverwandtschaften liegen tiefer. Drogen haben einen spezifischen Gebrauchswert. Rausch und Ekstase versprechen gesteigerte Befriedigung und folgen damit den Konsumformen und den Heilsversprechen der Warengesellschaften. Und wenn man entgegen der marxistischen Sicht davon ausgeht, daß im Kapitalismus der Gebrauchswert nicht vollständig im Tauschwert aufgeht, sondern weiterhin ein Eigenleben führt, dann kann der Wert der Drogen für die Entwicklung des Kapitalismus kaum noch überschätzt werden: Zu den äußerlichen und objektiven Steigerungsformen von Mehrwert und Akkumulation gesellt sich mit den Drogen ein inneres und nicht weniger wirksames Pendant, eine Art von emotionalem Äquivalent des Geldes.

Ein Blick auf die Triebkräfte des Kapitalismus erhellt diese These. Es geht um das Motiv des Tausches, um das versteckte »Gut« in den Gütern, das der Tauschakt einbringen soll. Dabei handelt es sich nicht nur um den ökonomischen Mehrwert, sondern stets auch um die Minimierung des Leidens und, positiv gewendet, um die Maximierung der Lust. Der subjektive Kern des Gebrauchswertes ist also der sich beständig steigernde Schätz- und Gefühlswert, und genau das ist es, was man als die »Drogenwirkung« der Waren und zugleich als emotionale Bedingung der Akkumulation bezeichnen könnte. Doch damit




nicht genug. Drogen steigern nicht nur Gefühle, wie es beliebige Waren könnten, sie steigern sie in einem erweiterten und symbolischen Maße. Direkter als alle anderen Formen des Konsums bedienen sie die Sehnsucht nach dem Kick und verdeutlichen umstandslos, was Steigerung der Lust bedeutet. Die Logik der Überbietung, die durch Drogen körperlich erfahrbar wird, erweist sich bei ausreichend fortgeschrittener Entwicklung des Kapitalsystems als ein unverzichtbares strategisches Instrument der Bedarfsweckung. Denn die zu abstrakt gewordenen Akkumulationsprozesse mit ihren fortlaufenden Überbietungsprozeduren bedürfen zu ihrer Akzeptanz und weiteren Fortsetzung einer Rückbindung an die Gefühlswelt des Menschen. Man könnte auch von einer notwendigen Renaissance des Gebrauchswertes sprechen, in dem Sinne, daß Phänomene emotionaler Steigerung zur Vermittlung der äußeren und ökonomischen Beschleunigung unabdingbar sind. Somit stellt das Drogenritual durch seine Verbindung von Sehnsucht und Überbietung eine Ressource dar, die die Ökonomie zu ihrer Reproduktion mehr und mehr ausbeuten wird und muß.

## Szenen einer Ehe – der Kapitalismus und sein Heroin

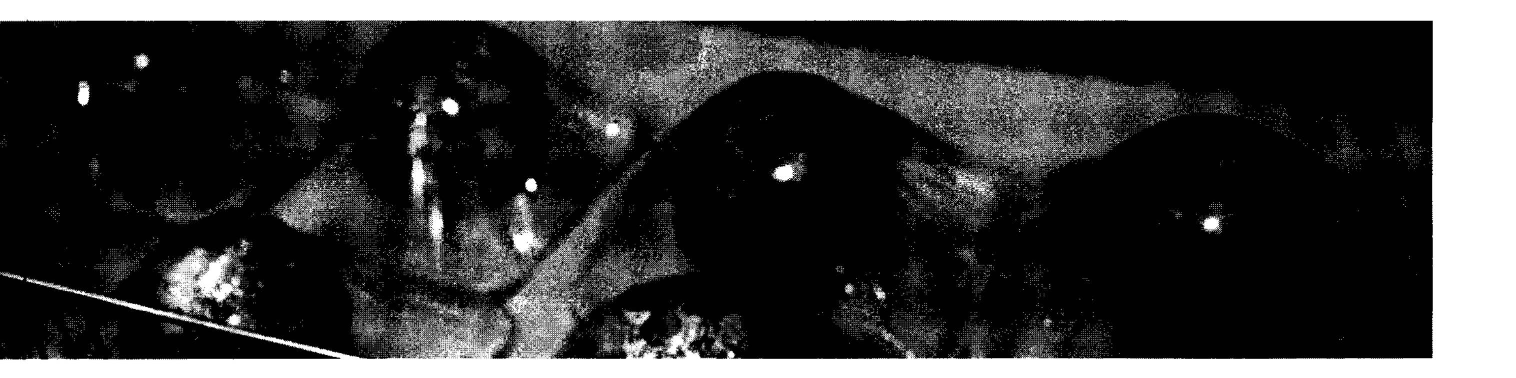
► Es ist schwer zu sagen, welcher pflanzliche Wirkstoff in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft die Ehre gehabt hätte, die erste Substanz zu sein, die die Chemiker in Reinform isolierten. Jedenfalls war es 1803 das Morphium, das das Wirkprinzip des Schlafmohns in kristalliner Form und nicht mehr steigerbarer Konzentration enthielt. Wenig später ging das Morphium seine Verbindung mit der Injektionsspritze ein, einer anderen auf die Spitze getriebenen Bemühung der modernen Medizin. Durch sie trat die Wirkung eines Pharmakons nicht nur schneller, sondern auch wesentlich effektiver ein. Die Gemütlichkeit Opium essender Jahrtausende hatte mit dem Siegeszug des intravenös verabreichten Morphiums im amerikanischen Bürgerkrieg und im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 ihr Ende gefunden. Viele jener Veteranen kehrten mit der »Soldatenkrankheit« zurück – der Fortschritt hatte sie zu Morphinisten gemacht.

»Daß meine Schmerzen verschwunden waren, wurde in meinen Augen zu einer Kleinigkeit; ... hier war das Geheimnis des Glücks auf einmal entdeckt, über das Philosophen so viele Jahrhunderte diskutiert hatten; das Glück konnte jetzt für einen Penny gekauft und in der Westentasche mitgenommen werden, tragbare Ekstasen konnte man auf Halbliterflaschen abgezogen bekommen, und der Seelenfrieden ließ sich mit der Post versenden«, frohlockte schon 1821 Thomas De Quincey in den »Bekenntnissen eines englischen Opiumessers«. Der Rausch des reinen, intravenös gegebenen Morphiums stellte diese Erfahrung mit Sicherheit in den Schatten. Der dritte und letzte Akt der kapitalistischen Vergesellschaftung des Opiums und der Potenzierung seiner Wirkung war die chemische Synthese jenes Diacetylmorphins, das vor hundert Jahren als stürmisch gepriesener Hustensaft mit dem Handelsnamen Heroin auf den Plan trat. Nach Aspirin wurde es der zweite globale Verkaufsschlager des aufstrebenden Hauses Bayer. Ärzte wie Patienten warben für die Wirkung des Wundermittels, und alle fühlten sich nach dem Arzneikonsum sehr gesund und äußerst zufrieden. Heroin überbot noch den Lustgewinn des Morphiums, denn die herausragende Eigenschaft dieser chemischen Veredelung war die beschleunigte Überwindung der Blut-Hirn-Schranke. Es war, salopp ausgedrückt, der bis dato ultimative Kick.

In den 30er Jahren dieses Jahrhunderts verteilte der medizinisch-industrielle Komplex weltweit bereits mehr als 34 Tonnen Heroin, obwohl das enorme Suchtpotential schon seit längerem feststand. Längst verschwand der Großteil in graue Kanäle, nur noch etwa 10 Tonnen gab es auf Rezept. Erst nach dem Verbot (durch die Genfer Konventionen von 1931) wurde der pharmazeutische Supergau offensichtlich, das Heroin war damit allerdings nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Nach 70 Jahren Schwarzhandel und zum hundertsten Geburtstag stellt sich nicht die Frage ob, sondern nur noch wie Heroin resozialisiert werden kann. Über die kommenden Farben der Kanäle oder vorübergehende rechtliche oder moralische Beifügungen läßt sich nur spekulieren. Radikal formuliert läuten auch die gutgemeinten Bemühungen um Legalisierung und harm reduction eine Entwicklung von Rahmenbedingungen ein, die dem Heroin über kurz oder lang wieder den Status einer, für das System weitgehend gefahrlosen, Spaßdroge ermöglichen könnten. Sicher ist, daß die Süchtigen gegenwärtig nicht aus pharmakologischen Gründen in der Gosse liegen. Die Wissenschaft ist nur schuld an ihrer Sucht, aber erst die Gesellschaft verurteilt sie zum Tode.

Ebenso ist es denkbar, daß neue Generationen von Drogen das Heroin substituieren könnten und es allmählich auf eine dann historische Rolle reduzieren. Was sonst sollten die Pharmagiganten oder die Mafia in Zukunft noch anbieten können außer den Pillen gegen die Leiden, wenn nicht Pillen für mehr Lust und HighPerformance. Der Begiff der illegalen Drogen schrumpft zum Residuum einer moralischen Vorstellungswelt, die, noch wirksam, schon der Vergangenheit angehört. Der Gegensatz von legal und illegal wird sich in einem Spektrum optimierter kleiner Helfer völlig auflösen. Heroin, Kokain, Alkohol und Cannabis, Ecstasy, differenzierte Gefühlsverstärker oder Dämpfer wie Valium und Prozac, smart pills gegen das schlechte Gedächtnis, Hormone gegen Haarausfall und Viagra für die Abgeschlafften. Diese Liste wird sich noch lange verlängern lassen.

Für die Süchtigen ist das eigentliche Problem gelöst, sobald sie den benötigten Stoff bekommen. Für die kapitalistische Gesellschaft besteht das Drogenproblem neben moralischer Hysterie dagegen in einer allgemeinen Herausforderung der Gebrauchswerte der »normalen« Waren. Die künstlichen Paradiese des Konsums, die Einkaufstempel jeder Art, verblassen im Angesicht des ultimativen und umstandslosen Kicks. So wie dieser erst den emotionalen Antrieb für die Akkumulation und damit für die Entwicklung



des Kapitalismus darstellt, ist er gleichzeitig eine Bedrohung für die Warengesellschaft, weil er den notwendigen Konsum von Otto Normalverbraucher als farblose und langweilige Angelegenheit entwertet. Die Verbreitung der Sucht droht, solange das chemische Glück dem durch andere Waren vermittelten überlegen bleibt. Drogen erfordern demnach stets die Schaffung und Bereitstellung von zufriedenstellenden Surrogaten – ausreichend attraktiver »domestizierter« Kicks, die die Dynamik der Sucht in Schach halten und kanalisieren sollen. Diese Ausdifferenzierungen treten der zu rigorosen Wirksamkeit des Heroins entgegen und ermöglichen eine nachhaltigere Entwicklung der Drogenwirtschaft.

Die Beseitigung des Mangels in den Nationalstaaten, das Wecken und Befriedigen von Wünschen durch die Libidoökonomie, die Produktion der Bedürfnisse und der künstlichen Paradiese durch die Systeme der Simulation, so sind die Phasen der ökonomischen Transformationen von Denkern wie Deleuze, Lyotard oder Baudrillard skizziert worden. Antworten auf Verwertungskrisen waren immer auch das Abtasten der Sehnsucht und die darauffolgende Steigerung der Reize. Die Verbreitung der Drogen paßt so nahtlos in diese Entwicklung, daß sich die Frage aufdrängt, ob es sich dabei um eine Folgeerscheinung oder um einen zentralen Antrieb der Umwälzungen handelt. Im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus mußte der Verzicht der Verschwendung weichen, die Sexualität »befreit«, die Askese durch Hedonismus ersetzt und der Nutzen der Ware gegen die Ekstase des Konsums getauscht werden. Das andauernde Diktat des Mehrwerts hat den Lustgewinn in eine emotionale Profitmaximierung transformiert und die Ökonomie in eine Drogenökonomie. Die Überbietung ist ins Zentrum aller Wünsche gerückt. Da können die Drogen in einem allgemeineren Sinne überall nur auf dem Vormarsch sein.

Die Neuigkeiten aus Wissenschaft und Technik sprechen eine deutliche Sprache. Das Zauberwort »Neu«, das lange die Steigerung irgendwelcher Qualitäten markierte, hat dabei allerdings schon ausgedient. Beim Fortschritt des Kapitalismus ist beschleunigte Steigerung gefragt. Auch die Technik muß high werden, um eine ausreichend attraktive Differenz zum Vorhandenen auszudrücken.

## HighEnd HighSpeed HighChem HighTech & High Performance

► Dem technischen Taumel entsprechende Höhenflüge sind auch aus dem immer mehr gesellschaftlichen Raum einnehmenden Bereich des Sportes zu vermelden. Auch hier geht es immer mehr um Kicks durch Steigerung, darum, immer neue Wege und Möglichkeiten zu erproben, die die Lust auf körpereigene Drogen befriedigen sollen. Nicht selten geht mit den sog. neuen fun-Sportarten ein szenespezifischer Drogengebrauch einher, sind Kiffen und Streetball zwei Komponenten desselben Lifestyles. Im Sport/Drogen-Diskurs geht es aber auch um die Frage nach der Perfektionierung des menschlichen Körpers mit Hilfe leistungssteigernder Substanzen. Längst ist der moralische, soziale oder gar gesundheitliche Wert des Sportes à la Turnvater Jahn zur Sekundärtugend verwelkt. Heute zeugt dieser Glaube an den Sport nur noch von Einfalt. Antonio Samaranch, Präsident des IOC, fordert, nachdem er den Amateursport und die Olympischen Ideale liquidiert hat, ganz unverblümt Doping für alle. Jeder Sportler soll spritzen und schlucken was er kann, sofern dies nicht seiner »Gesundheit« schadet. Samaranch, das Schlitzohr, will die Frage nach legalem und illegalem Doping in die Entscheidungsgewalt der Ärtzte legen.

Diese Medikalisierung des Sportes ist eine vollkommene Parallele zur Medikalisierung des Konsums harter Drogen. Man bekommt, was man braucht, harte Muskelmacher oder Heroin, aber nur auf Rezept. Mit zunehmender Radikalisierung seiner Überbietungs- und Steigerungslogik, der Lust, an Grenzen zu stoßen und diese vielleicht zu durchbrechen, offenbart der kapitalistische Sport vor allem durch das Doping sein Wesen als Drogenritual. Trotzdem verklären die Anti-Drogen-Pädagogen den Sport nach wie vor als die Antithese zum Drogengebrauch und glorifizieren vermeintlich gesunde Körper gegenüber der vermeintlichen physischen Verweigerungshaltung der Drogenkonsumenten. Das Ergebnis sind die plakativen Paradoxien, die uns offen sichtlich mit dem marlborobeklebten, adrenalin- oder todessüchtigen Formel-1-Idioten als Alternative zum Drogengebrauch entgegenrasen. Unfreiwillige Komik und Drogenreklame in einem, denn nicht das treudoofe Verzichtsgesicht auf den »Keine Macht den Drogen«-Plakaten, sondern der schampusspritzende penetrante Siegertyp Michael Schumacher steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. So wenig wie er eignen sich denn auch alle anderen Popstars zur Antidrogenpropaganda. Gerade die Popkultur – einst integraler Bestandteil der Revolte, längst integraler Bestandteil der Industrie – operiert mit den Zeichen der Übertretung und Überbietung und steht mit dem von ihr propagierten Lifestyle für alles andere als Abstinenz. Wen interessieren schon die bekennenden und bereuenden Ex-Junkies im Showgeschäft oder ein zur Abwechslung mal nüchterner Harald Juhnke?

## Von der archaischen Akkumulation zum Technotribe

► Formen der Vorstellung, die den spätkapitalistischen Steigerungsphänomenen entsprechen, lassen sich schon im Rausch vergangener Zeiten finden. Die damaligen Drogenrituale können auch als Arche- oder Prototyp moderner Akkumulationsphantasmen gedeutet werden. Mircea Eliades Untersuchungen zu »Schamanismus und archaische(r) Ekstasetechnik« bieten eine Fülle von Hinweisen auf die zentrale Bedeutung der Ekstase in beinahe ausnahmslos allen Frühformen religiöser Ideen. Das wesentliche strukturelle Element dieser Erfahrungen besteht im »außer sich sein«, im Überschreiten der Körper- oder Ich-Grenzen, im Auffahren in die sieben Himmel und den Abstieg in sieben Unterwelten. Die notwendigen krisenhaften Erschütterungen werden dem Subjekt durch

die verschiedensten Trance- und Ekstasehandlungen vermittelt. Die Einnahme psychotroper Pflanzen spielte dabei nicht von ungefähr eine entscheidende Rolle. Die Beeinflussung durch eine im Zentralnervensystem aktive Substanz stellt seit langem die direkteste und effizienteste Technik zur Erschütterung des Alltagsbewußtseins dar. Geändert hat sich in den letzten Jahrtausenden lediglich, daß der Verzehr ausgewählter Planzen um die Einnahme speziell konfektionierter Moleküle erweitert worden ist.

Die Erfahrung der Transzendenz im Rausch setzt eine Grenze voraus, die vom Normalbewußtsein ohne weiteres nicht überschritten werden kann. Aber nicht in der Transzendenz, sondern in der Transzendierbarkeit, in der Möglichkeit der Übersteigung, liegt der Sinn des Geschehens. Die Transzendenz ermöglicht nur das mehr oder weniger statische Konstrukt eines Jenseits, die Transzendierbarkeit dagegen eine immer wieder wiederholbare Überschreitung. Es geht um den Nachweis, daß keine empfundene oder vorgestellte Grenze eine endgültige sein kann. Ein endgültiges Ende wäre gleichbedeutend mit dem Verlust allen Sinns und Wertes, nur eine Maschine könnte unter dieser Bedingung ungerührt weitermachen. Die Menschen drängt es zur Suche nach Transzendenz, um durch das Aufschieben des Endes der Vernichtung des Wertes vorzubeugen. Trance, Rausch und Ekstase ermöglichen die Reproduktion der sinnstiftenden Phantasmen der Akkumulation. Schon die urtümlichen Formen der Transzendenz haben also wenig mit der Rückbindung des Menschen an Gott zu tun, sondern können als Antizipation der Rückbindung des Wertes an die Akkumulation gelesen werden.

**Drogenrituale gehören zum Kapitalismus wie einst die protestantische Ethik**

Die meisten Phantasmen der Religion sind inzwischen durch die diesseitigen Heilsversprechen des Kapitalismus entzaubert und ersetzt worden. Die statische Transzendenz eines göttlichen Wesens hat ausgedient, doch die Akkumulation geht weiter. Und die eingeübten archaischen Rituale der Überbietbarkeit wirken in den Werten der bürgerlichen Aufklärung und der Moderne fort. Die Drogen haben dabei nur ihre religiöse Bedeutung verloren und dafür eine emotionale gewonnen, denn die diesseitige Transzendenz des Warenparadieses ist permanent durch Sinnausfall bedroht. Nur vordergründig stehen Drogen den bürgerlichen Werten entgegen, in Krisenzeiten ermöglichen sie dem Bewußtsein, neue Werte durch neue Phantasmen zu erschaffen. Der subversiv verstandene Drogengebrauch der Alternativkultur in den Sechzigern ist dafür ein ebenso anschauliches Beispiel wie die als angepaßt verunglimpften Drogenrituale der Technoszene. Im Fieber der Studentenrevolte erschienen die psychedelischen und »bewußtseinserweiternden« Substanzen als Waffe gegen die barbarische Sinnlosigkeit der Reproduktionsmaschinerie. Heute kann man genauer sagen, daß es sich nicht um Angriffs- sondern um Abwehrwaffen gehandelt hat. Letztlich lieferten sie Kompensationsmöglichkeiten für den Sinnverlust der Nachkriegsökonomie, die heute in verschiedenen Sparten der Bewußtseinsindustrie ausgebeutet werden.

Aus dem »fight the system« jener Tage ist das »ignore the system« der Technonomaden geworden, wobei im Feuilleton und innerhalb der linken »Sub«-Kultur darüber gestritten wird, was denn nun der richtige Widerstand im Falschen wäre. Die gegenwärtige Ignoranz mag für die 68er Kiffer unpolitisch sein, auf alle Fälle ist sie illusionsloser als der eingebildete Gegensatz zum ökonomischen Apparat. Genaugenommen waren die Kämpfe der heute Etablierten auch nur Scheingefechte. Unter diesen Bedingungen reimte sich Lustgewinn noch auf Sinn, es war eben die Jugendzeit der Libidoökonomie. Techno spielt dagegen schon mitten im Zeitalter der Simulation. In seinen Drogenritualen dient der Rausch nicht mehr zur Steigerung des Sinns, sondern zur Produktion von Differenz. Techno ist schon rasender Stillstand, denn mit der Simulation besteht der Sinn des Drogengebrauchs nicht mehr im Angriff oder der Verteidigung des Wertes, sondern in der Abwechslung, Zerstreuung und Betäubung. Die Frage nach dem Sinn erfolgreich zu umgehen, stellt das Fortbestehen der Akkumulation um der Akkumulation willen sicher.

Drogenrituale gehören inzwischen zum Kapitalismus genauso wie einst die protestantische Ethik oder die Erfindung der Dampfmaschine. Zu sehr sind Kapital und Droge miteinander verbunden, als daß man Drogen mit widerständigem Potential in Verbindung bringen könnte. Das Gerede von einer drogenfreien Gesellschaft macht ebenso wenig Sinn, denn die Kicks der Börsenmakler und die der DrogenbenutzerInnen gleichen sich ihrem Wesen nach. Alle Drogen sind Waren und umgekehrt. Man sollte endlich die moralischen Bedenken über Bord werfen und Drogen als das betrachten, was sie sind: Durchaus nicht zu beseitigende Zeitgenossen, die den Kapitalismus eher weiterentwickeln helfen als gefährden. Immerhin, für die subversiv gesinnten Insassen des Stahlgefängnisses gilt nach wie vor: Wenn Drogen den Kapitalismus schon nicht abschaffen können, so können sie ihn doch wenigstens etwas erträglicher machen.

---

▶ **Dominik Bloedner** und **Thomas Cernay** vereinen Kultursoziologie und Chemie. Sie sind Mitarbeiter des **iz3w**.

# Fest ohne Bedeutung

## Ein Gespräch über Tajjib Salichs Roman »Zeit der Nordwanderung«



Foto: T. Voeten / ROPI

*Mit seinem Roman »Zeit der Nordwanderung« ist Tajjib Salich 1966 in der arabischen Welt sozusagen über Nacht berühmt geworden. Erst jetzt wurde sein Buch ins Deutsche übersetzt. Die iz3w sprach mit dem Literaturwissenschaftler As'ad E. Khairallah über die Rezeptionsgeschichte des Romans und die darin verhandelte Haßliebe zwischen Orient und Okzident. Eine kurze Besprechung des Romans findet sich auf der folgenden Seite.*

▶ **Sigrid Weber:** *Tajjib Salichs Roman gilt als ein Kultbuch unter arabischen Intellektuellen. Warum?*

▶ **As'ad Khairallah:** Salichs Roman erschien zunächst nicht als Buch, sondern in der Beiruter Literaturzeitschrift Hiwâr (»Dialog«) komplett in einer Nummer. Das war vor mehr als dreißig Jahren, und wir waren tatsächlich alle fasziniert. Noch nie hatte es ein Werk gegeben, das die Haßliebe zwischen dem Orient und dem Okzident, zwischen der arabischen Welt und Europa in dieser Dichte wiedergegeben hätte. Und diese Haßliebe spiegelte ja unsere eigene Erfahrung. Viele von uns hatten in Europa studiert, ich selbst hatte ein Jahr in Deutschland verbracht. Die Leute waren ziemlich europäisiert. Aber es war eine gebrochene Beziehung. Genau das war in dem Roman so gut dargestellt. Ob man wollte oder nicht, hat man sich mit dem Helden Mustafa Said identifiziert, obwohl er einen überzogenen Charakter hatte und ein Extrem in seiner Beziehung zum Okzident darstellte. Aber man fühlte doch, seine Beziehung zum Westen ähnelt in der Problematik der eigenen.

*In dem Roman wird die ambivalente Beziehung zum Westen neben der Bildung als Herrschaftsinstrument ja vor allem über die sexuellen Beziehungen des Protagonisten Mustafa Said dargestellt.*

▶ Die sexuell-erotische Seite des Buches spielte in der Tat für die damalige Rezeption unter den jungen arabischen Intellektuellen keine unerhebliche Rolle. Zum einen war der Macho jeden Tag auf der Jagd und am Verführen, so er konnte, und wenn es nicht gleich klappte, weil die Mädchen nicht so frei waren, dann träumte man von den Frauen in Europa, wo es scheinbar mehr Freiheiten gab. Zum anderen – und das wog noch mehr – identifizierten sich die jungen Männer mit Mustafa Said als großem Eroberer, der versprach, er werde Europa mit seinem Sex erobern. Dahinter steht die Idee, daß der Macho der Dritten Welt die Frau seines Meisters erniedrigt und sich damit an seinem Kolonialherren rächt, von dem er selbst erniedrigt wird.

*Salich hat sehr verschiedene Frauenfiguren konzipiert, mit denen er das Orient-Okzident-Beziehungsgefüge in ganz unterschiedlichen Facetten aufscheinen läßt. Nehmen wir zunächst die »unschuldige« Isabella Seymour und im Gegensatz dazu die »berechnende« Jean Morris.*

▶ Im Grunde genommen sind die beiden Frauen nicht so verschieden, sondern verkörpern nur zwei Seiten ein und derselben Medaille, und die heißt Orientalismus. Isabella Seymour, die glückliche Mutter und Ehefrau in den Vierzigern, hat ein Bild vom Orient, das den romantischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts entspringt und den Orientalen als primitiven Wilden konzipiert. Sie steht für die europäische Frau, die von einem Orientalen allein wegen dessen Exotik angezogen ist. Und dieses Orientbild nutzt Mustafa Said in einer berechnenden, sadistischen Weise aus. Er inszeniert sich vor ihr als der Orientale, stellt sich als primitives und wildes Geschöpf dar, um sie erst zu verführen, bis sie ihm verfällt, und dann abzustoßen. Mustafa Said steht hier für den Kolonisierten, der sich

an weißen Frauen für die Gewalt rächt, die weiße Männer ihm angetan haben.

Auch Jean Morris fühlt sich vom Süden angezogen, aber gleichzeitig verachtet sie ihn. Sie geht auf Mustafa zu, reizt ihn, erregt ihn, um ihn dann mit einem herabsetzenden Lächeln stehenzulassen. Sie begegnet ihm mit dem gleichen sadistischen Kalkül, wie er bisher seine Liebhaberinnen behandelt hat. Von ihr fühlt er sich angezogen, weil sie die weiße Meisterin ist. Jean Morris verkörpert den weißen Unterdrücker, und im Laufe der Beziehung wird ihm klar, daß er sich nur dann von ihr befreien kann, wenn er sie tötet. In einem sexuellen Akt provoziert sie ihn schließlich auch dazu, woraufhin er zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt wird.

*Ganz anders ist ja die Frauenfigur der Husna dargestellt, der Frau, die Mustafa Said nach seiner Rückkehr in den Sudan in einem kleinen Dorf am Nil geheiratet hat. Wie äußert sich da die Haßliebe zwischen Orient und Okzident?*

► Ja, man könnte sagen, daß Husna durch Mustafa Said von der europäischen Kultur angesteckt wurde. Schon als Kind war sie ein wildes Mädchen, das auf Bäume kletterte, mit Jungs kämpfte und mit ihnen nackt im Fluß schwamm. Dieser rebellische Zug setzt sich nach der Heirat mit Mustafa fort. Sie weist bestimmte traditionelle Vorgaben des dörflichen Lebens zurück und nimmt immer mehr die Züge städtischer Frauen an. Als ihr Mann Mustafa im Nil verschwindet, will sie entgegen der dörflichen Sitten nicht mehr heiraten. Von den Menschen im Dorf wird das nicht verstanden, noch nicht einmal akzeptiert. Gegen ihren ausdrücklichen Willen wird sie mit dem Greis Wadd al-Rajjis verheiratet, und Husna macht ihre Drohung wahr und tötet Wadd al-Rajjis. Damit rächt sie sich an der Tradition, in der der Mann die Frau immer noch als Sklavin will. Mustafa Saids Dilemma, zwischen zwei Kulturen zu stehen, setzt sich nach seinem Tod in der Person der Husna fort. So wie sich Mustafa Said gezwungen sah, seine weiße Meisterin Jean Morris zu töten, um sich von ihr zu befreien, muß Husna Wadd al Rajjis und damit die dörfliche Tradition töten.

**»Ich treibe im Wasser, aber ich bin kein Teil von ihm«**

*Und warum nimmt sie sich anschließend selbst das Leben?*

► Weil es für sie als »befreite« Frau, die auch noch gemordet hat, in der dörflichen Gemeinschaft keinen Platz gibt. Eine mordende Frau ist noch unverzeihlicher als ein mordender Mann. Niemand im Dorf will sehen, daß archaischen Traditionen und Gebräuche bei dem Unglück eine Rolle gespielt haben. Im Gegenteil, sie geben den westlichen Ideen, die Husnas Leben verändert haben, die Schuld. Deshalb wollen die Dorfleute den ganzen Vorfall am liebsten auslöschen. Die beiden Toten werden sofort und ohne Zeremonie begraben.

*Was macht denn das Buch bis heute so interessant?*

► Die Begegnung und Konfrontation zweier Kulturen, die zudem in sich selbst widersprüchlich erfahren werden, stehen im Mittelpunkt, und das sind aktuelle Fragen. Das Verhältnis von Tradition und Moderne, die Unterdrückung von Frauen etc. sind Probleme, die im Sudan und anderen arabischen Ländern bei weitem nicht gelöst sind. Tajjib Salich hat all diese Themen literarisch aufgenommen und sie aus unterschiedlichen Blickpositionen zueinander in Beziehung gesetzt. Und das vor dreißig Jahren. Unsere Probleme sind noch da, und das macht sein Werk bis heute interessant.

Tajjib Salich war seiner Zeit voraus, auch Edward Said und dessen Orientalismuskritik. Edward Said hat dargestellt, daß der Orient ein Konstrukt ist, und man sich ein Bild von ihm macht, um ihn zu besitzen und zu erniedrigen. Das hat Salich bereits zwölf Jahre vorher in Szenen beschrieben, in denen Mustafa Saids Liebhaberinnen diesen zum wilden Tier stilisieren. Oder in der Art und Weise, wie seine ehemaligen Oxford-Profes-

# Die Zeit der Nordwanderung

## Eine Buchbesprechng

von **Ludwig Ammann**

► *Die Zeit der Nordwanderung* ist unsere Gegenwart, die sich schon in den zwanziger Jahren der Romanhandlung ankündigte: die Zeit der Migration, als sich die Kolonisierten des Südens in den Norden aufmachen. Damals vor allem als Studenten, nicht anders übrigens als der Autor. Zwei solche Wanderer sind seine Helden. Der Erzähler, der in die heile Welt seiner Kindheit zurückzukehren glaubt, das Dorf am Nil, das Salich mit der Kraft der Sehnsucht in aller Sinnenpracht wiedererstehen läßt; und Mustafa Said, der sein Vorleben verheimlicht. Der Erzähler entdeckt die Wahrheit: Mustafa Said war ein brillianter Kopf, der in London als Ökonom zu Ehren kam – und ein eiskalter Verführer, dessen Opfer sich umbrachten. Der schmerzvolle Lustmord an seiner englischen Frau ist der Höhepunkt eines Romanes, der die Haßliebe zwischen Orient und Okzident kühn im Sexuellen aufspürt und auf die Spitze treibt.

Für seine Bewunderer ist Mustafa jemand, der die Unterwerfung Afrikas mit sexuellen Eroberungen vergilt. Der Erzähler hält das für eine melodramatische Phrase. Genau das macht den Roman so faszinierend: daß er immer auch die Kehrseite bedenkt, sich mit vordergründigen Anworten nicht zufrieden gibt. Nicht der übliche Kulturschock wird Mustafa zum Verhängnis, der nie in der Heimat verwurzelt war. Es ist die wechselseitige Stilisierung der Kulturen, die eine grausame Lust an Herrschaft und Unterwerfung schürt. Der heiße Süden dürstet nach dem kalten Norden und umgekehrt. Dieser Exotismus macht Menschen zu Symbolen, macht Mustafa zum schwarzen Gott, dem sich weiße Sklavinnen opfern – eine Tragödie.

Damit hat Tajjib Salich Edward Saids spektakuläre Orientalismus-Kritik um ein Jahrzehnt vorweggenommen. Und auch gedanklich schlägt der Dichter den Essayisten um Längen: Denn Said will nur die Herabsetzung des Orients wahrhaben, als gäbe es nicht auch das Gegenteil, seine Vergötzung – und, seitens des Orients, einen ebenso ambivalenten Okzidentalismus. Salich dagegen kennt keine taktischen Tabus und übt schon damals auch Selbstkritik, schildert die Korruption des postkolonialen Regimes und läßt die Witwe des verschwundenen Mustafas den Mann umbringen, der sie gegen ihren Willen heiratet. Das nimmt die Kritik heutiger arabischer Intellektueller an den patriarchalischen Strukturen ihrer Gesellschaft vorweg: Tajjib Salich wies den Weg. Auch literarisch. Denn *Zeit der Nordwanderung* ist ein perfekt konstruiertes Erzählwerk voller Echos und Spiegelungen; dramatisch bis zum Schluß und mit einem dunklen Kern, der an Batailles Analyse der erotischen Ekstase erinnert. Kurzum: Das Buch ist ein Meisterwerk, das der Begegnung der Kulturen wirklich auf den Grund geht.

► *Tajjib Salich, Zeit der Nordwanderung, Lenos Verlag 1998, 191 Seiten, DM 34,-.*

soren als Zeugen während seines Prozesses ihre Fassungslosigkeit über den Mord an Jean Morris äußern: Er habe doch nun genügend Kultur von ihnen gelernt, er sei intelligent, könne reden, rechnen – als ob er ohne den »zivilisierenden« Einfluß der europäischen Bildungsinstitutionen ein Tier sein müsse.

*Inwieweit geht denn Salich über Edward Saids Orientalismus-Kritik hinaus?*

► Edward Said hat ein fast ideologisches Buch geschrieben, er sieht nur ungern die andere Seite. Salich ist da anders. Als der Ich-Erzähler aus England ins Dorf zurückkehrt, wird er gefragt, wie denn die Leute dort seien, wie die Frauen dort seien, ob sie nicht beschnitten seien, etc. Und alle lachen. Das ist das Gegenbild von dem, wie sich Europäer ihr Bild vom Orient machen, um ihn zu besitzen und ihn sich als minderwertig vorzustellen. Und was antwortet der Erzähler? Er sagt, das sind Menschen wie wir. Sie haben ihre guten Seiten und ihre schlechten Seiten, sie sind wie wir. Salich zeigt damit, wie auch wir uns unser Bild von Europa machen, eine Art Okzidentalismus. Das finde ich schon eine tolle Haltung.

Edward Saids Buch löste auch eine starke Welle von Anti-Orientalismus in der arabischen Welt aus. Man verdächtigte jetzt jeden Orientalisten der Kollaboration mit den Kolonialisten. Sie hätten immer den Kolonialherren ihr Wissen über den Orient weitervermittelt und es ihnen damit leichter gemacht, das Land zu beherrschen. Und die Orientalisten hätten ausschließlich ein abwertendes und reduziertes Bild vom Orient gezeichnet. Bei Salich entsteht durch seine Romanfiguren, vor allem durch den Ich-Erzähler und Mustafa Said, viel mehr Ausgeglichenheit und Differenzierung.

*Sowohl der Ich-Erzähler als auch Mustafa Said haben ja einen ganz ähnlichen Lebensweg hinter sich. Beide sind aus dem Sudan, sind zum Studium nach England gegangen und kehren wieder in den Sudan zurück. Beide kennen die unterschiedlichen kulturellen Kontexte, aber sie ziehen ganz andere Konsequenzen aus ihren Erfahrungen.*

► Mustafa Said ist ein Schauspieler, der sein ganzes Leben lang etwas Falsches vorgespielt hat. In England hat er sich als wilder Schwarzer inszeniert, um Frauen zu verführen, hat aber auch als Wissenschaftler Karriere gemacht, publiziert und Vorträge gehalten. Zurück im Dorf spielt er den rechtschaffenen Bauern und hält gleichzeitig ein Zimmer mit zahllosen Büchern und Bildern aus seiner englischen Vergangenheit im verborgenen.

Mit dem Ich-Erzähler verhält es sich anders. Es gibt Situationen, in denen er in der Person des Mustafa Said beinahe verschwindet und solche, in denen er sich sehr distanziert zu ihm in Beziehung setzt. Der Ich-Erzähler ist gleichsam das Alter Ego von Mustafa Said, aber er zieht aus seiner Geschichte eine andere Konsequenz: Er entscheidet sich für das Leben. Nach der Mordgeschichte von Husna, die er geliebt hat, und der Entdeckung Mustafas geheimen Zimmers gerät seine Welt für einen Moment aus den Fugen. Er will seine Wut im Nil abreagieren, aber in der Mitte des Flusses gerät er in eine Situation zwischen Leben und Tod. Einen Moment lang zögert er und entscheidet sich dann doch für das Ufer. Und das hat nichts mit Schauspiel zu tun, sondern hat einen Sinn, er hat das Leben gewählt, ein Leben, das für mich Versöhnung heißt. Und weil er am Leben geblieben ist, kann er uns diese Geschichte erzählen.

*Damit könnte man ja auch den Ich-Erzähler als den eigentlichen Helden der Geschichte ausweisen. Dennoch steht in der Rezeption immer Mustafa Said im Vordergrund. Warum?*

► Said ist gewaltiger, faszinerender, boshafter. Der Erzähler hingegen bleibt nett, sauber und ordentlich, und entspricht irgendwie mehr dem regular run of people. Er strahlt nicht diesen Mut, diese Extremität aus. Mustafa Said ist ein Extrem und wirkt deshalb faszinierender. Wenn es Haß gibt, dann Mord. Wenn es Liebe gibt, dann total. Wenn es ein Zurück zum Land gab, dann eben absolut. Während Mustafa Said nach einem sexuellen Erlebnis sagt: »Solch ein Augenblick der Ekstase wiegt für mich das ganze Leben auf«, definiert der Erzähler seine Beziehung zum Leben am Ende des Romans mit den Worten: »Ich treibe im Wasser, aber ich bin kein Teil von ihm.« Der Erzähler wirkt im Vergleich zu Mustafa Said fast lauwarm. Ich glaube wie gesagt, man ist viel mehr von diesem Extremfall angezogen. Aber eben durch diese Darstellung von Extremen bringt Salich das aus uns heraus, was in unserem Innern an Boshaftigkeit versteckt ist und was wir bedeckt halten wollen. Er zeigt uns, wie falsch und kriminell wir sein können. Er zeigt uns unsere Begierden, er zeigt uns die Exzessivität des Leidens. Und er führt uns vor, wie man die Dinge zu ihrem logischen Ende bringen kann.

*Den stärksten Eindruck hat auf mich das siebte Kapitel hinterlassen, die Reise und das Fest in der Wüste. Eigentlich führt sie im Roman nirgendwo hin, hat weder einen Bezug zu Mustafa in England noch zum Erzähler im Dorf. Wie interpretieren Sie diese Szene?*

► Es geht hier um die Konfrontation mit der Wüste, die als Sinnbild steht für den Tod, im Gegensatz zur lebensspendenden Kraft des Nils. Nach der tödlichen Hitze des Tages treffen sich rein zufällig Menschen an einem Ort, inmitten von Nirgendwo in der Wüste. Aus der Zufälligkeit und dem Nichts entsteht ein Fest. Die Autos werden zu einem Kreis angeordnet, und sie beleuchten den Platz wie eine Bühne. Menschen, die sich nicht kennen, bevölkern die Bühne, singen, tanzen, lachen und trinken. Aus dem Nichts sprudelt das Leben, und es wird ein Lied gesungen für das Nichts, ohne Sinn und ohne Zweck. Als Literatur ist das ein selten schönes Stück, aber es ist auch zentral für den Roman, denn es ist das Gegenstück zu Mustafa Said, dessen Leben in Rollen verschwindet. Die Szene symbolisiert eine Bejahung des Lebens, so wie sich auch der Ich-Erzähler am Ende des Romans inmitten des Nils für das Leben entscheidet. In ihr steckt das Aufbegehren gegen die Trockenheit des Daseins, wenn auch nur für einen kurzen Moment, ohne Kontinuität. Um es in den Worten von Salich zu sagen: »Es war ein Fest ohne Bedeutung, nur ein Verzweiflungsakt aus dem Stegreif, so wie die kleinen Wirbelwinde spontan in der Wüste aufleben und wieder in sich zusammenfallen.« Am nächsten Morgen ist alles vorbei, jeder geht wieder seine eigene Richtung, die einen nach Norden, die andern nach Süden, aber alle den Nil entlang.

► **Tajjib Salich** wurde 1929 im Sudan in einem Dorf am Nil geboren. Er besuchte eine englische Schule und studierte dann am Gordon College, der späteren Universität von Khartum, zunächst Agrowissenschaften, aber bald darauf Literatur. Anfang der fünziger Jahre ging er nach London, arbeitete dort für das internationale Programm der BBC und studierte nebenher Politikwissenschaften. Als Mitarbeiter der UNESCO blieb der mittlerweile pensionierte Schriftsteller immer ein Wanderer zwischen den Welten. Heute lebt er in London.

Tajjib Salich hat sich nie so recht als Schriftsteller begreifen wollen, vielleicht ist deshalb seine literarische Produktion relativ gering geblieben. 1953 gab er seine erste Kurzgeschichte mit dem Titel *Eine Palme am Bach* heraus, sieben Jahre später folgten weitere, die zu den bekanntesten arabischen Kurzprosawerken gehören: *Eine Handvoll Datteln* und *Die Daumpalme von Wad Hamid.* 1964 erschien *Die Hochzeit des Sain*, danach die *Zeit der Nordwanderung*, sein bekanntestes Werk, und zuletzt der Roman *Bandarsâh*. Alle Werke Tajjib Salichs kreisen um ein großes Thema: den Einfluß des Westens auf Menschen, die in der traditionellen sudanesischen Gesellschaft leben oder ihr entstammen.

---

► **As'ad Khairallah** ist Professor für arabische Literatur und lehrt derzeit an der American University of Beirut.
► **Sigrid Weber** ist Mitarbeiterin der **iz3w**.







BAB EL-OUED CITY, von Merzak Allouache, Arsenal Filmverleih

# Das Recht auf das eigene Bild

## Ein Streifzug durch das arabische Kino

von **Jörg Tiedjen**

**In seinem Aufsatz über »Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit« schreibt Walter Benjamin von dem legitimen Anspruch der Menschen, sich selbst in Filmen darzustellen. Dieses Recht auf das eigene Bild war für das Kino der arabischen Länder während des Kolonialismus nur schwer einzulösen. Teilweise jedoch ist es gelungen, den westlichen Projektionen ein eigenes Bild entgegenzusetzen. Schade nur, daß diese Filme, wie auch die neueren arabischen Filme, so selten in deutschen Kinos zu sehen sind.**

► Schon bald nach Erfindung des Kinos wurde in vielen arabischen Ländern[1] versucht, eigene Filme zu drehen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sollte dies aber lange so gut wie unmöglich bleiben. Der Kolonialismus plünderte nicht nur Ressourcen, er formte auch das kulturelle Antlitz der arabischen Welt nach den eigenen Vorstellungen.[2] Die Filmpolitik hatte dabei die wichtige Funktion, der westlichen Hegemonie entsprechende Denk- und Verhaltensmuster zu erzeugen. So drehte insbesondere die Kolonialmacht Frankreich eigene arabische Filme, die mit der arabischen Wirklichkeit rein gar nichts zu tun hatten.

Das einzige arabische Land mit einer umfangreichen, kontinuierlichen Filmproduktion, deren Anfänge bis in die frühe Stummfilmzeit zurückreichen, ist Ägypten, das trotz einer ersten formalen Unabhängigkeitserklärung 1922 de facto bis in die 50er Jahre hinein britisches Protektorat blieb. Ebenfalls 1922 gründete der Ökonom Talaat Harb mit im ganzen Land gesammelten Mitteln die unabhängige Misr-Bank. Diese investierte in den Aufbau einer ägyptischen Filmindustrie, vor allem eines Studios in Gizah, das 1935 seine Arbeit aufnahm.

Die ägyptische Filmindustrie konnte noch auf ein weiteres Kapital bauen: Viele ägyptische, in Ägypten ansässige oder ins Land berufene Künstler und Intellektuelle waren an der Entstehung des ägyptischen Films beteiligt, darunter einflußreiche Frauen, von denen viele in einer aktiven Frauenbewegung engagiert waren.[3] In der ganzen arabischen Welt bis heute ungebrochen populäre Sänger und Sängerinnen wie Mohammed Abdelwahab und Umm Kulthum spielten die Hauptrollen in Musikfilmen wie »Al Warda al beida – Die weiße Rose« oder »Wedad«, die das ägyptische Kino rasch in der ganzen arabischen Welt beliebt machten.

### Antikolonialistischer Film

► Von nun an waren die ägyptischen Filme eine Realität, an der man nicht mehr vorbeikam: Zum ersten Mal gelang es, ein anderes Bild der arabischen Wirklichkeit zu zeichnen als etwa die französischen Kolonialfilme mit ihren Märchen von den überlegenen, selbstlosen Europäern und den glücklich zivilisierten Eingeborenen, bedroht allenfalls durch barbarische Mudjahedin oder finstere Nazis. Westliche Produktionen haben nie aufgehört, diese Mythen zu erzählen.

Allerdings hatten es arabische Filme immer schwer, die Wirklichkeit darzustellen. Schon 1938, unmittelbar nach seinem Start in den Kinos, rief der Film »Lashin« die allgegenwärtige Zensur auf den Plan und mußte wieder vom Programm abgesetzt werden. »Lashin« bedient sich eines historischen Sujets aus dem Mittelalter, als mongolische Reitertruppen kurz davor standen, Ägypten zu erobern. »Lashin« beschreibt auf schlichte Weise, wie Kolonialismus funktioniert: Eine ausländische Macht verlangt Zugang zu den Reichtümern eines Landes. Wenn sie das Land nicht erobern kann und die Regierung dem Begehren nach »freiem Welthandel«, d.h. Knebelverträgen und Sonderkonditionen, nicht nachgibt, wird sie versuchen, die Regierung durch Kollaborateure zu unterwandern. An die Macht gelangt, belohnen diese die fremde Unterstützung, durch die sie für immer kompromittierbar sind, indem sie den Bedingungen der ausländischen Macht zustimmen – zu Lasten der einfachen Bevölkerung, die schließlich sowohl für die ausländischen Tributforderungen als auch für die neugeschaffene Elite aufzukommen hat. Und wenn sie nicht will, dann wird sie von Polizei und Militär dazu gezwungen.

Der ägyptische und arabische Film ist eher in der Stadt beheimatet. Gleichwohl berich-




AL MASSIR von Youssef Chahine, KOOL Filmdistribution



HALFAOUINE – ZEIT DER TÄUME von Ferid Bougherdir, Arsenal Filmverleih

ten heute eine ganze Reihe arabischer und ägyptischer Filme von der Situation auf dem Land. In dem ägyptischen Film »Arack el-Balah – Der Palmwein« treiben Abgesandte einer pharaonischen Macht die männliche Bevölkerung in die Stadt. »Wollt ihr wirklich noch so leben wie in vergangenen Zeiten?« Die Oase wird nicht mehr richtig bewirtschaftet. Zudem werden Konflikte unter der verbliebenen Bevölkerung lanciert, die unter Berufung auf atavistische Traditionen, die zum Beispiel die Blutrache vorschreiben, eskalieren. Ähnliches ist in dem algerischen Film »L'Arche du Désert – Die Wüstenarche« von Mohammed Chouikh zu sehen, einer Parabel über die Massaker in Algerien.

In dem tunesischen Film »El Haimoune – Die Wüstenwanderer« von Nacer Khemir irren die Männer einer Oase ziellos durch die Wüste. Es ist die Wüste einer zerschlagenen Ökonomie und Kultur, in der die meisten gezwungen sind, wollen sie sich und ihre Familien ernähren, Beschäftigung im subventionierten Norden, der Stadt oder im Ausland zu suchen.[4] Zurück bleiben Alte, Kinder und Frauen. Das Geheimnis, wie man in der zunehmend unwirtlicher werdenden Gegend leben kann, ist verloren gegangen. Der alte Scheich, der das Wissen in Form eines Buches hütet, ist erblindet. »Elend, Armut, Verzweiflung« kennzeichnen für den Regisseur die Lage im Süden. Zwar ist es ihm gelungen, vor allem auch in seinem zweiten Film »Tawk al hamama al mafkoud – Das verlorene Halsband der Taube« schöne Bilder aus Tunesien zu zeigen, die geradezu für den Besuch dieses Landes werben. Aber direkt neben den gefilmten Schauplätzen liegen Ruinen.

## Algerischer Film

► Bis in die 80er Jahre hinein galt Algerien als das Musterland der Dritten Welt. Doch diese Illusion war schnell verflogen. Mohammed Chouikh hat mit seinem Film »Youcef, ou la légende du septième dormant – Youssef oder Die Legende von den Siebenschläfern« eine böse Parabel auf die jüngere algerische Geschichte gedreht. Aus der Sicht eines alten FLN-Kämpfers, der in einem Feuergefecht mit den Franzosen das Gedächtnis verloren hat und Ende der 80er Jahre aus der Psychiatrie flieht, in der er bis dahin wie ein Gefangener untergebracht war, scheint es die Unabhängigkeit nie gegeben zu haben: ein Kollaborateur ist zum Funktionär avanciert, die Frauen sind verschleiert, nach dem Familiengesetz ihrer bürgerlichen Rechte beraubt, die einfache Bevölkerung steht um Brot an, durch die Wälder ziehen bewaffnete, marodierende Banden. War der so schwer errungene Sieg über die Franzosen ein Pyrrhussieg?

**Die Drahtzieher des Bürgerkrieges bleiben auf vielsagende Weise anonym**

Aufgrund der Zensur kann es im algerischen Film ebenso wenig wie in der Presse ein klares Bild von den Parteien geben, die sich gegenwärtig einen blutigen Bürgerkrieg um den Zugriff auf die reichen Ressourcen des Landes liefern. In den Filmen des algerischen Regisseurs Merzak Allouache bleiben die Drahtzieher auf vielsagende Weise anonym. Man kann sich jedoch denken, wer hinter den Dunkelmännern und Killerkommandos in BMWs steht, die Kontakte zu möglichen Kollaborateuren halten, diese oft erpressen. So zum Beispiel einen Journalisten in Allouaches neuestem Film »Alger/Beyrouth, pour mémoire – Algier/Beirut, zur Erinnerung«, der deshalb einen Kollegen verrät. Als dieser ermordet wird, flieht der Journalist in das zerstörte Westbeirut, wo er die Möglichkeit hat, als Setzer in einer Druckerei zu arbeiten. Hier trifft er eine französische, aus dem Libanon stammende Kollegin, die die Stadt zum ersten Mal seit Ende des Bürgerkrieges wieder besucht. Der Film zeigt die Geschichte ihrer Annäherung in einem bereits verwüsteten Land. Indem er die Vorgeschichte des Journalisten erst nach und nach enthüllt, reflektiert er zugleich die Schwierigkeiten, ein Verständnis von dem gewinnen zu können, was in Algerien, im Libanon oder im Irak geschieht.

In dem Film »Bab el-Oued City« von Merzak Allouache halten die Dunkelmänner im BMW Kontakt zu Said, dem Anführer einer Gruppe von Islamisten. »Bab el-Oued City« spielt kurz vor den Unruhen im Jahr 1988, als die Jugend ihre Zukunft einklagte und für bessere Lebensverhältnisse auf die Straßen ging. Said erhält dafür von den BMW-Fahrern eine Waffe, die ihm später zum Verhängnis wird. Zuvor versucht er mit seiner Gruppe in Bab el-Oued aufzuräumen. Es geht vor allem gegen den Bäckergesellen Boualem, der einen Lautsprecher, über den die Reden des Imam übertragen werden, von seinem Hausdach entfernt hat.

Der Imam vertritt einen toleranten Islam. Doch seine Worte werden nicht mehr gehört, oder sie werden nicht verstanden. Boualem fressen sie sich wie ein Alpdruck in das Bewußtsein. Said deutet sie anders, als sie gemeint sind: »Der Prophet, der von Gott erwählt wurde, sagt: 'Die Reinheit kommt vom Glauben, der Schmutz vom Teufel.' Gehen wir durch unsere Straßen, sind wir vom Schmutz umgeben. Und dieser Schmutz reicht bis vor unsere Tür. Niemand scheint ihn zu bemerken, als ob wir alle blind wären!« Für Said und seine Freunde ist Boualem solcher Schmutz. Ebenso eine Frau, die allein lebt, seit ihr Freund, Anhänger einer linken Gruppierung, verschwunden ist, wahrscheinlich ermordet wurde; ferner die »antennes diaboliques« auf dem Dach und die Pieds noirs, die ihre Heimat besuchen. Unter letzteren befindet sich eine alte, blinde Frau, die als einzige den wirklichen Schmutz zu bemerken scheint: den Geruch,

den die Kanäle von Bab el-Oued ausströmen. Zum Schluß verläßt, wie zuvor bereits Boualem und die einsame Frau, auch der Imam das Viertel. Er versteht die Menschen seiner Gemeinde nicht mehr.

## Geschichte gegen den Strich gebürstet

► Unter den arabischen bzw. ägyptischen Regisseuren ist Youssef Chahine heute der prominenteste. Seit 1950, als er aus den USA, wo er Regie studierte, zurückkehrte, hat Youssef Chahine 32 Spielfilme gedreht: Melodramen und Komödien, Musicals, historische Filme, Krimis – Filme, die heute zu den Klassikern des Kinos der Welt zählen. 1962 realisierte Youssef Chahine einen Film, der wie kein zweiter dem (nicht nur arabischen) Traum von der Unabhängigkeit und Souveränität in Frieden, Wohlstand und Toleranz Ausdruck verleiht: den Film »An Nasir Salah ad-Din – Saladin« über den mittelalterlichen Gelehrten, Sultan der Fatimiden und Anführer eines geeinten arabischen Heeres, das die Kreuzfahrer aus Jerusalem und Palästina vertrieb. Wer wollte, konnte allerdings auch bleiben.

So war die Geschichte bis dahin nur selten dargestellt worden. In westlichen Filmen sind die Kreuzfahrer stets die Guten. Diese Sicht ist jedoch angesichts ihrer Taten zu revidieren, wie überhaupt die herrschende Historiographie, an deren Verbreitung Filme keinen unwesentlichen Anteil haben, »gegen den Strich zu bürsten« (Walter Benjamin) ist. »Saladin« sollte zudem der ägyptischen Politik mit ihrer panarabischen Perspektive eine historische Parallele eröffnen. Saladin erscheint als ein Alter Ego von Präsident Gamal Abdel Nasser. Nasser verwahrte unter seinem Bett eine Kopie des Films, um ihn Besuchern jederzeit vorführen zu können.

In seinem letzten Film »Al Massir – Das Schicksal« hat Youssef Chahine ein historisches Sujet gewählt, das deutliche Parallelen zur Gegenwart aufweist. Bauern sollen von ihrem Land vertrieben werden, Intellektuelle und Künstler sind Opfer eines vorgeblich religiösen Terrors, nicht nur in den arabischen und islamischen Ländern. So beginnt der Film auch nicht in einem arabischen Land, sondern, gleichsam an die Wurzeln des Fundamentalismus gemahnend, im zwölften Jahrhundert im Languedoc: ein Schriftsteller, der unter anderem Werke des arabischen Philosophen Averroes ins Lateinische übertragen hat, wird wegen Blasphemie und Ketzerei von der Inquisition zum Tod auf dem Scheiterhaufen verurteilt. Sein Sohn Youssef flieht nach Cordoba, wo er von Averroes und seiner Familie aufgenommen wird.

Sehr klar benennt Chahine in diesem Film die Konfliktparteien der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in den meisten arabischen, aber auch anderen Ländern: da sind, im Gewande der Spanier, Franzosen oder auch der Inquisition, die Global Player des Weltgeschehens. Da sind die Islamisten, deren führende Köpfe nichts weiter als Agenten des Neokolonialismus sind, der alle Mittel der Intrige und Demagogie bis hin zum blanken Terror ausschöpft, um Regierungen, die eine unabhängige Politik betreiben, gefügig zu machen und die Regierten über die Hintergründe zu betrügen. Und da sind die Intellektuellen und Künstler, im Film Philosophen wie Averroes oder der Sänger Tamim, die zwischen den Fronten zerrieben und zum Schweigen verurteilt werden sollen. Zwar gelingt es am Ende, die Werke des Averroes dem Taumel der Vernichtung, in den Andalusien

# Filmographie und Verleihangaben:

► *Arabische Filme sind bisher nur selten in Deutschland zu sehen gewesen. Die Ausnahme bilden entsprechende Reihen im »Haus der Kulturen der Welt« in Berlin, die auch an andere Kinos verliehen werden, insbesondere Kommunale Kinos und Filmmuseen. Hin und wieder werden arabische Filme im Fernsehen ausgestrahlt, wo sie auch über Satellit aus den arabischen Ländern selbst zu empfangen sind. Das »Institut du Monde arabe« in Paris veranstaltet alle zwei Jahre im Juli das »Festival des arabischen Films«, das nächste Mal im Jahr 2000. Weitere Festivals sind das Karthago-Festival in Tunis und das FESPACO in Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou, die abwechselnd stattfinden, sowie die Filmfestivals in Alexandria und Kairo. Französische Videokassetten können nur mit SECAM-Videorecordern abgespielt werden, Kassetten aus den arabischen Ländern selbst sind selten untertitelt.*

### Ägypten:

► *TAI Warda al beida – Die weiße Rose* von Mohamed Karim (1933)
*WEDAD* von Fritz Kramp (1935)
*LASHIN* von Fritz Kramp (1938)
*AN NASIR SALAH AD-DIN – SALADIN* von Youssef Chahine (1962)
*AL MASSIR – DAS SCHICKSAL* von Youssef Chahine (Ägypten/Frankreich 1997) ist auszuleihen beim KOOL-Filmverleih in Freiburg i.B..
*ARACK EL-BALAH – DER PALMWEIN* von Radwan El-Kashef (1998); dieser im Dialekt gedrehte Film, ein Projekt, das erst nach zehn Jahren realisiert werden konnte, wurde produziert von der von Youssef Chahine gegründeten Produktionsgesellschaft MISR International Films, Fax 0020/2/5788033.

Eine komplette Filmographie für Ägypten bietet der Sammelband *Egypte. 100 ans de cinéma (1995).*

### Algerien:

► *YOUCEF, OU LA LÉGENDE DU SEPTIÈME DORMANT – YOUSSEF ODER DIE LEGENDE VON DEN SIEBENSCHLÄFERN* von Mohammed Chouikh (Algerien 1993) ist im Verleih der Freunde der Deutschen Kinemathek, Berlin, auszuleihen.

*BAB EL-OUED CITY von Merzak Allouache* (Algerien/Frankreich 1994) ist auf 35 mm auszuleihen über den Arsenal-Filmverleih, Tübingen, auf 16 mm über EZEF in Stuttgart oder den Bundesverband Jugend & Film in Frankfurt a.M.. Der Arsenal-Filmverleih führt noch andere arabische Filme in seinem Programm, allerdings durchweg deutsch synchronisiert.

*L'ARCHE DU DÉSERT – DIE WÜSTENARCHE* von Mohammed Chouikh (1997) ist, wie noch weitere arabischen Filme, im Verleih der Freunde der Deutschen Kinemathek, Berlin, auszuleihen

*ALGER/BEYROUTH, POUR MÉMOIRE – ALGIER/BEIRUT, ZUR ERINNERUNG* von Merzak Allouache (Frankreich/Libanon 1998), auszuleihen über France Télévision Distribution, Fax 0033/1/44250142

### Tunesien:

► *EL HAIMOUNE – DIE WÜSTENWANDERER* von Nacer Khemir (1984) ist bei trigon-Film in Rodersdorf, Schweiz, auszuleihen.

*TAWK AL HAMAMA AL MAFKOUD – DAS VERLORENE HALSBAND DER TAUBE* von Nacer Khemir (1991) ist ebenfalls bei trigon-Film auszuleihen. Über trigon sind auch weitere arabische Filme zu beziehen.

*SHAMT AL-KUSUR – PALAST DES SCHWEIGENS* von Moufida Tlatli (Tunesien/Frankreich 1994), im Verleih bei Pegasos in Frankfurt a.M.

### Literaturhinweise:

► *Arab Cinematics: Toward the new end the alternative, Alif Journal of Comparative Poetics,* Nr. 15 (1995), Kairo,
e-mail: alifecl@auc-acs.eun.eg

*Das Dritte Kino in Arabien und Afrika, Augenblick 16, Marburger Hefte zur Medienwissenschaft* (1993) Marburg

*Egypte. 100 ans de cinéma.* Sous la direction de Magda Wassef, Librairie du Premier Siécle du Cinéma (1995) Paris

Kristina Bergmann, *Filmkultur und Filmindustrie in Ägypten* (1993) Darmstadt

Viola Shafik, *Der arabische Film. Geschichte und kulturelle Identität,* (1996) Bielefeld

Zu Youssef Chahine vgl. vor allem Cahiers du cinéma, *Spécial Youssef Chahine, Cahiers du cinéma 506* (1996), Shafik, *Youssef Chahine,* Kinemathek Nr. 74 (1989) Berlin sowie die ausführliche Darstellung in Bergmann, (1993), 120ff.

gestürzt wird, zu entreißen. Aber, wie es bei Walter Benjamin heißt: »Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.«

»Al Massir« ist der erste Film von Youssef Chahine, der in Deutschland ins Kino kommt. Dies täuscht ein wenig darüber hinweg, daß die Kinematographien der arabischen Länder heute vor ganz einfachen Schwierigkeiten stehen. Es beginnt bei den Spielstätten selbst: in den meisten arabischen Ländern hat ihre Zahl in den letzten beiden Jahrzehnten rapide abgenommen, sich zum Teil um ein Drittel reduziert.[5] Vielen Kinos ist nicht mehr anzusehen, daß sie einmal bessere Tage gekannt haben. Die technische Qualität der Vorführungen ist gerade auch in vielen Ciné-Clubs eher schlecht. Das Publikum ist polarisiert. Es gibt nicht nur die vorwiegend männlichen Kinogänger auf der Suche nach Unterhaltung und den kleinen Kreis der Cineasten. Es gibt zudem ein armes und ein reiches Publikum. In den großen Kinos sind wie hier Hollywood- oder europäische Filme zu sehen. Ansonsten gibt es ein buntes Programm aus indischen Melodramen, Hongkong-Actionfilmen und einer Nachlese aus Hollywoods B-Filmproduktion. Der Anteil orientalischer, arabischer und indischer Filme zusammen, hat in den arabischen Ländern 25 % nie überstiegen.

Die im Libanon und Algerien entfesselte Gewalt trifft nicht zuletzt auch den arabischen Film. So waren es libanesische Banken, die in der Vergangenheit einen Großteil der ägyptischen Filmproduktion finanzierten, und auch Algerien produzierte und koproduzierte viele arabische Filme. An die Stelle des Libanon sind als Geldquellen, sieht man einmal von den wenigen Koproduktionen insbesondere mit Frankreich ab, heute Saudi-Arabien und die Emirate getreten, die treuesten Vasallen des Westens in der Region. Dort hat man jedoch kaum Interesse an Filmen, die die Situation in den arabischen Ländern kritisch beleuchten. Für den arabischen Film wird es nur dann eine Perspektive geben, wenn es auch eine für die arabische Welt gibt.

## Anmerkungen:

1 Die Begriffe »arabisch« und »westlich« sollen hier vor allem auf die Herkunft der verschiedenen Filme verweisen.

2 Daß islamische Würdenträger und monarchistische Marionettenregime dabei mit den Kolonialmächten paktierten, zeigt beispielsweise die tunesisch-französische Koproduktion »Shamt al-Kusur – Palast des Schweigens« von Moufida Tlatli (1994).

3 Auf die Rolle einflußreicher Frauen bei der Entstehung des ägyptischen Films weisen insbesondere Kristina Bergmann (1993), 6ff und Kamal Ramzi, Des pionnières qui ont enrichi le cinéma égyptien, in: Egypte, 74ff hin.

4 In Tunesien wurde, im Verein mit der BRD-Regierung, für die Abwanderung ins Ausland geworben. Vgl. z.B. Beatrix Pfleiderer-Becker, Tunesische Arbeitnehmer in Deutschland. Eine ethnologische Feldstudie über die Beziehungen zwischen sozialem Wandel in Tunesien und der Auslandstätigkeit tunesischer Arbeitnehmer, Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen 14 (1978) Saarbrücken, 63.

5 Angaben über die Zahl der Kinos in den arabischen Ländern finden sich bei Shafik (1996), 63. Für Ägypten vgl. insbesondere Medhat Mahfouz, Les salles de projections dans l'industrie cinématographique, in: Egypte, 124ff. Auch Bergmann (1993), XIff, schreibt über die Kinos und ihre wechselvolle Geschichte.

► **Jörg Tiedjen** ist Mitarbeiter im Kommunalen Kino Heidelberg.

## 68er Massaker: Die Wahrheit archiviert

► Dreißig Jahre 1968 – in Mexiko heißt das vor allem: 30 Jahre Tlatelolco. Tlatelolco – auch Platz der drei Kulturen genannt – steht für das Massaker an Studierenden in Mexiko-Stadt durch das Militär. Schon Tage vor dem diesjährigen 2. Oktober sind die wenigen nicht regierungstreuen Zeitungen des Landes voll mit der Forderung, endlich die Archive zu öffnen, um Licht in dieses dunkle Kapitel der Geschichte zu bringen. Am Tage selbst demonstrierten Zehntausende auf dem Platz der drei Kulturen.

Am Nachmittag des 2. Oktober 1968 versammeln sich auf demselben Platz Zehntausende, überwiegend Studierende. In den Monaten davor hatte sich die Situation im Land zugespitzt. Seit Mitte September hielt das Militär die Universitäten von Mexiko-Stadt besetzt. Als bekannt wird, daß das Militär dabei ist, sich um den Platz herum aufzustellen, wird entschieden, die Versammlung früher zu beenden und die anschließend geplante Demonstration nicht durchzuführen. Kurz darauf fallen die ersten Schüsse aus Maschinengewehren. Panik kommt auf, die Menschen laufen im Chaos durcheinander, umstellt vom Militär. Etwas später sind zwei Soldaten und eine bis heute unbekannte Anzahl von Demonstrierenden tot. Der damalige Präsident Diáz Ordaz spricht auf der anschließenden Pressekonferenz von »nicht mehr als 40 Toten«. Währenddessen machen Schätzungen von bis zu 800 die Runde.

Seitdem vergeht kein 2. Oktober, an dem es nicht zu Demonstrationen kommt – in der Hauptstadt Mexiko, aber auch in anderen Städten wie Oaxaca. Es sollte jedoch 25 Jahre dauern, bis das Militär offiziell auf das Ereignis eingeht. 1993 legt der General Antonio Riviello im Campo Militar Numero Uno – jener für Folterungen berüchtigten Kaserne mitten in Mexiko-Stadt, damals überfüllt mit 1.500 Verhafteten, von denen einige für Jahre ins Gefängnis kamen – dar, die Armee von heute sei »eine andere«. Die Soldaten seien 1968 doch noch gar nicht geboren gewesen. Das sei, als würde ihm, General Rivielle, die Schuld an den Taten Zapatas zugeschoben. Zudem habe es aber auch noch andere Beteiligte gegeben. Wer, verrate er aber nicht. Alle Blicke richten sich auf ihn, doch er sagt weiter nichts. Eine neu gebildete Wahrheitskommission bleibt ohne Rechte, in Archive zu schauen. Der Aufstand in Chiapas nur einige Tage später lenkt die Aufmerksamkeit von Rivielle wieder ab. War das Militär also die verführte Unschuld? Es scheint, als liege vielen an dieser Version. Das Militär Mexikos genießt immer noch den Ruf einer aus der Revolution heraus entstandenen Volksarmee. Auch Cuauhtémoc Cárdenas bezeichnet es vor Studierenden der Universität Iberoamericana als ungerecht, daß seit dem 2. Oktober das Militär mit der Verantwortung für das Massaker belastet werde. Der damalige Präsident Gustavo Díaz Ordaz habe in seinem Regierungsbericht von 1969 ausdrücklich die Verantwortung übernommen. Und an anderer Stelle hatte dieser ergänzt: »Besser die mexikanische Armee auf dem Universitätsgelände als sowjetische Panzer.« Seine damalige Geliebte, die jetzige Senatorin und frühere Schauspielerin Irma Serrano, hält auf einer Pressekonferenz dagegen: Díaz Ordaz habe lediglich in seiner Rolle als Präsident die Verantwortung übernommen, der Befehl sei nicht von ihm gekommen. Francisco Labastida Ochoa, Mitglied der PRI-Regierung, schiebt deren Verantwortung ab und bezeichnet es als Aufgabe der Armee, die Archive zu öffnen. Jedoch sei deren Verschluß nie zum Schutze von irgend jemandem geschehen – in allen Ländern gebe es geheime Dokumente, das sei so üblich. Das Militär wehrt sich weiterhin. Der ehemalige General Alvaro Vallarta weist eine Öffnung der Archive als unangebracht zurück. Dies hätte lediglich Verletzungen und Konfrontationen zur Folge. Dagegen hoffe er auf eine Öffnung der ex-sowjetischen Archive, »um zu erfahren, wer hier in Mexiko von dort Geld erhalten hat, um die Bewegung aufzubauen«. Zwar seien Studierende mit »gesunder Ideologie« dabei gewesen, die das Land nur transformieren wollten, doch habe es auch eine Bedrohung der Institutionen gegeben. Von daher hätten die Streitkräfte ihre Pflicht erfüllt – »wie sie es heute immer noch tun«.

*Friederike Habermann*

## AKP-Länder an die kurze Leine?

► Seit dem 30. September verhandeln die 71 Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP) und die EU über ein Lomé-Nachfolgeabkommen. Das derzeitige Lomé IV regelt maßgeblich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen EU und der Dritten Welt. Die Vorstellungen der Verhandlungspartner über das zukünftige Abkommen sind weit voneinander entfernt. Die EU beabsichtigt, den bisherigen Charakter des derzeit vierten Lomé-Abkommens komplett zu verändern. »Die Postkolonialzeit ist vorbei, und es geht darum, das Geber-Empfänger-Denken zu überwinden«, heißt es in den Orientierungslinien der Europäischen Kommission. Zum einen will sie die technische und finanzielle Hilfe an die AKP-Staaten stärker als zuvor an Bedingungen knüpfen. Desweiteren sollen die bisher einseitigen Handelspräferenzen für einige Produkte aus AKP-Staaten aufgehoben und europäischen Waren der Zugang auf den afrikanischen Kontinent er-

leichtert werden. Zusätzlich will die EU neben einem allgemeinen Abkommen weitere Nebenabkommen mit regionalen Wirtschaftsgemeinschaften der AKP-Länder abschließen.

Die Präsidentin des AKP-Rates und Vizeministerpräsidentin von Barbados, Billie A. Miller, ist mit der regionalen Aufsplittung nicht einverstanden. Erst im Spätsommer hatten die Karibikstaaten zum Abschluß ihres Gipfeltreffens zu einer gemeinsamen Front mit den afrikanischen und pazifischen Ländern für die anstehenden Neuverhandlungen aufgerufen.

**Die Postkolonialzeit ist vorbei**

Das Interesse der Europäischen Union, das bisherige Lomé-Abkommen zu erhalten, ist dagegen gering. Denn auch die Rolle Afrikas als Rohstofflieferant ist seit dem Preisverfall auf dem Weltmarkt kaum noch von Bedeutung. Nach Angaben der OECD ist der Anteil Afrikas am Welthandel von 4,4 Prozent Anfang der 70er Jahre auf 2,2 Prozent in den 90ern gefallen. Deshalb will vor allem die deutsche Regierung ihre Mittel für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), Bestandteil des Lomé-Abkommens, kürzen und setzt lieber auf Zusammenarbeit und Handel mit den osteuropäischen Staaten.

Das neue Kooperationsabkommen soll der »Eigenverantwortung« der AKP-Staaten gerecht werden, meint die EU-Kommission. Sämtliche Fonds des EEF will die EU zu einer »programmierbaren Hilfe« zusammenfassen. Bisher waren Bedarfskriterien die Genehmigungsgrundlage für die entsprechenden Mittel. »Programmierbare Hilfe« soll nun um das Kriterium der »Leistung« ergänzt werden, das sich auf »Erfolg und gute Haushaltsführung« stützt. Die EU will die AKP-Staaten an die kurze Leine nehmen und die bisher endgültigen Zusagen finanzieller Mittel nur noch als Richtwert verstanden wissen, der »alljährlich zu überprüfen wäre«.

Konfliktpunkt zwischen AKP-Staaten und EU ist derzeit vor allem die geplante einseitige Regionalisierung des Abkommens. Während die EU weiterhin als geschlossener Block auftritt, sollen die regionalen Zusammenschlüsse innerhalb der AKP-Staaten mit der EU »Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit« abschließen. Im November 1997 haben sich die Staats- und Regierungschefs der AKP-Staaten in der gabunischen Hauptstadt Libreville jedoch nachdrücklich für eine Fortführung des bestehenden Lomé-Abkommens und für den Fortbestand der AKP-Gruppe in ihrer jetzigen Gestalt ausgesprochen.

Großzügig will die EU »diesen politischen Willen respektieren« und bietet den AKP-Ländern als Entgegenkommen ein »neues globales Abkommen« an, das den »Rahmen für die differenzierten regionalen Abkommen« bildet. Um handfeste ökonomische Interessen, die »wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit«, soll es allerdings bei den Regionalabkommen gehen. Die »Stärkung der regionalen Integration« und damit die der potentiellen Verhandlungspartner ist nach Meinung der EU-Kommission der Garant für den baldigen Anschluß an die globale Marktwirtschaft. Als Gesprächspartner betrachtet die EU regionale Zusammenschlüsse wie die Zentralafrikanische Zoll- und Wirtschaftsunion, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika SADC und die karibische Gemeinschaft CARICOM. Ziel der »regionalen Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft« ist die »schrittweise Einführung einer Freihandelszone entsprechend den Bestimmungen der Welthandelsorganisation

WTO«, die einen Geltungsbereich für »annähernd den gesamten Handel« und eine Übergangszeit von maximal zehn Jahren vorsieht. Der Zeitplan für die Verhandlungen richte sich nach dem »Grad der innerhalb dieser Integrationsgebiete erreichten Liberalisierung« und nach dem »Vorhandensein einer gemeinsamen Handelspolitik«, so die EU-Kommission.

Ausnahmeregelungen gelten, analog zu den WTO-Bestimmungen, nur für die ärmsten Länder, die Less Developed Countries (LDC), denen nach wie vor Abkommen mit einseitigen Präferenzen zugestanden werden. Mehr als die Hälfte der AKP-Länder werden zu den LDCs gezählt. Um eine vollständige Übereinstimmung mit den WTO-Regeln zu erzielen, will die EU Ausnahmen außerdem auf Nicht-AKP-Staaten, die zu den LDC gehören, ausweiten.

Der intraregionale Druck ist nicht zu unterschätzen: Ein von SADC 1996 ausgehandeltes Handelsprotokoll ignoriert die ökonomischen Unterschiede der Entwicklungsgemeinschaft und sieht keine Sonderabkommen für Mitgliedsstaaten mit LDC-Status vor. Anders als in den WTO-Bestimmungen sollen die LDCs – wie auch die anderen SADC-Staaten – innerhalb eines Jahres ihre Einfuhrzölle für Agrarprodukte reduzieren. Die Exportsubventionen sollen innerhalb von acht Jahren komplett gestrichen werden – WTO-Bestimmungen sehen hier ebenfalls nicht die gesamte Streichung der Exportsubventionen für LDCs vor und räumen allen Ländern eine Zehnjahresfrist ein. Das Handelsabkommen der SADC räumt seinen ökonomisch schwächsten Mitgliedern demnach einen geringeren Spielraum ein, als den LDCs im globalen Handlungsrahmen zusteht.

Statt einer Deregulierung fordern die AKP-Länder, daß die EU eine entwicklungsfördernde Gestaltung der internationalen Handelsbeziehungen unterstützt. Vor allem die Nichtregierungsorganisationen der jeweiligen Länder betonen die Bedeutung von ökologischen und sozialen Mindeststandards. Sie fordern von der EU einen Aktionsplan, der eine Entschuldung der AKP-Staaten in die Wege leitet, da aus ihrer Sicht die Verschuldung nach wie vor ein wichtiges Entwicklungshemmnis darstellt.

*Gerhard Klas, Redakteur der SoZ*



## Kein MAI im Herbst

▶ Als im Winter 1997/1998 allgemein bekannt wurde, daß die Verhandlungen über ein Multilaterales Abkommen über Investitionen (MAI), die seit 1995 im Klub der reichsten Länder, OECD, geführt worden waren, kurz vor dem Abschluß stünden, war die Aufregung groß. So endeckten plötzlich StudentInnen, die sich gerade in halbherzigen Streiks übten, die »dunkle Seite« der Macht. Diffuse Verschwörungsszenarien machten die Runde, Stichworte wie Neoliberalismus, unkontrolliertes Finanzkapital und rücksichtsloses Spekulantentum wurden dankbar aufgenommen und in aufgeregter Rede zu einem schillernden Gesellschaftsbild vermengt. In den folgenden Wochen war dann zwar das akademische Strohfeuer bald beendet, jedoch blieb das MAI weiterhin ein zentrales Thema für Uni-Zirkel, Gruppierungen der Kirchen- und Parteienjugend und lobbyistische NGOs wie Germanwatch und WEED.

Der im *iz3w* und anderswo geäußerten Kritik an den linken Verteidigern nationalstaatlicher Souveränität gegen das perfide globalisierte Kapital ist kaum etwas hinzuzufügen. Bewirkt hat sie wenig. Zu fest ist die Hoffnung in den Köpfen verankert, mit gemäßigtem Auftreten und Argumentieren die Abgeordneten der diversen Parlamente und andere »Entscheidungsträger« allerorten auf die eigene, die gute Seite ziehen zu können.

Als Ende Oktober das MAI durch Frankreichs Abschied von den Verhandlungen in der OECD gekippt wurde, klopften sich AktivistInnen und LobbyistInnen erst mal auf die eigenen Schultern. WEED und Germanwatch werteten die Entscheidung der französischen Regierung als »großen Erfolg der internationalen Proteste gegen das MAI«.

Ausschlaggebend für die Jospin-Regierung, sich aus den MAI-Verhandlungen zurückzuziehen, war aber vor allem der Wunsch, das nationale Kapital vor unerwünschter Konkurrenz zu schützen. Besonders breitenwirksam waren einmal mehr Befürchtungen, von der als minderwertig behaupteten amerikanischen Kulturproduktion überrollt zu werden. Erfolg hatte also die Koalition der auf den nationalen Rahmen angewiesenen Geschäftstüchtigen mit den Bewahrern der »eigenen Kultur«. Die Sozialaktivisten spielten lediglich die Begleitmusik zum Ende des Spuks MAI. »Freie Fahrt für freie Konzerne« bleibt aber weiterhin Projekt, wenn auch nur mit Realisierungschancen für die nationalen Kapitalien der Haupttäter der Weltwirtschaft auf der Nordhalbkugel. Vielleicht wird das Gespenst MAI im Rahmen der 1999 beginnnenden WTO-Verhandlungen wiederauferstehen.

*Robert Niedworok*

## Genitalverstümmelung in Ägypten verboten

▶ In einem kürzlich erschienenen Bericht der UNO wird das im Dezember 1997 vom ägyptischen Obersten Verwaltungsgericht gefällte Urteil zur Genitalverstümmelung – häufig verharmlosend auch »Beschneidung« genannt – als großer Erfolg gefeiert. In dieser Entscheidung wird die Genitalverstümmelung auch dann verboten, wenn sie mit dem Einverständnis des Mädchens und der Eltern durchgeführt werden soll.

Dennoch: Diese offensichtliche Verletzung des Rechts von Frauen auf körperliche Integrität ist immer noch gängige Praxis. So wurde in diesem Jahr ein Fall bekannt, nach dem eine 23jährige Frau nach der Entbindung ihres ersten Babys im Krankenhaus beschnitten worden war. Veranlaßt hatte dies die Familie ihres Ehemannes, ohne ihr Einverständnis einzuholen. Das Krankenhauspersonal unterließ es ebenfalls, sie vor Durchführung dieser Operation zu fragen.

Bis heute gibt es keine Gesetze, die sich mit der Genitalverstümmelung direkt befassen, sondern lediglich zwei Dekrete des Gesundheitsministeriums. 1994 wurde die Prozedur generell verboten, das Dekret wurde aber aufgrund sozialer Widerstände so verändert, daß Genitalverstümmelung erlaubt ist, wenn sie in staatlichen Krankenhäusern durchgeführt wird. Die dort Beschäftigten sind immerhin dazu aufgefordert, davon abzuraten. 1996 wurde die Genitalverstümmelung in öffentlichen und privaten Hospitälern abermals verboten, was einen politischen Kampf zwischen fundamentalistischen BefürworterInnen und der Regierung auslöste. Die Angelegenheit endete vor einem höheren Gericht, das der Regierung Recht gab. Doch es bleibt ein Hintertürchen offen: Die Operation darf dann ausgeführt werden, wenn sie »aus gesundheitlichen Gründen« notwendig ist. Obwohl die Vorgabe medizinischer Gründe absurd ist, kann die Prozedur mit ärztlichen Gutachten nach wie vor legal durchgeführt werden.

*Susanne Reichinger*

## Nationale Befreiungsmythen und Postfordismus

▸ Die Leser und Leserinnen der *iz3w* kennen sie bereits: die gruppe demontage aus Hamburg. In Nummer 222 hat sie ihre Einschätzung nationaler Befreiungsbewegungen unter den gegenwärtigen Bedingungen analysiert. Seitdem folgten zahlreiche andere Artikel in Zeitschriften wie *17° Celsius* oder *konkret*. Nun liegen die Ergebnisse ihrer Bemühungen um einen neuen, kritischen Begriff von internationaler Solidarität in einem gut 250 Seiten starken Buch vor. Der Titel »Postfordistische Guerilla – vom Mythos nationaler Befreiung« ist Programm, sowohl für die kritische Intention, die sich nicht nur auf Theorie und Praxis nationaler Befreiungsbewegungen, sondern vor allem auch der hiesigen internationalistischen Soli-Gruppen richtet, als auch für die eigene theoretische Orientierung. Diese bezieht sich vor allem auf die Regulationstheorie in der von Joachim Hirsch hierzulande bekanntgemachten Form.

Das Buch beginnt mit einem gut lesbaren Einstieg in die Grundannahmen und analytischen Kategorien des Postfordismus-Ansatzes. Er erklärt, wie sich der postfordistische Vergesellschaftungstypus global durchgesetzt und gleichzeitig zu regional ungleichzeitigen und unterschiedlichen Ausprägungen geführt hat. Auch die Auswirkungen dieser Veränderungen auf patriarchale Herrschaftsorganisation und geschlechtliche Arbeitsteilung sowie die Bedeutung des Zusammenhangs von Nationalismus und Rassismus für die gesellschaftliche Regulation werden thematisiert. Ein gelungener Einschub ist die Analyse Mexikos als Beispiel für die Entwicklung eines »Postfordismus an der Semiperipherie«. Die zuvor entworfenen Entwicklungslinien können so am konkreten historischen und aktuellen Stoff überprüft werden, gleichzeitig ist sie Grundlage für die ausführliche Diskussion der zapatistischen Guerilla im Hauptteil des Buches.

Mit diesem theoretischen Rüstzeug machen sich die AutorInnen dann an die Diskussion von Länderbeispielen nationaler Befreiungsbewegungen in Algerien (FLN), Korsika (FLNC), Mexiko (EZLN, auch EPR), (Nord-)Irland (IRA), Euskadi / Baskenland (ETA) und Kurdistan (PKK). Im Einstieg zu diesem Hauptteil des Buches wird das Dilemma von Befreiungsbewegungen erörtert, die »Nationale Befreiung in Zeiten des Postfordismus« als Perspektive beibehalten, obwohl sich unter diesen Bedingungen »der Spielraum nationaler Ökonomien und insbesondere der Trikont-Ökonomien noch einmal erheblich verkleinert« habe und gegen Null tendiere. »Eine postfordistische Guerilla kann sich für das Mitkonkurrieren entscheiden, für das gegenseitige Unterbieten von Peripheriestaaten in den Ausbeutungsstrukturen, der Schaffung von Freihandelszonen, Strukturanpassungspolitik und vieles andere mehr« umschreiben die AutorInnen die Option einer positiven Orientierung auf die vom Weltmarkt gesetzten Bedingungen eines peripheren Nationalen Wettbewerbsstaates. Diesen Weg haben vor allem die korsische FLNC, die Sinn Fein sowie ANC und Kabila in Kongo/Zaire eingeschlagen. Dem wird die Politik der EZLN, aber auch verschiedener Parteien der lateinamerikanischen Linken wie der Ex-Tupamaros in Uruguay entgegengesetzt. Diese hätten sich die Selbstorganisation der Ausgebeuteten als Ziel gesetzt und betrieben damit eine Politik der Gegenmacht.

Neben diesem unterschiedlichen Bezug auf staatliche Machtausübung unterscheiden die AutorInnen »drei Tendenzen nationaler Befreiung: völkische, republikanische und sozialistische«, wobei die letzte sich für die AutorInnen vor allem in der EZLN verkörpert. Problematisch ist dabei, daß der Gebrauch dieser Kategorien »als analytisches Modell..., um Gemeinsamkeiten und Unterschiede nationaler Befreiungsbewegungen benennen zu können« die Analyse in einer Weise strukturiert, die auf die Suche nach Anschlußmöglichkeiten für die Linke hier gerichtet ist und so gelegentlich das kritische Potential der Analyse zu verstellen droht. So macht die gruppe demontage nicht nur bei der heftig kritisierten kurdischen Bewegung um die PKK antisemitische Elemente aus, sondern auch bei einigen Papieren der insgesamt sehr positiv bewerteten EZLN: »In ihnen findet sich eine verkürzte Kapitalismuskritik, die der weitverbreiteten Unterscheidung in ehrliches Industriekapital und gieriges Finanzkapital folgt.[...] Ein solch falscher Antikapitalismus benutzt antisemitische Muster, ohne daß JüdInnen unmittelbar gemeint sind«. Eine vergleichende Untersuchung dieser strukturell antisemitischen Elemente bei PKK und EZLN auf der Folie gesellschaftskritischer Theorien zum modernen Antisemitismus unterbleibt jedoch. Es ist natürlich ein Unterschied, ob eine falsche Kapitalismuskritik unter dem Ticket des Globalisierungs- und Neoliberalismusdiskurses eine offene Flanke zu strukturell antisemitischen Elementen öffnet wie bei der EZLN, oder ob diese offen den Elementen einer völkischen Ideologie entspringen wie bei der PKK. Aber gerade die Frage nach ideologischen Gemeinsamkeiten jenseits dieser Unterschiede wäre für die Kritik des »Mythos nationaler Befreiung« wichtig.

Trotz dieser theoretischen Schwachpunkte liegt mit diesem Buch eine der materialreichsten und wichtigsten linken Veröffentlichungen zum Thema nationale Befreiungsbewegungen seit langem vor, die viel Stoff für die weiterhin dringend notwendige Debatte um einen neuen Internationalismusbegriff liefert. Eine klare Rüge verdient allerdings das Lektorat des Buches: Nicht nur sind ab dem vorderen Teil sämtliche Anmerkungen um einen Zähler verschoben, es tauchen dort auch mehrfach Literaturverweise auf, die weder in der sehr umfangreichen Gesamtliteraturliste des Buches noch in den an die einzelnen Kapitel angehängten Literaturhinweisen mit zusätzlichen Titeln auffindbar sind.

*Udo Wolter*

▸ *gruppe demontage, Postfordistische Guerilla – vom Mythos nationaler Befreiung, Münster: Unrast, 1998, 280 S., 29,80 DM.*

## Don Quijote am Ende des 20. Jahrhunderts

▸ *»...daß die größten Feinde, die die Liebe hat, Hunger und dauernde Not sind...« (Miguel de Cervantes Saavedra, Der sinnreiche Junker Don Quijote von der Mancha)*

Vorbei sind die Zeiten, als sich der im Abstieg begriffene Junker Don Quijote seinen klapprigen Gaul und einen armen Bauern aus der Nachbarschaft schnappen konnte, um mit ihnen und sonst nichts als Ritterromanen im Kopf und etwas Brot, Käse und Zwiebeln im Zwerchsack auszuziehen, die Unbilden der Welt abzuschaffen. Es war dem mutigen Ritter von der traurigen Gestalt nicht vergönnt, dieses Vorhaben mit Hilfe seines Knechtes Sancho Pansa zu verwirklichen. Die Erzählungen ihrer beiden Abenteuer künden allerdings davon, welche gesellschaftlichen Gewalten dem Glück der Menschen damals entgegenstanden, und sie führen die Gründe für das Scheitern der ethischen Mission des edlen Ritters Don Quijote höchst vergnüglich vor.

Die Illusion Don Quijotes, die Welt vom Kopf her, und zumal von einem einzigen, verändern zu können, haben die achtzehn Autorinnen und Autoren von *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft* schon lange abgeworfen. Sie zeigen in ihrem Werk zwar die strukturellen Gewalten der neoliberalisierten Gesellschaft auf, die die Misere der Gegenwart produzieren; Pierre Bourdieu weist aber nachdrücklich darauf hin, daß mit der Offenlegung der gesellschaftlichen Tiefenstrukturen diese noch nicht verändert sind: »Die Mechanismen, die das Leben leidvoll und oft unerträglich machen, zu Bewußtsein zu bringen, heißt noch keineswegs, sie auszuschalten. Widersprüche sichtbar zu machen, bedeutet nicht, sie zu lösen.« Aber bei aller Skepsis gegenüber dem eigenen aufklärerischen Projekt betont Bourdieu, daß Gesellschaftsanalysen den Deklassierten Wege eröffneten, »ihr Leiden auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen und sich solcherart vom Gefühl eigenen Verschuldens zu befrei-

en. Und bringen sie doch die kollektiv verdunkelte gesellschaftliche Bedingtheit des Elends in all seinen auch noch so intimen und noch so geheimen Formen zu Bewußtsein. Eine solche Feststellung hat entgegen allem Anschein nichts Hoffnungsloses an sich: was die Sozialwelt hervorgebracht hat, kann die Sozialwelt, mit einem solchen Wissen gerüstet, auch wieder abschaffen.«

Die AutorInnen von *Das Elend der Welt* haben ein gleichzeitig politisches wie wissenschaftliches Experiment versucht: Sie wollten Personen verschiedener sozialer Milieus die Gelegenheit geben, ihre tiefe Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Dabei kam es ihnen vor allem darauf an, die Interviewsituation so zu konstruieren, daß die Befragten in die Rolle autorisierter Sprecher schlüpfen sollten, die ihre Probleme, Befürchtungen und Forderungen nachdrücklich zur Sprache bringen. Dieses Experiment ist den französischen Soziologinnen und Soziologen hervorragend gelungen. Sie haben Interviews mit Angehörigen unterschiedlicher sozialer Schichten aus verschiedenen gesellschaftlichen Feldern geführt und diese im Buch derart angeordnet, daß sie die von den AutorInnen intendierte multiperspektivische Wahrnehmung der Gesellschaft provozieren. Ähnlich wie Cervantes im Don Quijote seine Figuren und Kapitel plaziert, montieren die AutorInnen nach Maßgabe der sozialen Realität verschiedene nebeneinander oder gegeneinander existierende Standpunkte; und es sind erst die Relationen zwischen diesen Perspektiven, die die gesellschaftlichen Spannungen und sozialen Klüfte in ihrer ganzen Intensität und Tiefe offenlegen.

Bei allen Einblicken und Erkenntnissen, die die beeindruckenden Fallstudien in ihrer Zusammenschau und Konfrontation ermöglichen, sind die theoretischen und methodologischen Abschnitte des Buches unabdingbar, um die Einschreibungen struktureller Gewalt in den konkreten Manifestationen des *malaise social* in allen Verästelungen zu begreifen. Bourdieu weist darauf hin, daß die Erklärungsgründe für gesellschaftliches Elend nur selten am Ort der Beobachtung selbst zu finden sind. Auch sind die Leidtragenden nicht notwendig die Wahrheitsträger ihrer Situation: »Die gesellschaftlichen Akteure haben die Weisheit hinsichtlich dessen, was sie sind und was sie tun, nicht mit Löffeln gefressen; genauer gesagt, sie haben nicht notwendigerweise Zugang zum Ursprung ihrer Unzufriedenheit oder ihrer Malaise, und auch die spontansten Erklärungen können, ohne jegliche Verschleierungsabsicht, etwas ganz anderes zum Ausdruck bringen als das, was sie scheinbar sagen.« Der eigentliche Gegenstand der Betrachtung müsse deshalb die politische Konstruktion der Wirklichkeit sein, insbesondere die journalistischen, bürokratischen und politischen Vorstellungen von dieser Wirklichkeit, die nur allzu reale Wirkungen hervorbrächten.

In zentralen gesellschaftlichen Bereichen leistet *Das Elend der Welt* eine fundierte wissenschaftliche Analyse der wirklichen Ursachen des *malaise social.* Die AutorInnen widmen ihre hauptsächliche Aufmerksamkeit den neuralgischen Konfliktfeldern der französischen Gegenwartsgesellschaft: dem städtischen Wohnen, dem Produktionssektor (Fabrikarbeit und Landarbeit) und den zentralen staatlichen Institutionen (Schule, Justiz, Polizei, Sozial- und Verwaltungsbürokratie), von welchen dem Schulsystem die größte Bedeutung zukommt. Quer zu allen Feldern liegt die Diskriminierung der Frauen und die besondere Deklassierung der MigrantInnen.

Alles in allem verknüpft *Das Elend der Welt* eine nahezu literarisch verdichtete Repräsentation individuellen Leidens an den gesellschaftlichen Verhältnissen mit einem hohen Grad an theoretischer Durchdringung struktureller Gewalt. Die große Ausdrucks- wie Erklärungskraft des Buches beruht auf einer der sozialen Realität entsprechenden Spannung zwischen den verschiedenen Perspektiven und Feldern sowie der vehementen Akzentuierung des besonderen Einzelnen gegen die schier übermächtigen allgemeinen gesellschaftlichen Gewalten. *Das Elend der Welt* legt die Widersprüche einer Gesellschaftsordnung offen, die alles verspricht und nichts davon hält; nicht zuletzt der Kunstcharakter des Werkes macht die Autorinnen und Autoren zu legitimen Erben Don Quijotes.

*Frank Winter*

► *Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz: Universitäts-Verlag, 1997. 68,- DM*

## Betr.: »Amnesie International« von Jörg Später

Worüber schreibt Später eigentlich? Geht es um die »antiimperialistische Linke« und ihre Befindlichkeiten, oder geht es um den Zionismus? Behandelt er Sachfragen, oder will er mehr oder minder Psychogramme der eigenen »Szene« erstellen?

Später resümiert: »Solange aber die Antisemitenfrage nicht gelöst ist, braucht es einen Staat, der die Juden schützt.« Aber wie kann ein Staat schützen, ist ein Staat ein Gott? Hinter einem Staat stehen Menschen, und wenn ein jüdischer Staat Juden schützt, so heißt das nur, daß diese eben sich selbst zu schützen versuchen. Doch was soll das nützen? Die »anderen« sind doch viel stärker. Wenn die deutschen Truppen in den vierziger Jahren Palästina erreicht hätten, so wären – selbst wenn es einen jüdischen Staat gegeben hätte – die palästinensischen Juden genauso umgebracht worden wie die polnischen. Auch unzählige Polen, Russen und Jugoslawen hat es nicht vor dem Tod bewahrt, daß sie einen eigenen Staat hatten. Nur Menschen können Menschen schützen. Warum kommt Später nicht auf die Idee, daß er selbst die Juden schützen müßte, wenn sie bedroht werden? Der einzige Schutz gegen Antisemitismus ist die Überzeugung gewöhnlicher Leute, Rassismus nicht zu akzeptieren und sich entsprechend zu verhalten. Eine größere (»absolute«) Sicherheit ist nicht möglich.

Auch die »Lösung der Antisemitenfrage« ist nicht zu erwarten, da Antisemitismus eine Form menschlicher Selbstverliebtheit ist, und diese vermutlich nie ganz beseitigt werden kann; was nicht ausschließt, daß man ihr eine Haltung der Solidarität entgegenstellen kann. Dasselbe gilt für jüdischen Rassismus, ein Phänomen, dessen Existenz Später offenbar gar nicht in den Sinn kommt. Wenn man sich darin gefällt, Juden als »ewige Opfer« anzusehen, dann bekommt alles, was sie tun, den Charakter der Selbstverteidigung. Auschwitz habe aus den Juden keine besseren Menschen gemacht, so die Apologetik Späters; er schreibt ihnen einen Freibrief aus. Zu leugnen, daß Menschen für das, was sie tun, moralisch verantwortlich sind, sie mithin für unzurechnungsfähig zu erklären, ist die schlimmste Form von Verachtung, die sich denken läßt.

Das bloße Konzept eines jüdischen Staates ist rassistisch, da ein Teil seiner Bürger keine Juden, sondern Palästinenser sind. Der Staat versteht sich nicht als der Staat aller seiner Bürger, sondern nur derjenigen, die die richtige ethnische Herkunft bzw. Religionszugehörigkeit haben; was für eine Demokratie soll das sein? Man stelle sich vor, Deutschland definiere sich als Staat der Christen oder Staat der Weißen. [Als was definiert sich denn »Deutschland«, wenn nicht als Staat der von Deutschen »Abstammenden«. Anfrage d. Red.] Später findet es nicht richtig, daß der »Nachfolgestaat des Dritten Reiches die Unterstützung für den Staat abbricht, der den Überlebenden und ihren Nachkommen einen Schutz bieten will«. Daß derselbe Staat beständig gegen das Völkerrecht verstößt und die Menschenrechte verletzt, foltert, Zivilisten umbringt, spielt offenbar keine Rolle. Wenn gesagt wird, Israel sei ein »potentielles Asyl für den Fall neuer Pogrome«, so sind damit selbstredend nur anti-jüdische Pogrome gemeint.

Später meint, der Nahost-Konflikt bestehe darin, daß sich zwei Völker um ein Stück Land stritten; es müsse ein Kompromiß gefunden werden. Aber wie soll ein Kompromiß zustandekommen, wenn der Stärkere seine Stärke nicht moralisch sehen will?

*Christian Sachs, Leimen*

## JuBaz 4

▸ Die *JuBaz* handelt von Alltag und Problemen rund um Drogen, und sie wird explizit von DrogengebraucherInnen hergestellt. Der erste Teil dieser Ausgabe handelt »vor Ort« in Frankfurt vom Konzept einer neuen »Gefahrenabwehrverordnung«, welche Menschen, die auf der Straße leben, als Gefahr definiert, und weiter aus dem öffentlichen Raum verdrängen will. Weitere Artikel handeln von Doping im Radsport, dem Image verschiedenen Drogengebrauchs und einem deutsch-niederländischen Treffen von Elternverbänden in der akzeptierenden Drogenarbeit. Der regelmäßige Auslandsartikel ist diesmal eine launige Reportage über Bars und Partys in Sao Paulo. Abschließend werden Aspekte von Substitution, Entzug und flunitrazepamhaltigen Pillen behandelt.

▸ *Bezug: JuBaz, Niddastr. 49, 60329 Frankfurt. 5 DM (in Briefmarken)*

## DIE BRÜCKE 103

▸ »Es wehte wieder ein Wind des schön-literarischen Schreibens(...), und es entstand ein Geäst für Wimperstürmer der Lyrik und Prosa.« Kosmopolitik und Migration sind wieder in zahlreichen Beiträgen literarisch aufgearbeitet. Weiter wird die Frage »Wahlbeteiligung?« diskutiert, zwischen dem Aspekt nötiger Verbesserungen durch eine rot-grüne Regierung, und der mangelnden Legitimation der Bundestagswahl v.a. durch den Ausschluß der MigrantInnen. Hierzu waren in den letzten Nummern verstärkt Beiträge zu finden. »Deutsche Macht-Wechsel-Szenen« bietet »Sommer-Tour-Impressionen von der Gegenküste der Krokodil-Tränenflüsse«. Dahinter verbirgt sich eine vielschichtige Reise von Necati Mert durch deutsche Politik & deutschen Alltag mit analytischen und literarischen Zitaten.

▸ *Bezug: Brandes & Apsel Verlag, Elke Daniel, Scheidswaldstr. 33, 60385 Frankfurt a.M. 14,80 DM*

## Menschenrechte für die Frau 3/98

▸ Ines Laufer referiert den Diskussionsstand zum Thema Genitalverstümmelung. Während früher westliche GegnerInnen dieser Praktiken noch mit Vorwürfen wie »Eurozentrismus« abgekanzelt wurden, gilt die Verstümmelung von Genitalien bei Mädchen heute als Verletzung fundamentaler Rechte. Der Beitrag behandelt ferner aktuelle Veröffentlichungen, in denen die Verharmlosung subtiler fortlebt: Die überwiegende Begriffswahl »Beschneidung« impliziert einen geringen Eingriff, der darüber hinaus auf der medizinischen Ebene fortdiskutiert wird, als professionell in Krankenhäusern durchgeführte Maßnahme. Der zweite Teil des Heftes widmet sich dem aktuellen TERRE DES FEMMES-Schwerpunktthema Frauenhandel. Saskia Morell geht den Hintergünden der »Frauenverachtungsgesellschaft« nach (»Pornographie und Prostitution«), dem folgen Beiträge zu rechtlichen Aspekten, und zum konkreten Verlauf der Kampagne.

▸ *Bezug: TERRE DES FEMMES, Postfach 2565, 72015 Tübingen. 6,50 DM + 2DM Versand*

## off limits 23

▸ Diskutiert werden hier »Fluchtursachen«. Wurde vor Jahren noch über »Bekämpfung von Fluchtursachen« breiter debattiert, so spielt das in Zeiten der Standortdebatte keine Rolle mehr. Christoph Schmitt fordert eine erneuerte Betrachtung des Begriffs. Zwar sind noch die meisten Flüchtlinge Kriegsflüchtlinge, bezüglich der Genfer Flüchtlingskonvention wäre aber die Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs um Bürgerkriegs- und Armutsflüchtlinge realistisch. Wünschenswerter noch wäre die fortschrittliche Auflösung des Begriffs zugunsten allgemeiner Bewegungsfreiheit. Die weiteren Artikel behandeln Fluchtursachen in den Krisenregionen Westafrika, Indonesien und Afghanistan, Flucht infolge wirtschaftlicher Interessen und geschlechtsspezifische Fluchtursachen.

▸ *Bezug: off limits, Amandastr. 58, 20357 Hamburg. 6 DM.*

## Bücher

▸ Christina Karrer: **»Sie haben unsere Männer verschleppt...«.** Frauen und Krieg in Irakisch Kurdistan, *eF-eF-Verlag, Bern 1998, 190 S., 34 DM*

Thomas Heberer und Wolfgang Taubmann: **Chinas ländliche Gesellschaft im Umbruch.** Urbanisierung und sozio-ökonomischer Wandel auf dem Lande, *Westdeutscher Verlag, Opladen 1998, 494 S., 98 DM*

Raimund Krämer: **Der alte Mann und die Insel.** Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba, *Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 1998, 188 S., 29,80 DM*

Manfred Liebel u.a. (Hrg.): **Arbeitende Kinder stärken.** Plädoyers für einen subjektorientierten Umgang mit Kinderarbeit, *IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/M. 1998, 388 S., 39,80,- DM*

Iris Schöninger: **Strateginnen der Stärke.** Eine Studie über afrikanische Entwicklungshelferinnen in Niger, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt/M. 1998, 280 S., 39,80DM

Jan Philipp Reemtsma: **Mord am Strand.** Allianzen von Zivilisation und Barbarei, *Hamburger Edition, Hamburg 1998, 408 S., 58 DM*

Gerhard Scheit: **Mülltrennung.** Beiträge zu Politik, Literatur und Musik, *konkret-Verlag, Hamburg 1998, 192 S., 19,80 DM*

Jens Mecklenburg und Wolfgang Wippermann (Hrg.): **»Roter Holocaust«?** Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, *Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1998, 296 S. 34 DM*

Christoph Görg und Roland Roth (Hrsg.): **Kein Staat zu machen.** Zur Kritik der Sozialwissenschaften, *Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 508 S., 58 DM*

Patrick Köllner (Hrg.): **Korea 1998.** Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, *Institut für Asienkunde, Hamburg 1998, 318 S., 38 DM*

Kurt Hübner: **Der Globalisierungskomplex.** Grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik? *edition sigma, rainer bohn verlag, Berlin 1998, 380 S., 44 DM*

Emile Marenssin: **Stadtguerilla und soziale Revolution.** Über den bewaffneten Kampf und die Rote Armee Fraktion, *Ca-ira-Verlag, Freiburg 1998, 138 S.*

Samuel J. Agnon: **Schira.** Roman, *Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1998, 774 S., 68 DM*

## UNITED-Konferenz

► Fünfzig bis sechzig antirassistische Nichtregierungsorganisationen werden sich in dem Zeitraum vom 24. bis zum 28. Februar 1999 in Berlin zu einer Konferenz der UNITED for Intercultural Action treffen. Das Ziel der Tagung ist es, Informationen zu vermitteln, sich über die bisher gemachten Erfahrungen auszutauschen und weitere Aktionen und Kampagnen zu planen. Kontakt: *UNITED, Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam, Tel.: 031-20-6834778, Fax: 031-20-6834582; e-mail: united@antenna.nl,*
*Internet: http://www.xs4all.nl/-united*

## Wände suchen KünstlerInnen

► Farbfieber e.V. aus Düsseldorf sucht für die weltweite KünstlerInnenkampagne zur Agenda 21 interessierte KünstlerInnen, Umwelt- und Dritte-Welt-Initiativen. In den kommenden zwei Jahren (1999 und 2000) sollen auf allen Kontinenten große öffentliche Wandbilder zur Agenda 21 entstehen, die in Kooperation von KünstlerInnen, Dritte Welt-, Umweltgruppen und anderen Organisationen gemalt werden. Erste Bilder sind schon in Deutschland und Kuba zu sehen, geplant sind weitere Projekte, unter anderem auch in Südafrika, Lesotho, Simbabwe, Kolumbien, Kuba, Nicaragua, Indien und Gran Canaria. Kontakt: *Farbfieber e.V., Fürstenwall 210, Tel. / Fax: 211-378198, e-mail: farbfieber@t-online.de, Internet: http://www.zakk.de/sattbuch/farbfieber*

## Antirassistische Telefon-Hotline

► Auf der Wiener UNITED-Conferenz »Antiracist Telephone Hotlines in Europe: Experiences, Working Methods, Co-operation« am 26-28. Juni 1998 wurde eine Kooperation zur Realisierung einer antirassistischen Telefon-Hotline zwischen 45 Organisationen aus 17 Ländern beschlossen. Das Ziel der Hotline ist nicht nur, den Opfern rassistischer Übergriffe Hilfe anzubieten, sie sollte auch für politische Kampagnen, zur Mobilisierung, Informationsvermittlung und Erfassung gegen rassistische Aktivitäten nutzbar gemacht werden. Auch in Deutschland beteiligen sich viele Organisationen an der Hotline. Die aktuelle Übersichtsliste über die aktiven Gruppen und ihre Telefonnummern kann über die Antirassistische Initiative (ARI) und das Anti-Rassistisch / Interkulturelles Informationszentrum (ARIC) in Berlin bezogen werden. Kontakt: *Antirassistische Initiative (ARI), Yorkstraße 59 HH, D-10965 Berlin, Tel.: 030/7857281, Fax: 030/7869984, e-mail: ari-b@vlberlin.comlink.de, Internet: http://www.berlinnet.de/ari; Anti-Rassistisch/ Interkulturelles Informationszentrum (ARIC), Schumannstraße 5, D-10117 Berlin, Tel.: 030/2807590, Fax: 030/2807591, e-mail: aric-berlin@ipn-b.comlink.apc.org, Internet: http://www.ipn.de/aric*

## Tipp-Ex gegen EXPO

► Das »Treffen für Intergalaktische Perspektiven gegen die EXPO« (Tipp-ex) lädt alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen zu einem bundesweiten Anti-EXPO-Treffen vom 11. bis 13. Dezember 1998 in Hannover ein. Tipp-Ex will als offenes Anti-Expo-Bündnis von Gruppen und einzelnen Leuten aus Hannover, Bremen, Hildesheim und Wunstorf seine Einschätzungen zur EXPO diskutieren und andere auffordern, sich an der Neuformierung des Widerstandes gegen dieses Projekt zu beteiligen. Interessierte sollen sich, wenn möglich, bis zum 01. Dezember melden. Kontakt: *Tipp-Ex, Treffen für Intergalaktische Perspektiven gegen die EXPO, c/o AstA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Tel.: 0511/762-5061, Fax: 0511/717441*

## Versöhnung eingefordert

► Insgesamt 29 Friedensorganisationen, die sich für eine Versöhnung zwischen Türken und Kurden einsetzten, verlangen in einer Erklärung eine politische Lösung des Konfliktes und fordern die USA und die EU-Regierungen auf, sich für Frieden in der Türkei einzusetzen und Vermittlungsfunktionen zu übernehmen, statt Waffen zu liefern. Der Dialog-Kreis, Initiator der Erklärung, kündigt auch eine Lobby-Kampagne bei EU-Regierungen und in den USA an. Kontakt: *Dialog-Kreis: »Krieg in der Türkei - Die Zeit ist reif für eine politische Lösung«, Postfach 90 02 65, 51112 Köln, Tel.: 02203/126 76, Fax: 02203/126 77*

## Anzeigenkampagne für Kriegsdienstverweigerer

► Connection e.V. will gemeinsam mit der »Initiative der türkischen Kriegsdienstverweigerer« Anfang Dezember eine Anzeige herausgeben, in der türkische und kurdische Kriegsdienstverweigerer ihre Position und ihre Ablehnung des Krieges deutlich machen können. Für diese Anzeige sucht Connection e.V. noch Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen, die das Anliegen finanziell und politisch unterstützen. Kontakt: *Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel.: 069/82375534, Fax: 069/82375535, e-mail:Connection@link-f.rhein-main.de Spende: Konto 70 85 700, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 20 500*

## Betr.: Teilauflösung des Zeitungsarchivs

► Das **iz3w** hat von 1968 an bis vor drei Jahren akribisch und gut sortiert ein Zeitungsschnipsel-Archiv geführt. Es besteht aus Länderordnern von Afghanistan bis Zaire und aus Themenordnern von Asyl bis Weltbank. Da wir dieses Archiv in der bisherigen Form nicht mehr weiterführen können und uns auch der Raum für die unzähligen Ordner fehlt, sind wir gerne bereit, ganze Bereiche des Archivs abzugeben. Interessenten wenden sich bitte schnell an uns.

## Tagungen

► Am 2. Dez. 1998 beginnt der dreitägige Fachkongreß Wirtschaftsethik »**Globalisierung und nationale Sozialpolitik**« in Münster. Die VeranstalterInnen beabsichtigen, den Sozialstaat aus vertragstheoretischer Sicht zu beleuchten, die Möglichkeiten und Grenzen nationaler Sozialpolitik vor dem Hintergrund weltweiten Wirtschaftens zu erörtern und die Forderung nach internationalen Sozialstandards zu diskutieren. Kontakt: *Franz-Hitze-Haus, Katholisch-Soziale Akademie Münster, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster, Tel.: 0251-98180, Fax: -9818480, e-mail: fhh@uni-muenster.de, Internet: http://www.kath.de/akademie/FHH*

► In Hermannsburg findet die STUBE-Winterakademie »**Können Menschen in Frieden leben? – Konfliktursachen und Konfliktlösungsstrategien**« vom 27. bis 31. Dezember 1998 statt. Beispiele aus verschiedenen Regionen der Welt dienen als Diskussionsgrundlage für folgende Fragen: Wie können religiöse und kulturelle Unterschiede überwunden werden, wie können Interessengegensätze friedlich bearbeitet werden? Das Seminar richtet sich an Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Kontakt: *Stube Niedersachsen, Weinberg 62, 31109 Hildesheim, Tel.: 05121-937434, Fax: -937411*

► Unter dem Titel **Menschenrechte im Internet** bietet das Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen vom 16. bis 17.11.1998 einen Workshop für VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen, JournalistInnen und BildungsreferentInnen an. Das Seminar soll Informationen über die Nutzung des Internet unter dem Aspekt der Menschenrechte vermitteln und zu einer kritischen Reflektion des Mediums anregen. TeilnehmerInnenbegrenzung! Kontakt: *Tel.: 0621-59990, Fax: 0621-517225, Internet: http://www.kirche.org*

► Vom 20. bis 22. November 1998 veranstaltet die Evangelische Akademie Iserlohn zum 10-jährigen Bestehen der Aktion »Guck mal übern Tellerrand« eine Tagung zum Thema »**Bilder des Südens in der Kinder- und Jugendliteratur**«. In Arbeitsgruppen sollen Neuerscheinungen der Kinder- und Jugendliteratur vorgestellt und Tips für den Umgang mit dieser Literatur im Unterricht gegeben werden. Kontakt: *Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn, Tel.: 02371/352143, Fax: 02371/352169, e-mail: evakis@t-online.de.*

► Die Evangelische Akademie Bad Boll veranstaltet vom 4. bis zum 18. Dezember 1998 die Tagung »**Afrika hat Zukunft**«. Die afrikanischen Länder südlich der Sahara erscheinen in den westlichen Medien meist nur im Zusammenhang mit Katastrophen, Kriegen, Korruption und Chaos. Wie kann das Bild Schwarzafrikas authentischer werden? Mit Gesprächspartnern aus afrikanischen Ländern sollen auf dieser Tagung beispielhaft aktuelle Entwicklungen im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne diskutiert werden. Kontakt: *Evangelische Akademie Bad Boll, Akademienweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 07164/790, Fax: 07164/79440*

► Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

► Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wirtschaft und Kultur unterstützt die Reihe »kein mensch ist illegal«.

**Vorschau: iz3w Nr. 234**
**Schwerpunkt »Kindheiten«**

► Während im Norden ein radikales Verbot von Kinderarbeit gefordert wird, formieren sich Kinder aus der Dritten Welt und verlangen das Recht auf Arbeit. Der universelle Anspruch des westlichen Kindheitsbildes als »beschützte« und institutionalisierte Lebensphase der Anpassung an die Arbeitswelt zerbricht gerade hier an der sozialen Realität, der Armut in der Dritten Welt. In dem Schwerpunktheft wollen wir uns diesen Bruchstellen zuwenden. Welche unterschiedlichen Kindheitskonzeptionen gibt es? Wer hat die Definitionsgewalt? Welche ökonomischen Interessen sind daran geknüpft? Aber auch: Welche Möglichkeiten der politischen und sozialen Partizipation der Kinder bietet das andere Konzept, das Konzept des arbeitenden Kindes?

**Herausgeberin:**
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
**Online: http://www.rolf.de/iz3w**

**Redaktion:**
► Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Irene Dause, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Martina Mundinger, Christian Neven-du Mont, Robert Niedworok, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber.



**Vertrieb für den Buchhandel:**
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

**Satz und Gestaltung:**
► Büro MAGENTA, Freiburg.

**Herstellung:**
► Druckerei schwarz auf weiß, Freiburg.

**Jahresabonnement (8 Ausgaben):**
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto/Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

**Konten (Aktion Dritte Welt e.V):**
► Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

**Eigentumsvorbehalt:**
► Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Spenden:**
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

**Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 234:**
► (Druckfertige Vorlagen) 25.11.1998

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733